

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Juni 1985

Einzelheft 4,- DM

XXV. Jahrgang

D 3476 E

6/85

Aus dem Inhalt:

Hauptlehre aus dem 8. Mai
1945: Nie wieder Krieg und
Faschismus! 2

Jetzt anvisieren:
Urlaubsentgelt, Löhne, Gehälter
und Arbeitszeit 5

Grundig lehrt, „sich in die
eigenen Angelegenheiten
einzumischen“ 6

Ein Blick hinter die Kulissen
des „Investitionsparadieses“
Philippinen 8

Themen der Ruhrfestspiele:
„Was die Menschen heute
bewegt“ / Interview mit
Oswald Todtenberg 10

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

Beschlüsse der 12.
IG-BSE-Bundeskonzferenz
junger Gewerkschafter
ILO-Ausschuß nahm kritisch
Stellung zu Berufsverboten 13-24

RFFU billigte Satzungsentwurf
für Mediengewerkschaft 25

Gewerkschaft Leder hat
große tarifpolitische
Aufgaben vor sich 26

Führt die Quotierung für Frauen
schneller zur
Gleichberechtigung? 27

5. Kongreß des EGB in
Mailand: Kalte Krieger gerieten
ins Abseits 32

Auch im dänischen Gilleleje
war das Ziel klar: Frieden 33

Die Gewerkschaften stellen besorgt eine gesellschaftspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik fest, die sich über den Sozialabbau hinaus zum Demokratieabbau ausgewachsen hat. Der DGB mit seinen 17 Gewerkschaften befindet sich auch angesichts solcher Bewertung noch nicht im Stadium aktiver Gegenwehr, sieht man von Ausnahmen ab. Noch begnügt er sich mit der Mißbilligung und dem Beklagen dieses Prozesses. Die Stimmen, etwa bei der IG Metall, namentlich dem Abbau von Gewerkschaftsrechten, von Mitbestimmung und Tarifautonomie tätig Einhalt zu gebieten, mehren sich.

Bis an die gewerkschaftliche Schmerzgrenze – und damit die der Lohnabhängigen – vorgedrungen ist die Bonner Koalition spätestens mit ihrem parlamentarisch bereits auf den Weg gebrachten Plan, Splitter- und Spaltergruppen durch Änderung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes leichterem Zugang zu den Arbeitnehmervertretungen zu verschaffen sowie den Betriebsräten in Gestalt von Sprecherausschüssen der leitenden Angestellten Konkurrenzorgane gegenüberzustellen. Die von CDU- und FDP-Politikern auch offen ausgesprochene Absicht ist die Schwächung des dominierenden Einflusses der DGB-Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen. Die gewerkschafts-

und arbeitnehmerfeindliche Strategie des Demokratieabbaus wird noch deutlicher, nimmt man die anderen einschlägigen Maßnahmen und Planungen der Wendepolitiker hinzu: Untergraben des Kündigungsschutzes durch Befristung von Arbeitsverträgen, Verschlechterung der Sozialplanregelung (als Folgen des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“), Abbau des Jugendarbeitsschutzes, Auslaufen der Montanmitbestimmung, Planungen für das Aufbrechen des kollektiven Schutzes durch Tarifverträge und zur Auslöschung des Streikrechts. Hier geht es längst nicht mehr um einzelne „Korrektu-

ren“ im Arbeitsrecht oder Sozialwesen. Es geht vielmehr um die soziale, materielle und rechtliche Anpassung – sprich: konservative Zurückstufung – der Lohnabhängigen an die Herrschafts- und Profitinteressen des großen Kapitals und seiner politischen Vertretung.

Es reicht längst nicht mehr, gewissermaßen als schlimmste Drohung des DGB, den Unternehmern auszumalen – wie es Bundesvorstandsmitglied Siegfried Bleicher am 11. Mai in Hof tat –, welchen Schaden das alles für sie bringt: Verlust des sozialen Friedens und folglich der Ordnung im Betrieb und Reibungsverluste in der Produktion. Und wenn Bleicher Strauß aufforderte, seinen Einfluß geltend zu machen, um Sprecherausschüsse zu verhindern, dann soll wohl der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden. Aber es geht doch darum, mit dem Gewicht und der aktiven Kraft der Gewerkschaftsbewegung eine verhängnisvolle Gesellschaftsrückentwicklung zu stoppen. Die Erinnerung an 1951, als die Stahl- und Bergarbeiter den Angriff auf die Montanmitbestimmung abschlugen, wäre dabei hilfreich. Dem entsprechen auch die Massenkundgebungen aller DGB-Gewerkschaften, die Franz Steinkühler, der 2. Vorsitzende der IG Metall, Ende Mai für den Herbst ankündigte.

gs

Aufstehen gegen Abbau der Demokratie

Hauptlehre aus dem 8. Mai 1945: Nie wieder Krieg und Faschismus!

Wenige Tage nach dem 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, an dem 700 000 Gewerkschafter gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, für Abrüstung und Völkerverständigung demonstrierten, beging die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Hunderttausende nahmen an den zahllosen Kundgebungen, Manifestationen, Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teil. Übereinstimmung bestand in der Hauptlehre aus dem 8. Mai 1945: „Nie wieder Krieg und Faschismus, niemals mehr darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen!“

Nahezu alle DGB-Kreise wie auch viele Ortskartelle begingen den 8. Mai mit eigenen Veranstaltungen, meistens kulturell umrahmt, passend zum Thema. Besonders hervorzuheben sind die am 4. Mai in Hamburg, Köln und Frankfurt stattgefundenen großen Demonstrationen und Kundgebungen, an denen 90 000 Menschen teilnahmen. Aufgerufen hatte dazu ein breites antifaschistisches Bündnis, das auch von vielen hundert bekannten Gewerkschaftsfunktionären unterstützt wurde.

In Frankfurt setzte sich HBV-Hauptvorstandsmitglied Christian Götz, ausgehend von der Losung „Nie wieder Krieg“, mit der Politik des USA-Präsidenten Ronald Reagan auseinander und führte aus, er könne es niemandem verdenken, wenn er in einigen Punkten unübersehbare Parallelen zum Ungeist, „zu den Parolen und Drohgebärden des faschistischen Deutschlands registriert“. Ronald Reagan und die hinter ihm agierenden Kapital- und Militärkreise behandelten Verbündete wie Vasallen, wobei sich Bundeskanzler Helmut Kohl in dieser Rolle auch noch gefallen würde.

Götz sagte dann wörtlich: „Ronald Reagan setzt u.a. auf Hochrüstung in einem auch in den USA nie gekanntem Ausmaß, militärische Überlegenheit, ‚Machbarkeit‘ eines Atomkrieges, neuerdings sogar Militarisierung des Weltraums. Er agiert als ein ‚Weltgendarm‘, indem er politisch nicht genehme und gefügige Regierungen und Länder – wie z.B. Nicaragua – militärisch bedroht. Zumindest in seinen militanten angsteinflößenden Reden hat der amtierende amerikanische Präsident die Sowjetunion schon einmal ‚enthaupet‘ bzw. als ein ‚Reich des Bösen‘ von der Landkarte ‚radiert‘.“

Reagans Auftritt am 5. Mai zusammen mit Kohl auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg sowie im KZ Bergen-Belsen bestätigten die Einschätzung des Gewerkschafters Christian Götz. Ursprünglich war von Reagan und Kohl überhaupt keine Visite in einem ehemaligen KZ vorgesehen. Erst durch die Proteste der Weltöffentlichkeit gegen die Kranzniederlegung auch an den SS-Gräbern in Bitburg wurde Bergen-Belsen zusätzlich in das Besuchsprogramm von Reagan aufgenommen. Weder Reagan noch Kohl erwähnten auch nur mit einer

Silbe, daß in Bergen-Belsen 40 000 ermordete und verhungerte sowjetische Kriegsgefangene begraben sind.

Auf vielen DGB-Veranstaltungen zum 8. Mai protestierten die Teilnehmer gegen die geplante Weltraumrüstung der USA und verlangten einen Stopp der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. So auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf der historischen Konferenz des DGB am 8. Mai in Aachen (siehe Seite 12).

Auf vielen Kundgebungen kritisierten zahlreiche Redner die gefährliche Kreuzzugs- politik des US-Präsidenten gegen die Sowjetunion und verwahrten sich gegen die

GLOSSE

Große Gedanken

Es hat lange gedauert, bis die Menschen Feuer machen konnten. Noch länger, bis sie das Rad, die Dampfmaschine oder gar Raketen erfanden. Die Geschichte ist voll von Beispielen, wie große Entdeckungen manchmal ganz einfach sind.

Bei uns und anderswo zerbrechen sich viele Leute den Kopf über einen Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Schon zehn Jahre lang. Jetzt hat's geklappt. Blüm hat ihn gefunden: „Einstellen heißt das Gebot der Stunde!“

So steht es in dicken Buchstaben in einem teuren Prospekt seines Ministeriums, der Ende Mai in alle Haushalte flatterte. Ein Rechtfertigungspamphlet für das Arbeitsplatzvernichtungsgesetz mit dem Namen „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Verblüffend einfach die Lösung. Daß nicht schon früher einer darauf gekommen ist!

Allerdings: Die Aufforderung, Arbeitslose einzustellen, geht an die Adresse der Unternehmer. Das ist der Haken dabei. Denn die sind auf dem Ohr taub. Schade, daß nun eine so große Idee ungehört im All verhallt.

okulus

antikommunistischen Ausfälle führender CDU-Politiker. Noch heute, nach 40 Jahren, ist der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alfred Dregger, stolz darauf, daß er noch am 8. Mai 1945, am Tage der Kapitulation, gegen die anstürmenden Russen mit der Waffe in der Hand gekämpft habe. Und der CDU-Generalsekretär sowie Bundesfamilienminister Geißler erklärte wörtlich: „Ich sehe keinen Anlaß, den 8. Mai 1945 als Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern – besser wäre es gewesen, wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären.“

Angesichts dieser Äußerungen kann dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt nur zugestimmt werden, wenn er Geißler, am Abend der Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai im deutschen Fernsehen, als den „größten Hetzer hierzulande nach Goebbels“ nannte (Goebbels war als Reichspropagandaminister unter Hitler einer der Haupteinpeitscher der lebensfeindlichen faschistischen Ideologien). Leider sind auch in den Reihen der SPD einige Funktionäre zu finden, die, wie der Chefredakteur der Zeitung der IG Bergbau und Energie und SPD-Oberbürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier, den 8. Mai zu antikommunistischen Hetztiraden mißbrauchen.

Im Unterschied zu Geißler und auch Niggemeier betrachtet die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik den 8. Mai 1945 als einen Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Diese Erkenntnis, die vor Jahren nur von den Kommunisten und wenigen linken Sozialdemokraten geteilt wurde, ist jetzt auch in den Reihen der CDU zu finden. Kein Geringerer als Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in einer vielbeachteten Rede am 8. Mai im Plenarsaal des Deutschen Bundestages den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet, sich für die Freundschaft der Bundesrepublik mit den Völkern der Sowjetunion ausgesprochen und den antifaschistischen Widerstand der Kommunisten während der Naziherrschaft gewürdigt.

Daß diese Erkenntnisse nicht die Politik der Bonner Regierungskoalition bestimmen, verdeutlicht u.a. die Absicht von Bundeskanzler Kohl, Mitte Juni auf dem Treffen der revanchistischen Landsmannschaft der Schlesier zu sprechen, und das, obwohl die Zeitung dieser Landsmannschaft den Bundespräsidenten wegen seiner Rede zum 8. Mai in unflätiger Weise diffamiert hat. Auch das Treffen der SS-Traditionsverbände Leibstandarte Adolf Hitler und Hitlerjugend am 11. Mai 1985 in Nesselwang wurde von den Regierungen in Bonn und München geduldet und obendrein der in Nürnberg zu einer verbrecherischen Organisation erklärten SS der Status eines „gemeinnützigen Vereins“ eingeräumt. Der DGB im Allgäu hatte zu einer Protestdemonstration gegen das SS-Treffen aufgerufen; 5 000 Antifaschisten folgten dem Aufruf und forderten das Verbot der Traditionsverbände, der SS und aller anderen faschistischen Organisationen und Gruppierungen.

Werner Petschick

DGB-Jugend radelt für den Frieden

Mit vielfältigen Aktivitäten erinnerte auch die Gewerkschaftsjugend an den 40. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus. Ziel war, besonders jungen Menschen durch Informationen und Diskussionen Möglichkeiten aufzuzeigen, sich mit der Vergangenheit vor Ort zu befassen, die Ursachen des zweiten Weltkrieges und seine schrecklichen Folgen ins Bewußtsein zu rufen, um sie so zu einem verstärkten Engagement für Frieden und Demokratie zu motivieren.

Einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu leistete die Fahrradstafette der DGB-Jugend. 200 junge Gewerkschafter traten von Bremerhaven bzw. Rosenheim elf Tage lang (1. bis 11. Mai) in die Pedale, etwa an der Linie entlang, wo nach dem Vorschlag der Palme-Kommission von 1982 eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa verlaufen soll. Für eine oder mehrere Etappen schlossen sich Hunderte junge Gewerkschafter auf der jeweils 600 Kilometer langen Strecke an. Symbolisch wurden die einzelnen Etappenziele sowie die durchfahrenen Städte und Ortschaften zu atomwaffenfreien Zonen erklärt, verbunden mit der Aufforderung an Kommunal- und Landespolitiker, aus den symbolischen Handlungen Wirklichkeit werden zu lassen.

In mehreren Etappenorten, z.B. Delmenhorst, fand eine Podiumsdiskussion mit örtlichen Friedensinitiativen zum Problem der Militarisierung des norddeutschen Raumes und in Augsburg eine Diskussion mit dem Arbeitskreis Alternative Produktion bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm statt. Alternative Stadtrundfahrten mit Kundgebungen und Kranzniederlegungen an Gedenkstätten für

die Opfer des Faschismus, u.a. in der Dortmunder Bittermark oder im ehemaligen Konzentrationslager Dachau, gehörten ebenso zu den Etappenzielen wie Protestaktionen an Pershing-2-Stationierungsorten wie Waldheide oder das US-Giftgaslager Käfertal bei Mannheim.

Unterwegs wurden nicht nur Unterschriften unter einen offenen Brief an Bundeskanzler Kohl mit der Forderung gesammelt, den Vorschlag der Palme-Kommission aufzugreifen, sondern auch um Solidarität mit Nicaragua geworben und gegen das durch US-Präsident Reagan auf deutschem Boden verkündete Embargo protestiert. Vorletzte Etappe der Fahrradstafette war am 10. Mai das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel, wo sich die Teilnehmer aus dem Norden und Süden trafen. Gemeinsam radelten sie tags darauf nach Mainz zum großen Friedensfest, begleitet von mehreren hundert Kolleginnen und Kollegen. Auf dem Domplatz und in der Mainzer Innenstadt dokumentierten zahlreiche DGB-Jugendgruppen ihre örtlichen Aktivitäten für Frieden und Abrüstung, gegen Weltraumwaffen und Sozialabbau.

Abschluß des großen Friedensfestes war eine Kundgebung. Vor 5 000 Teilnehmern bescheinigte das geschäftsführende DGB-Bundesvorstandsmitglied Ilse Bruns den Teilnehmern der Fahrradstafette, eine „Demonstration für den Frieden geleistet“ zu haben, die „so schnell nicht in Vergessenheit geraten wird“. Übrigens hatten die jungen DGB-Radler auch dem Mainzer OB Jockel Fuchs ein großes Schild mit der Aufforderung überreicht, seine Stadt für atomwaffenfrei zu erklären. G.M.

Trommeln für Sozialabbau

Die Bonner Rechtskoalition hat im vorigen Jahr unter dem Beifall der Unternehmer und ihrer Verbände die Vorruhestandsregelung eingeführt. Damit sollte der Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche abgeblockt werden. Doch die Blümsche Vorruhestandsregelung hat nicht gehalten, was von ihr erwartet wurde. Das Tabu der 40-Stunden-Woche wurde von den streikenden Metallern und Druckern durchbrochen.

Jetzt aber wird in Bonn immer häufiger einer Heraussetzung der Altersgrenze das Wort geredet, nicht für die Bundestagsabgeordneten, die nach sechzehnjähriger Zugehörigkeit zum Bundestag ohne eigene Beitragsleistung schon ab 55 Jahren Anspruch auf eine Pension von 6 000 DM im Monat haben. Verschlechtert werden sollen wieder einmal die sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten.

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, plädiert nicht nur für eine Heraussetzung der Altersgrenze.

Zusätzlich soll den Arbeitern und Angestellten, die vorzeitig in Rente gehen, die Rente gekürzt werden, sie sollen, wie der FDP-Spitzenpolitiker es formuliert hat, „Abstriche in Kauf nehmen“. Offensichtlich spekuliert Mischnick hier auf die Unwissenheit des in Feiertagsreden oft als „Souverän“ umworbenen Bundesbürgers, erhalten doch jetzt schon Arbeiter und Angestellte, die früher in Rente gehen, weniger Rente als ihnen zuzustehen würde, wenn sie länger arbeiteten und Beitrag zahlten. Geht ein Durchschnittsverdiener, der mit 63 insgesamt 40 Versicherungsjahre erreicht hätte, wegen Frühinvalidität fünf Jahre früher in Rente, so erhält er jetzt statt netto 1 276 DM mit 116 DM 160 DM weniger im Monat.

Zwar soll, so heißt es in Bonn, die Altersgrenze erst in den neunziger Jahren heraufgesetzt werden, doch rühren die sozialreaktionären Kräfte schon kräftig die Trommel dafür. Die Gewerkschaften sollten deshalb keinen Zweifel daran lassen, daß sie weitere Demontagen im Bereich der sozialen Rentenversicherung nicht hinnehmen. A.B.

Fremdwort mit B

Berufsverbote, dieses Wort gibt es mittlerweile in allen europäischen Sprachen – als Fremdwort. Und die Diskriminierung Andersdenkender stößt im Ausland zunehmend auf Besorgnis, denn sie bedeutet die permanente Verletzung von demokratischen Rechten. Tony Benn, der Führer des linken Flügels der Labour-Party, sprach im April auf einer Protestkundgebung gegen Berufsverbote in der Bundesrepublik. In Frankreich arbeitet eine ganze Reihe von Komitees, die sich besonders im 40. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus über den Abbau demokratischer Rechte informieren und den Betroffenen Solidarität erweisen.

Gleichsam amtlich beschäftigte sich Anfang dieses Jahres auch ein Ausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf mit den Berufsverboten, nachdem der Weltgewerkschaftsbund eine Beschwerde gegen die Bundesrepublik eingebracht hatte. (Siehe auch NACHRICHTEN 5/85 und Dokumentation in dieser Ausgabe.) Grundlage dieser Beschwerde ist das Übereinkommen 111, das bereits 1961 von der Bundesrepublik ratifiziert wurde und das eine Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf verbietet. Mit zahlreichen Materialien, gewerkschaftlichen Stellungnahmen und den gerichtlichen Unterlagen belegt dagegen der WGB die Berufsverbote. Im März dieses Jahres legte ein eigens hierzu gebildeter ILO-Ausschuß einen Untersuchungsbericht vor. Er empfiehlt darin dem Verwaltungsrat der ILO, die Bundesrepublik auf die Einhaltung des Übereinkommens 111 hinzuweisen und auch einen Bericht über entsprechende praktische Maßnahmen anzumachen. Nach den Reglementarien der ILO hatte der Ausschuß zunächst eine Stellungnahme der Bundesregierung angefordert. Den Ausführungen aus Bonn schloß sich die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) vollinhaltlich an. Danach werde in der Bundesrepublik niemand wegen seiner politischen Meinung aus dem Staatsdienst entlassen. Mit solchen schlichten Behauptungen gab man sich allerdings in Genf nicht zufrieden.

Nach der eingehenden Prüfung der Gerichtsurteile gegen die Postbeamten Hans Peter und Hans Meister stellte der Ausschuß fest, daß sich die Urteile auf außerdienstliches Verhalten berufen. Dagegen schütze das Übereinkommen 111 ausdrücklich politische Aktivitäten als Ausdruck einer Opposition gegen „etablierte politische Grundsätze... solange keine gewalttätigen oder verfassungswidrigen Methoden“ angewandt oder empfohlen werden. Dagegen sei ein Schutz von Meinungen, die nicht ausgedrückt werden dürften, sinnlos. Diese Analyse von Sachverständigen der ILO sollten sich auch bundesdeutsche Richter hinter die Ohren schreiben, wenn im Juni und Juli weitere Prozesse gegen Postler stattfinden. R.B.

Warnstreiks im Einzelhandel brachten 38,5-Stunden-Woche

Für über 2 Millionen Einzelhandelsbeschäftigte tritt am 1. Januar 1986 die 38,5-Stunden-Woche in Kraft. Bis zur Erreichung dieses Zieles war es jedoch ein steiniger Weg, der noch schwieriger gewesen wäre ohne die von IG Metall sowie Druck und Papier geleisteten Schrittmacherdienste. Solidarisch unterstützt wurden sie von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die ihre Mitgliedschaft von vornherein auf eine kürzere wöchentliche Arbeitszeit orientiert hatte. Frühzeitig waren durch Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages (Anfang November 1984) und entsprechende Forderungen die Weichen dafür gestellt worden.

Begründet wurden die Forderungen nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen, wofür ein Volumen von rund 6,5 Prozent angesetzt war, mit dem einschneidenden Personalabbau. Immerhin sind seit 1980 in diesem Bereich 160 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Den daraus resultierenden zunehmenden Leistungsdruck mag folgende Zahl verdeutlichen: 1977 waren auf 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche durchschnittlich 62 Verkäuferinnen und Verkäufer beschäftigt. 1983 war diese Zahl auf durchschnittlich 43 geschrumpft, wobei Teilzeit jeweils auf Vollzeit umgerechnet wurde. Die sich daraus ergebenden Belastungen führten dazu, daß jeder zweite Einzelhandelsbeschäftigte nach gewerkschaftlichen Angaben unter Beschwerden bzw. Erkrankungen leidet.

Zugleich machte die Gewerkschaft HBV klar, daß sie die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder für die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung in die Waagschale zu werfen bereit sei. Diese Tatsache trug wesentlich dazu bei, daß die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in einem ersten Sondierungsgespräch am 17./18. Januar in Hannover signalisierte, nicht mehr am 40-Stunden-Tabu festzukleben, was sie einen Monat später bei einem zweiten Gespräch wiederholte.

Trotz der Zusicherung des obersten Unternehmensverbandes für diesen Bereich kamen die bezirklichen Tarifverhandlungen nicht von der Stelle. Auf Widerstand stieß besonders die gewerkschaftliche Forderung, die Arbeitszeitverkürzung in Freizeitblöcken zu ganzen oder halben Tagen zusammenzufassen. Demgegenüber liefen die Unternehmensvorstellungen darauf hinaus, die Arbeitszeitverkürzung durch verlängerte Pausen oder durch späteren Arbeitsbeginn zu kompensieren.

Auch als in Westberlin am 3. April der Durchbruch für die rund 75 000 Beschäftigten gelang, war in anderen Tarifbezirken schärferer Tobak notwendig. Insgesamt kam es von Anfang April bis Mitte Mai zu Warnstreiks in 80 Betrieben, wobei die Schwerpunkte der Kampfaktionen in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lagen. Allein aus Nordrhein-

Westfalen wurden 27 und aus Hessen 19 Warnstreiks gemeldet.

Wie bei IG Druck und Papier sowie IG Metall im Frühjahr des vergangenen Jahres trug der Kampf Früchte. Die Arbeitszeitverkürzung wird in Freizeitblöcke zusammengefaßt. Für Teilzeitarbeitskräfte mit mindestens 20 Stunden in der Woche wurde festgelegt, daß die Arbeitszeit nicht unter 20 Stunden sinken darf, weil sonst Schutzrechte, beispielsweise die gesetzliche Arbeitslosenversicherung, verloren-

Schwacher Abschluß im Ruhrbergbau

Nach vier Verhandlungsrunden, aber ohne den Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft, wurde für die Beschäftigten im Ruhrbergbau am 7. Mai 1985 ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Weder von der Einkommenserhöhung noch von der Arbeitszeitverkürzung stellt er einen wirklichen Beitrag zu einer aktiven Tarifpolitik dar.

Keine Einkommenssicherung

Auf 2,7 Prozent reduziert sich die vereinbarte Erhöhung, rechnet man die für 14 Monate vereinbarten 3,1 Prozent auf 12 Monate um. Angesichts der Kaufkraftverluste der letzten Jahre, der jetzt schon wieder steigenden Inflationsrate bedeutet der Abschluß entgegen allen Beteuerungen keine Einkommenssicherung. Auch die Zurückweisung der vom Unternehmerverband geforderten vier „Null-Monate“ rechtfertigt das Ergebnis nicht.

Keine beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung

Mit diesem Abschluß sei der Einstieg in die 4-Tage-Woche deutlich markiert, hebt der IGBE-Vorstand hervor. Die Tatsachen sehen nüchterner aus: Von 1986 bis 1989 erhalten die Bergleute jährlich je 2 bezahlte Freischichten, also 8 am Ende dieses Jahrzehnts. Die von der IG Metall abgeschlossene 38-Stunden-Woche für die Stahlindustrie brachte den Stahlarbeitern ab Herbst 1984 13 zusätzliche Freischichten in einem Schritt. Im Bergbau kommt

gingen. Dafür werden ihre Löhne und Gehälter ab 1. Januar 1986 entsprechend heraufgesetzt.

Nicht ganz den Erwartungen der Verkäuferinnen entsprechen die vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 2,5 Prozent für dieses und weiteren 2,1 Prozent für das nächste Jahr. Damit ist nicht einmal die Teuerungsrate ausgeglichen worden. Dennoch wären ohne Kampf die 38,5-Stunden-Woche bzw. die Freizeitblöcke nicht durchgesetzt worden.

Zwei Ausnahmen gibt es im Bereich des Einzelhandels. Nach wie vor weigern sich die Unternehmer in den Bezirken Schleswig-Holstein und Niedersachsen, mit anderen Bezirken gleichzuziehen. Wie beim HBV-Hauptvorstand zu erfahren war, ist für Niedersachsen, falls es bei der nächsten Verhandlung nicht zu einem Abschluß kommen sollte, mit weiteren Warnstreiks und einer Streikurabstimmung zu rechnen.

Vor der Gewerkschaft HBV steht jetzt die Aufgabe, Voraussetzungen zu schaffen, damit die Arbeitszeitverkürzung nicht zu Lasten der Beschäftigten geht. Ein Anfang ist gemacht mit der Mitte Mai gestarteten Aktion zur Übernahme aller Auszubildenden nach der Abschlußprüfung.

G. M.

bei diesem Tempo die 4-Tage-Woche wohl erst im nächsten Jahrtausend. Wichtig gegenüber den Spaltungsversuchen der Unternehmer ist die Vereinbarung, daß die Freischichten für alle, auch für Angestellte und Auszubildende, gelten. Aber dies galt auch schon für den Abschluß in der Stahlindustrie.

Ohne Kampf nichts zu holen

Daß der Tarifabschluß der „immer noch angespannten Lage der Unternehmen und den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ (IGBE-Kommentar) entspreche, ist geradezu Hohn. Die Inlandskonjunktur kommt nicht recht auf die Beine, weil die Massenkaukraft zu schwach ist. Die neuen Eigentümer der RAG, die VEB und VEW/RWE, strotzen vor Geld. Aber sie bereiten schon die nächsten Angriffe auf die Arbeitsplätze im Bergbau vor – assistiert von der Brüsseler EG-Kommission. Ohne Kampf ist die Lage der Bergarbeiter nicht zu sichern.

Solidarität bleibt wieder auf der Strecke

Über neue Arbeitszeiten soll frühestens zum 31. Dezember 1989 wieder verhandelt werden können. Wieder klinkt sich die IG BE damit aus den 1986 neu beginnenden Auseinandersetzungen z.B. im Metall- und Druckbereich aus. Zum Schaden der Bergleute und der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Aber darüber muß das letzte Wort noch nicht gesprochen sein, meinten einige Bergleute.

L. Sch.

Jetzt anvisieren: Urlaubsentgelt, Löhne, Gehälter und Arbeitszeit

In der Mitte des Jahres 1985 ist es sicherlich notwendig, den Blick auf Tarifaufeinanderstimmungen zu werfen, die mit Windeseile vor allem auf die IG Metall zukommen. Jedoch sollte auch noch Zeit bleiben, um die Umsetzungsprobleme der Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie zu betrachten und Schlußfolgerungen für die anstehenden Tarifrunden zu ziehen.

Franz Steinkühler, der 2. Vorsitzende der IG Metall, nannte den 1. April 1985 ein historisches Datum für die Arbeiterbewegung und die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Es habe sich aber auch gezeigt, daß die Zeiten vorbei seien, wo der Abschluß eines Tarifvertrages wieder Frieden in die Betriebe einkehren lasse. Die Umsetzung des Tarifvertrages habe in unvergleichbar größerem Umfang als früher Kraftanstrengungen der Funktionäre erfordert.

Die Manöver, die die Unternehmer gegen die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche starteten, sind wahrhaft ungeheuerlich. Da wurden massenhaft Einigungsstellen und tarifliche Schlichtungsstellen bemüht. In den Tarifbereichen, in denen es keine eindeutigen Festlegungen im Tarifvertrag gibt, gelang es den Unternehmern in vielen Betrieben, die AT-Angestellten aus der Durchschnittsberechnung herauszuhalten, um so für die übrige Belegschaft die Arbeitszeit noch stärker differenzieren zu können.

Außerordentlich negativ war die Entscheidung der tariflichen Schlichtungsstelle für die Bayerische Metallindustrie im Falle der Mannesmann-Demag-Kunststofftechnik in Schwaig bei Nürnberg. Hier ist den Unternehmern eine weitgehende Differenzierung gelungen. Frohlockend verkünden sie, daß nicht weniger als 73 Prozent entweder 37 oder 40 Stunden arbeiten und nur ganze 27 Prozent 38,5 Stunden.

Besonders hinterhältige Angriffe gingen auch von den baden-württembergischen Metallunternehmern aus. Zuerst wollten sie, daß es in den Dreischichtbetrieben keine Arbeitszeitverkürzung gibt. Sie sollte mit der dreißigminütigen schon bisher bezahlten Arbeitszeit zur Esseneinnahme verrechnet werden. In der tariflichen Schlichtung konnte dies vereitelt werden. Hätten die Unternehmer obsiegt, dann wäre zweierlei eingetreten: Rund 10 Prozent der Beschäftigten des Tarifbereichs hätten keine Arbeitszeitverkürzung bekommen. Des weiteren hätte die Arbeitszeit dieser Gruppe, die dann fiktiv auf 37,5 Stunden verkürzt worden wäre, bei der Durchschnittsberechnung dazu beigetragen, daß weitere 10 Prozent der Beschäftigten länger als 38,5 Stunden in der Woche hätten arbeiten müssen.

Auch der nächste Anschlag auf den gerade wirksam werdenden Tarifvertrag erfolgte in Baden-Württemberg. In den Betrie-

ben, in denen Freischichten vereinbart worden sind, sollte generell nicht das Lohnausfallprinzip, sondern das Referenzprinzip (Durchschnittsberechnung) angewandt werden und folglich für ausgefallene Tage nicht 8, sondern nur 7,7 Stunden vergütet werden. Darüber hinaus sollte es keinen Freizeitausgleich geben. Es kam zum Reutlinger Vergleich. Bei Krankheits- und Urlaubstagen gilt das Referenzprinzip, für Feiertage und alle anderen Fälle von bezahlter Arbeitsverhinderung das Ausfallprinzip. Es werden hier folglich 8 Stunden bezahlt und zugleich 18 Minuten Zeitausgleich gewährt.

Man kann sich vorstellen, welche Empörung sich in der Mitgliedschaft breitgemacht hätte, wenn sie auf diese Weise von den Unternehmern um die Früchte ihres Kampfes hätte betrogen werden können. Bei künftigen Tarifverträgen muß deshalb sicherlich bei der Formulierung dieses Unternehmerverhalten berücksichtigt werden.

Am 31. Dezember 1985 läuft nun in der Metallindustrie das Urlaubsabkommen aus, es folgen zum 31. März 1986 die Kündigungsmöglichkeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge und zum 30. September 1986 die der Manteltarife, in denen auch die Arbeitszeit geregelt ist. Obwohl dies drei Etappen der Tarifbewegung sind, gehören sie jedoch untrennbar zusammen. Erfolge werden davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Mitglieder für die gewerkschaftlichen Forderungen zu mobilisieren.

Aus der Entschließung 12 des letzten Gewerkschaftstages ist ableitbar, daß sich die Mitglieder dafür entscheiden könnten, daß das Urlaubsentgelt erhöht, der seit Jahren anhaltende Reallohnabbau gestoppt sowie eine weitere Stufe der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung anvisiert wird.

Wenn die IG Metall und die anderen Gewerkschaften in den Aktionen gegen den Sozialabbau den notwendigen politischen Druck erzeugen können und die IG Metall diesen dort entwickelten Schwung und Schulterschuß mit anderen Gewerkschaften in der Tarifbewegung für ein höheres Urlaubsentgelt und höhere Löhne und Gehälter erhalten kann, dann, aber auch nur dann wird es im Herbst 1986 möglich sein, auch in der Arbeitszeitfrage einen Schritt weiterzukommen.

Heinz Schäfer

Verhandlungen gescheitert

In der vierten Verhandlungsrunde sind die zentralen Tarifverhandlungen für die rund 190 000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie am 28. Mai im hessischen Bad Nauheim von der zuständigen Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) für gescheitert erklärt worden. Sofort nach diesem Schritt wurde der Hauptvorstand zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Wegen unseres Redaktionsschlusses lagen darüber noch keine Informationen vor. Wie jedoch aus Kreisen der GTB verlautet, wird aller Wahrscheinlichkeit nach vom Hauptvorstand das Mandat für zentrale Tarifverhandlungen an die Bezirke zurückgegeben, die dann ihrerseits die Bekleidungsunternehmen zu dezentralen Verhandlungen auffordern werden.

Für den Bereich der Bekleidungsindustrie sind die Tarifverträge bereits zum 30. April ausgelaufen, so daß seit dem 1. Mai tarifloser Zustand herrscht. Sie waren von der GTB frühzeitig gekündigt und die Forderungen angemeldet worden. Der Forderungsrahmen lag bei 6 Prozent, wobei Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Mittelpunkt standen. Höchstes Angebot der Bekleidungsunternehmen am 28. Mai waren für die GTB unannehmbare magere 3,2 Prozent.

Besonders belastet waren die Verhandlungen auch durch die Absicht der Unternehmer, unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ die bisher üblichen Überstundenzuschläge zu kappen und quasi durch die Hintertür im Zuge der Bonner Wendepolitik die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen, was ja erklärtes Ziel nicht nur der Unternehmer, sondern auch mancher Regierungsmitglieder ist. Jedoch wurde die Rechnung ohne den Wirt, das heißt die Gewerkschafter, gemacht. Die Proteste in den Betrieben nahmen zu, und am 31. Mai machten hessische Textilgewerkschafter auf einer bei Gießen stattgefundenen Kundgebung klar, daß sie kein Spielball von Unternehmern und Wendepolitikern sind und daß sie sich wehren werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Tarifkonflikt, über dessen Verlauf wir in unserer nächsten Ausgabe berichten werden, entwickelt. Auf alle Fälle ist schon heute Solidarität notwendig.

Im Gegensatz zur Bekleidungsindustrie ist die Tarifrunde für die rund 235 000 Beschäftigten der Textilindustrie – hier wurde bezirklich verhandelt – so gut wie gelaufen. Bis auf wenige Ausnahmen, z. B. Baden-Württemberg und Nordrhein, wo nach Redaktionsschluß noch verhandelt wurde, sind neue Tarifverträge abgeschlossen. Das erreichte Volumen mit Schwerpunkt Einkommensverbesserungen liegt nach Angaben der Gewerkschaft Textil – Bekleidung bei knapp 4 Prozent.

G. M.

Grundig lehrt, „sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“

Als 1979 der „Ehevertrag“ zwischen dem Grundig-Konzern und dem holländischen Multi Philips geschlossen wurde, zeigten sich beide Seiten „zuversichtlich, daß diese Transaktion zu einer Stärkung der Wettbewerbsposition ihrer Unternehmen beitragen werde. Dies liege sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch der Abnehmer ihrer Erzeugnisse“, so der damalige Originalton. Fünf Jahre später waren von den ehemals 40000 weltweit Beschäftigten der Grundig AG nur noch knapp 24000 übriggeblieben und über ein Dutzend Werke geschlossen.

So war die Situation, als um die Jahreswende 1984/85 die Konzernleitung bis Ende 1985 weitere 7000 Arbeitsplätze zum Abschluß freigab, darunter auch 2530 in den Werken Nürnberg, Fürth, Vohenstrauß, Bayreuth und Georgensgmünd. Abteilungsleiter wurden aufgefordert, bis zum 31. Januar Listen mit Namen „entbehrlicher“ Mitarbeiter für den ersten Entlassungsschub am 15. Februar zusammenzustellen. Diese Selektion von nach Grundig-Sprachegebrauch „unproduktiv Beschäftigten“ ging gründlich daneben, denn viele Abteilungsleiter ließen sich nicht zu Bütteln der Unternehmer mißbrauchen.

Die Grundig-Belegschaften resignierten nicht. In seit dem 4. Februar stattgefundenen außerordentlichen Belegschaftsversammlungen stellten sie Forderungen nach Erhalt der Arbeitsplätze. Kollektiv wurde der Betriebsrat aufgesucht, so auch am 14. Februar, wo 4000 Beschäftigte im Grundig-Werk Nürnberg-Langwasser die Arbeit niederlegten, um sich bei dem in der Kantine über einem Beschäftigungsplan brütenden Gesamtbetriebsrat zu informieren. Aktionen z.B. am Aschermittwoch vor der Grundig-Hauptverwaltung in Fürth fanden ebenso statt wie Gespräche mit Parteien- und Kirchenvertretern sowie Informationsstände. Unterschriften gegen die Massenentlassungen, die bereits bei den zuständigen Arbeitsämtern beantragt waren, wurden gesammelt. Unterstützung erhielten die Grundig-Beschäftigten nicht nur von der IG Metall, sondern auch aus anderen Gewerkschaften.

Dieser Kampf hat sich gelohnt, denn „Grundig lehrt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“, so auf einem IG-Metall-Plakat. Abgesehen davon, daß noch keiner den „blauen Brief“ erhalten hat, wurden die Manager an den Verhandlungstisch gezwungen. Heraus kam nach langen und zähen Verhandlungen ein Beschäftigungsplan, der zwar nicht allen gewerkschaftlichen Vorstellungen entspricht, aber von der IG Metall und den Grundig-Betriebsräten als „erster Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet wird.

Kernpunkte des am 9. Mai unterzeichneten Beschäftigungsprogramms sind die

Aufnahme neuer Produktlinien und eine menschengerechte Gestaltung von Arbeitsabläufen und Arbeitsplätzen. Gedacht ist beispielsweise an neue Erzeugnisse aus dem Bereich der Meß- und Regeltechnik sowie für den Umweltschutz. Eine eigens dafür gebildete Kommission, die dazu verpflichtet wurde, alle drei Monate einen Bericht über ihre Arbeit vorzulegen, soll Möglichkeiten zur Produktdiversifikation aufzeigen. Dadurch kann die Tätigkeit durch Betriebsräte und Beschäftigte kontrolliert werden. Und „dies ist unverzichtbar, wenn wir die Philips-Pläne, Grundig zur ‚verlängerten Werkbank‘ zu machen, durchkreuzen wollen“, so der gemeinsame Kommentar von Betriebsrat, Vertrauensleutekörper und IG Metall. Dies zeige zugleich, daß „der Beschäftigungsplan nicht Endpunkt einer Auseinandersetzung, sondern ein wichtiger Anfang eines ständigen Ringens um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Grundig sein wird“.

Nachschlag bei Thyssen

Im Thyssen-Stahlbereich gelang es im April, eine einmalige Sonderzahlung von 200 DM durchzusetzen. Angesichts der in der Bilanz der Stahl AG ausgewiesenen 93 Millionen DM Überschüsse bedurfte es nicht einmal großer Bewegungen zum Erfolg. Zu offensichtlich war, daß eine um 8,4 Prozent verringerte Belegschaft eine Rekordproduktion (+ 21,6 Prozent) im gesamten Unternehmensbereich Stahl der Thyssen AG erarbeitet hatte. Auch die in der Stahlindustrie zur Zeit gefahrenen Überstunden sprechen eine deutliche Sprache.

Und da sich der Aufschwung nur in den Profiten niederschlägt, fürchtete man in der Thyssen-Chefetage vielleicht einen neuen „69er Effekt“. Damals, im Herbst 1969, erkämpften sich die Stahlarbeiter nach einer ebenfalls atemberaubenden Profitexplosion einen „außerplanmäßigen“ Zuschlag in den Septemberstreiks. Aber Thyssen dachte gleichzeitig auch darüber nach, wie die Großzügigkeit in Grenzen zu halten sei. So sollte diese Zahlung auf die Duisburger Betriebe beschränkt sein. Weder die Henrichs-Hütte in Hattingen noch

Und was den zweiten Bereich betrifft, so sollen Rationalisierungseffekte zur Arbeitserleichterung und Höherqualifizierung genutzt werden. Koordiniert werden soll das Ganze durch ein wissenschaftliches Projekt unter maßgeblichem Einfluß der IG Metall.

Zum Inhalt des Beschäftigungsplanes gehören auch umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen. Dabei soll jedem, der von einer Betriebsänderung betroffen ist, eine Weiterbildungsmaßnahme angeboten und nach erfolgreichem Abschluß bei der Besetzung frei werdender oder neu geschaffener Stellen vorrangig berücksichtigt werden. Während der Zeit der Weiterbildung bleiben die Betroffenen bei der Grundig AG beschäftigt bei weitgehender Sicherung des Nettoverdienstes aus Mitteln des Konzerns und des Arbeitsamtes.

Trotz aller positiven Aspekte bleibt es bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Nur soll dies nicht durch Massenentlassungen, sondern durch freiwilliges Ausscheiden bei entsprechenden Abfindungen vor sich gehen sowie durch ein Seniorenprogramm mit der Möglichkeit eines Vorruhestandes für die über 55jährigen.

Alles in allem bleibt festzuhalten, daß ohne Kampfbereitschaft Teile der Grundig-Belegschaften bereits den blauen Brief in ihren Händen hätten. Dennoch ist Vorsicht geboten. Zu welchen Mitteln die Grundig-Manager greifen, verdeutlicht folgendes Beispiel: Während der Verhandlungen über den Beschäftigungsplan und kurz vor seinem Abschluß wurde – wie die Zeitung der IG Metall vom 17. Mai meldet – das Werk im oberpfälzischen Vohenstrauß „quasi über Nacht verkauft“.

G.M.

Thyssen Niederrhein in Oberhausen, noch die Friedrich-Friedhelm-Hütte in Mülheim und auch nicht der Gemeinschaftsbetrieb „Eisenbahn und Häfen“ sollten die Sonderzahlung erhalten. Aber nach einer Information durch die Hattinger Betriebszeitung der DKP, das „Hütten-Echo“, machte der dortige Betriebsrat Dampf und setzte die Zahlung auch für die Henrichs-Hütte durch. Auch die Oberhausener Stahlarbeiter erhalten inzwischen das Geld.

Damit beginnt sich eine Forderung durchzusetzen, die im Sommer 1984 nach Abschluß des Tarifvertrages ins Gespräch kam: Angesichts der langen Laufzeiten und der geringen Lohnerhöhung sei spätestens im Frühjahr 1985 eine Teuerungszulage nötig. Thyssen-Arbeiter haben den Anfang gemacht. Inzwischen wird eine ähnliche Forderung auch bei Hoesch in Dortmund im Vertrauenskörper diskutiert. Gute Beispiele scheinen Schule zu machen. Und da die Bilanzen bei Krupp, Mannesmann und, mit Einschränkungen, Klöckner ähnlich „gute Nachrichten“ vermittelten, gibt es keinen Grund, diesem Beispiel nicht nachzueifern.

L.Sch.

Auch Abschluß im Saarbergbau

Für die rund 24000 Beschäftigten im Saarbergbau wurde Mitte Mai ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Rückwirkend ab 1. Mai wurden die Löhne und Gehälter um 3,1 Prozent erhöht bei einer Laufzeit des Vertrages von 14 Monaten. Ab 1. Januar kommenden Jahres bleibt der Samstag arbeitsfrei. Bisher mußte an vier Samstagen im Jahr gearbeitet werden. Darüber hinaus gibt es in einem Stufenplan bis Januar 1989 sieben zusätzliche freie Tage.

Reeder stimmten Erhöhung zu

Mitte Mai hat die Tarifgemeinschaft im Verband Deutscher Reeder dem am 26. April ausgehandelten Tarifvertrag zugestimmt, der zuvor bereits von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) angenommen worden war. Der neue Heuertarifvertrag sieht eine Erhöhung der Heuern und Vergütungen einschließlich davon abhängiger Vergütungen um 3,5 Prozent vor, bei einer Laufzeit vom 1. Mai 1985 bis Ende März 1986.

Nullmonat und geringe Erhöhung

Die rund 185000 Beschäftigten des Maler- und Lackiererhandwerks im Bundesgebiet und Westberlin sollen ab 1. Juni bei einem Nullmonat eine minimale Lohn- und Gehaltserhöhung von 2,3 Prozent erhalten. Das sieht ein Schlichtungsvorschlag vor, der Mitte Mai von der Schlichtungsstelle der zuständigen IG Bau-Steine-Erden unterbreitet wurde. Die Laufzeit soll elf Monate betragen.

Arbeitszeitverkürzung und 3,2 Prozent

In der vierten Verhandlungsrunde sind die Tarifverhandlungen für alle Tarifbereiche der Glasindustrie mit rund 60000 Beschäftigten Mitte Mai abgeschlossen worden. Die zuständige IG Chemie-Papier-Keramik erreichte eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen von 3,2 Prozent bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten. Darüber hinaus wurde für Beschäftigte ab 58 Jahre ein Vorruhestand vereinbart, Voraussetzung jedoch ist eine mindestens zehnjährige Betriebszugehörigkeit, wobei der Vorruhestand von 2,5 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes in Anspruch genommen werden kann. Die Bezüge betragen 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttoverdienstes, wobei die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit in die Berechnungsgrundlage (in den ersten

24 Monaten zu 75 Prozent und ab dem 25. Monat zu 50 Prozent) einbezogen werden. Eine weitere Verbesserung ist die Arbeitszeitverkürzung auf 38 Wochenstunden für alle Beschäftigten ab dem 56. Lebensjahr.

Streik gegen Wende in Tischlerei

Der Unternehmer der Tischlerei FS – fenster + bauelemente GmbH im norddeutschen Buchholz wollte die in Bonn eingeleitete Wendepolitik auch in seinem Betrieb nachvollziehen und mit dem Erreichten aufräumen. So sollte der Urlaub um fünf Tage und das Urlaubsgeld um 5,— DM pro Tag gekürzt werden. Gegen diese Absicht traten die Beschäftigten in den Streik.

38,5-Stunden-Woche bei Fotofinisher

Für die Beschäftigten im Tarifbereich der Union Fotofinisher wurden wesentliche Verbesserungen im Manteltarifvertrag vereinbart: Ab 1. Oktober gilt auch für diesen Bereich die 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Eine weitere Verbesserung sind 30 Urlaubstage in einem Stufenplan bis 1990 für alle und drei zusätzliche freie Tage für überwiegend in Nachtschicht Beschäftigte. Der Preis dafür sind minimale Lohn- und Gehaltserhöhungen. Sie betragen rückwirkend ab 1. April 1,5 Prozent und für das kommende Jahr 2,5 Prozent. Für die Teilzeitbeschäftigten wird die Wochenarbeitszeit nicht verkürzt. Als Ausgleich erhalten sie ab 1. Oktober eine zusätzliche Erhöhung von 4,2 Prozent.

Erhebliche Gefahr für Tarifautonomie

Auf einer Veranstaltung der DGB-Landesbezirke Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saar am 9. Mai kritisierte der stellvertretende DGB-Vorsitzende, Gustav Fehrenbach, die zunehmenden Versuche, insbesondere bei der Bundespost, Arbeiter und Angestellte in ein Beamtenverhältnis zu zwingen. Diese Absicht sei leicht durchschaubar, denn „je größer der Anteil der angeblich nicht streikberechtigten Beamten (sei), um so geringer werden die Chancen für einen effektiven, erfolgreichen Arbeitskampf“. Die Sonntagsreden von Vertretern der Regierungskoalition, daß man die Tarifautonomie anerkenne und starke Gewerkschaften bejahe, könnten schon lange nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die faktische Entwicklung in eine ganz andere Richtung gehe. In diesem Zusammenhang sprach sich der DGB-Funktionär dafür aus, Streikbrechereinsätze von Beamten für verfassungswidrig zu erklären.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Fakten wurden nach dem DGB-Tarifbericht vom September 1984 zusammengestellt und entsprechen damit dem neuesten Stand.

30. Juni – 0,8 Millionen

Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz (313 800); Einzelhandel Westberlin (84 000); Kautschukindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz/Saarland (54 200); Energieversorgung Elektrizitätswerk Wesertal, Elektromark Hagen, GWE-Bereich (45 400); Kfz-Gewerbe Bremerhaven, Hessen (30 300); Gebäudereinigerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen (29 100); Ersatzkassen (ohne Technikerkrankenkasse) Bundesgebiet (29 500); Heizungsindustrie und -handwerk Bayern (18 600); Klempnerhandwerk Bayern (15 000); Groß- und Außenhandel Saarland (15 000); Großküchen, Kaminen, Kasinos und sonstige Verpflegungsbetriebe Bundesgebiet und Westberlin (15 000).

31. Juli – 0,3 Millionen

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (168 700); Friseurhandwerk Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (59 400); Hohlglas- und Kristallglaserzeugung einschließlich Hüttenveredelung und -verarbeitung Hessen, Bayern (18 900); Bäckerhandwerk Hessen (13 500).

31. August – 0,17 Millionen

Chemische Industrie Saarland, Bayern (65 000); papiererzeugende Industrie in allen Tarifbereichen (47 600); Brauereien – Angestellte – Nordrhein-Westfalen (14 800); Bekleidungsindustrie – Gesamtvereinigung – Niedersachsen, Bremen – ohne Osnabrück (13 500); Energieversorgung – Angestellte – einige Bereiche (8 000); Kürschnerhandwerk Bundesgebiet (7 500); Flachglas AG Fürth, Gelsenkirchen/Gladbeck, Weiden, Witten, Wesel (6 800).

30. September – 0,17 Millionen

Hotel- und Gaststättengewerbe – Angestellte – Nordrhein-Westfalen (82 400); Gebäudereinigerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Koblenz-Trier, Alzey-Worms/Mainz-Bingen (28 100); Klempnerhandwerk Hessen (18 000); Hohlglaserzeugung Gruppe I – Fachverband (14 500); Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden (12 000); Erdöl- und Erdgasgewinnung Bundesgebiet und Westberlin (11 600); Molkereien Bayerisches Allgäu (4 500); Brauereien Niedersachsen – Angestellte – (3 100).

Ein Blick hinter die Kulissen des „Investitionsparadieses“ Philippinen

„Heute steuern die Philippinen – mit ihrem reichen Potential an menschlichen und natürlichen Reserven, geholfen von reichhaltigen Naturschätzen und ausgefeilter Technologie – mit Volldampf eine Industrialisierung an, unterstützt durch eine fortschrittliche Steuer- und Wirtschaftspolitik.“ So und ähnlich umwirbt die philippinische Regierung durch ihre Zentralbank Investoren in bundesdeutschen Zeitungen; denn ausländische Investitionen ins Land zu bekommen ist wichtiger Bestandteil der exportorientierten Wirtschaftspolitik, die die philippinische Regierung unter Diktator Ferdinand Marcos seit Jahren betreibt.

Gefördert von IWF und Weltbank, soll dadurch eine rasche Modernisierung und Industrialisierung der philippinischen Wirtschaft in Gang gesetzt werden. Ein druckvollste Form dieser Politik ist die Errichtung von Exportproduktionszonen. Angelockt durch bereitgestellte Infrastruktur, Steuervorteile und zusätzliche Investitionsanreize, vor allem aber vom „reichen Potential an menschlichen Reserven“, dem Standortvorteil Niedriglöhne, haben ausländische Investoren, darunter zahlreiche aus der Bundesrepublik, in besonders dafür hergerichteten Zonen Produktionsstätten errichtet. Die dort kostengünstig hergestellten Produkte gehen nicht auf den philippinischen Markt, sondern in die Absatzgebiete Europas, Nordamerikas und Japans – deshalb Exportproduktionszonen.

Neben diesen eigens eingerichteten Zonen (die erste ihrer Art in den Philippinen entstand 1969 mit einem Angebot von 30000 bis 40000 Arbeitskräften auf der Halbinsel Bataan nahe der Hauptstadt Manila) gibt es um die Hauptstadt Manila herum mehrere in sich abgeschlossene Industriegebiete mit vergleichbarer Struktur: Zweigniederlassungen oder ausgelagerte Betriebe aus den lohnintensiven Bereichen Textil/Bekleidung und Elektronik speziell auch aus der Bundesrepublik. Genutzt wird neben der „fortschrittlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik“ der philippinischen Regierung die billige und vergleichsweise qualifizierte (gute Englischkenntnisse!) philippinische Arbeitskraft. Das unternehmerische Kalkül ist einfach: Eine Näherin in Manila ist um das X-fache billiger als in der Bundesrepublik.

In einer solchen Industriezone, dem „Food Terminal, Inc.“, liegt neben Telefunken und anderen auch Triumph International (Philippines) Inc., eine der neun Niederlassungen des bekannten deutschen Miederwaren-Multis in Asien. Triumph International (Philippines) wurde 1975 aufgrund des Standortvorteils Niedriglöhne und der Investitionsanreize der philippinischen Regierung in Manila als Produktionsstätte für Miederwaren gegründet. Mitgehoften hat dabei außerdem die bundeseigene DEG (Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit) durch einen Kredit in

Höhe von 1,9 Millionen DM. Die philippinische Produktion wird fast ausschließlich exportiert: nach Hongkong, Japan, Korea und in die Bundesrepublik.

Nach offizieller Lesart ist damit Bedeutendes geleistet, denn in einem von Arbeitslosigkeit geplagten Land wurden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen. So gesehen

Philippinen-Solidaritätsgruppe Mannheim/Ludwigshafen

Die gewerkschaftlich orientierte Gruppe hat Kontakte zu philippinischen Gewerkschaftern, die in deutschen Betrieben arbeiten. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, Solidarität zu üben.

Kontaktadresse: Hohenzollernstraße 6, 6700 Ludwigshafen, Telefon: (0621) 522135

ist das Triumph-Imperium bahnbrechend, denn die Belegschaft in Triumph-Betrieben der Bundesrepublik ist von 13200 im Jahre 1965 auf 2600 im Jahre 1983 gesunken, während im Zuge der Auslagerungen die ausländische Belegschaft von 4800 im Jahre 1965 auf 16770 im Jahre 1983 angewachsen ist. Allerdings besteht die Frage, welche Bedingungen an diesen Arbeitsplätzen herrschen. Eins ist gewiß: Für Filipinas (auch die Belegschaftsmitglieder von Triumph) sind die Marken-Mieder unerschwinglich teuer.

Bei Triumph-International (Philippines) arbeiten 1286 Arbeiterinnen mit regulären Arbeitsverträgen. Über 500 weitere Arbeiterinnen haben zeitlich befristete Arbeitsverträge. Circa 50 Prozent der Belegschaft sind zwischen 25 und 30 Jahre alt. Die meisten Arbeiterinnen haben eine unserer mittleren Reife entsprechende Schulausbildung. Sie arbeiten in drei Schichten, von 6 bis 14 Uhr, von 14 bis 22 Uhr und von 22 bis 6 Uhr an sechs Tagen in der Woche, also 48 Stunden.

Anfang 1985 erhielten sie einen Tageslohn von 66 Pesos (rund 12,25 DM). Ihr Lohn

liegt damit leicht über dem damals gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 54 Pesos in Metro-Manila, der bei weitem nicht von allen Betrieben gezahlt wird. Er liegt gleichzeitig deutlich unter dem täglichen Bedarf für eine sechsköpfige Familie (Armutsgrenze), der Anfang 1985 von Instituten mit unterschiedlichen Berechnungsweisen zwischen 85 und 93 Pesos angegeben wurde.

Zudem lastet die Inflation auf den Löhnen. Zwar ist in dem für philippinische Verhältnisse auch keineswegs selbstverständlichen Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit vom September 1983 für das dritte Jahr eine Lohnerhöhung von 6,75 Pesos pro Tag festgelegt, aber die Inflationsrate beträgt derzeit in den Philippinen etwa 50 Prozent. Folglich wohnen die Arbeiterinnen von Triumph International nirgendwo anders als in den dichtgedrängten Elendsquartieren Metro-Manilas, den Blechhütten und Bretterbuden der Slums ohne ordentliche Wasserversorgung und Kanalisation – wie ihre Kolleginnen und Kollegen der rund 2 Millionen starken Arbeiterschaft in der philippinischen Hauptstadt.

Bei den Arbeitsbedingungen gibt es zwei Hauptprobleme. Zum einen ist das Quotensystem sehr hart. Acht Arbeitsstunden abzüglich der Pausen ergeben 435 Minuten. Für ein Bündel BHs mit 40 Stück sind z.B. 27 Minuten angesetzt, wobei mehr als 30 Arbeitsgänge pro Stück nötig sind – je nach Modell. Wenn eine Arbeiterin ihre Quote nicht erreicht, werden Strafen verhängt: zunächst eine mündliche, dann eine schriftliche Verwarnung und schließlich eine 3- bis 10tägige Suspendierung. Zum anderen ist die Qualitätskontrolle äußerst streng.

Wie die Arbeiterinnen Anfang 1985 sehen mußten, sind ihre Arbeitsplätze auch nicht sicher. Mit der Begründung, es mangle an Aufträgen und Rohmaterialien, hatte die Firmenleitung in Manila am 15. Januar 525 Belegschaftsmitglieder einschließlich der Mehrzahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute ihre Kündigungsschreiben überreicht. Daraufhin traten fast alle 2000 Belegschaftsmitglieder am 16. Januar in den Streik. Sie forderten die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Zahlung der ausgefallenen Löhne. In den Entlassungen sahen sie einen Versuch, ihre Gewerkschaft zu zerschlagen, und bezweifelten die Rechtmäßigkeit. Täglich bezogen sie rund um die Uhr zu Hunderten um das Firmengelände herum Streikposten in provisorischen Hütten aus Säcken und Kartons. In einer dieser Hütten wurde mit großen Töpfen eine Küche eingerichtet, die täglich mehrere Mahlzeiten (viel Reis und wenig Gemüse) an über 300 Personen ausgab. Pro Tag wurde dabei ein Sack Reis verbraucht, der nur durch die solidarische Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus benachbarten Werken finanziert werden konnte.

Obwohl die Arbeiterinnen die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung ihres Streiks beim Arbeitsministerium vorgenommen hatten, bestand die Gefahr, daß

Junge Gewerkschafter der IG BSE hatten keine Angst vor Autoritäten

Keine Angst vor Autoritäten hatten die 105 Delegierten der 12. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden (IG BSE), die vom 3. bis 5. Mai in der Stadthalle Bad Godesberg stattfand. Sie stand unter dem Motto: „Arbeit – Frieden – Umwelt, unsere Aufgabe für die Zukunft“. Zum Geschäftsbericht diskutierten nicht weniger als 30 Delegierte und zum Hauptreferat des Bundesvorstandsmitglied Georg Voss gar mehr als 40.

In seiner Eröffnungsansprache konnte der für die Jugendarbeit zuständige stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BSE, Bruno Köbele, feststellen, daß die Gewerkschaft trotz rückläufiger Beschäftigungszahlen die größte Zahl von jungen Frauen und Männern unter 25 Jahre seit 1945 organisieren konnte, rund 73000. Sein Vorschlag, die Bundesregierung solle ein Sonderprogramm für Jugendliche auflegen, die nach ihrer Ausbildung arbeitslos geworden seien, wurde ablehnend diskutiert, insbesondere die Vorstellung, daß der Betrieb für jeden Auszubildenden, der nach seiner bestandenen Prüfung arbeitslos ist, bei Einstellung einen Zuschuß erhalten soll. Dies würde nach Meinung der Diskussionsredner den Unternehmern staatliche Subventionen bringen, den Ausgelernten aber keine neuen Arbeitsplätze.

Im schriftlichen Geschäftsbericht wurde zwar auf den gemeinsamen Vorschlag der IG BSE und der IG Chemie-Papier-Keramik vom 24. September 1984 verwiesen, die Berufsausbildung über eine Umlage auf Kammerebene zu finanzieren, aber weder im mündlichen Geschäftsbericht des Bundesjugendsekretärs Jörg Herpich noch in der Rede Köbeles wurde darauf eingegangen. Im Antrag 32 wurde von der

dieses Ministerium ihren Streik für illegal erklärt, da eine exportorientierte Firma zu den lebenswichtigen Industrien gezählt werden kann, die laut Gesetz nicht bestreikt werden dürfen. Leicht hätte das den Einsatz des Militärs gegen die Streikenden und – wie schon oft geschehen – Tote in ihren Reihen zur Folge haben können. Vermutlich wurde dies u.a. durch Aktionen verhindert, mit denen sich die Arbeiterinnen an die Öffentlichkeit wandten.

Anfang April dieses Jahres wurde der Arbeitskampf bei Triumph International (Philippines) mit einer Schlichtung durch das Arbeitsministerium beigelegt. Die entlassenen Kolleginnen sollen ab Juni wieder eingestellt werden.

Ihren Kampf durchzustehen war den Triumph-Arbeiterinnen nur möglich, weil sie seit Jahren mehrheitlich gewerkschaftlich organisiert sind. Typisch für die philippinische Gewerkschaftsbewegung haben sie eine Betriebsgewerkschaft: Pagkakaisa ng mga Manggagawa sa Triumph International (Philippines), d.h. Solidarität der

Konferenz eine entgegengesetzte Position eingenommen (siehe Einhefter).

Ilse Brusi, DGB-Bundesvorstandsmitglied, hatte sich in ihrer Begrüßung gegen Bündnisse ausgesprochen und später dann auf die Bundesschülervertretung und die SDAJ verwiesen. Ihr wurde heftig widersprochen. Delegierte meinten, daß man ohne Bündnisse den Faschismus nicht verhindern könne. Es gelte, aus der Geschichte zu lernen, und nicht erst dann, wenn es wieder zu spät sei. Dann könne man nur wieder im KZ Bündnisse beschwören. Die Delegierten forderten im Antrag 12 den Bundesvorstand, Abteilung Jugend, auf, eine Broschüre zum Thema „Bauarbeiter im Widerstand gegen den Faschismus“ zu erstellen.

Georg Voss, im Bundesvorstand verantwortlich für die Tarifpolitik, hatte sicherlich den schwierigsten Part übernommen, als er die Tarifpolitik der Gewerkschaft darlegte. Nach Voss gilt der Grundsatz: „So wie die Regierung die Arbeitnehmer behandelt, so müssen wir diese Regierung behandeln.“ Die Delegierten sahen nirgendwo, daß dieser Grundsatz angewandt werde. Kritisiert wurde vor allem die dreijährige Lohnpause. Des weiteren wurde

Arbeiter von TI. Diese Betriebsgewerkschaft ist Mitglied in der Vereinigung von Gewerkschaften der ganzen Industriezone, des „Food Terminal, Inc.“. Außerdem ist sie Mitglied im nationalen Gewerkschaftsverband „United Lumber and General Workers in the Philippines“. Dieser Verband wiederum ist Mitglied im großen Dachverband KMM – Kilusang Mayo Uno – 1.-Mai-Bewegung, der als Zentrum des kämpferischen Flügels der philippinischen Gewerkschaftsbewegung gilt. Neben der Durchsetzung von höheren Löhnen, die wenigstens die Lebenshaltungskosten decken, dem Kampf für die Gewährung der den Arbeitern gesetzlich zustehenden, aber vorenthaltenen Rechte und dem Kampf gegen staatliche Repression gegenüber der Arbeiterschaft ist KMM vor allem darum bemüht, die großen Teile der unorganisierten und wachsenden philippinischen Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren und ihnen so den Kampf für ihre Interessen und die Beteiligung am Ringen um eine demokratische Gesellschaft auf den Philippinen zu ermöglichen.

W. Sp.

angemerkt, daß es falsch sei, ohne konkrete Forderung in eine Tarifrunde zu gehen, denn dann könne man nachher jedes Ergebnis rechtfertigen. Durch Forderungen, die in Wirklichkeit keine seien, könne man die Kollegen auch nicht mobilisieren. In der Diskussion sprachen sich die Delegierten dafür aus, daß auch in der IG BSE die 35-Stunden-Woche angegangen wird, denn „wir wollen mit 58 nicht kaputt sein“.

Auch auf dieser Konferenz wurde wie zuvor auch in Nürnberg und Osnabrück (siehe NACHRICHTEN 3 und 4/85) in keinem Referat die Unterschriftenaktion der IG BSE gegen den Sozialabbau auch nur erwähnt. Voss stellte lediglich im Schlußwort fest, daß bisher nur 70000 Unterschriften eingegangen seien. Dies sei zuwenig, um damit zu Blüm zu gehen. Von NACHRICHTEN

Besser informiert durch NACHRICHTEN

TEN gefragt, wo denn der Wille erkennbar sei, dieser Aktion zu einem vollen Erfolg zu verhelfen, blieb er die Antwort schuldig.

Wenngleich die Vertreter einer sozialpartnerschaftlichen Politik weniger als auf vorhergehenden Konferenzen in Erscheinung traten, so darf jedoch ein Vorgang nicht unerwähnt bleiben. Die Antragsberatung leitete der aus dem Bundesjugendvorstand ausgeschiedene Klaus Wiesehegel (Landesverband Nordrhein). Delegierte wollten, daß die britischen Bergarbeiter nach ihrem Streik nicht nur „humanitäre Hilfe“ erhielten, wie es die Antragskommission umformuliert hatte, sondern finanziell unterstützt werden. Da die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt worden war, Wiesehegel aber zum Ursprungsantrag mit formalen Argumenten, die einen tieferen politischen Hintergrund hatten, keine Änderung mehr zuließ, wurde dann folgender widersinniger Antrag beschlossen: „Die Konferenz fordert den Bundesvorstand auf, den Streik der britischen Bergarbeiter (der schon zwei Monate zu Ende war, H. Sch.) auch finanziell zu unterstützen.“ Die Delegierten ließen sich nicht entmutigen und sammelten anschließend über 600 DM für die britischen Bergarbeiter.

Der Bundesjugendsekretär Jörg Herpich wurde wiedergewählt. Zuvor hatte sich Bruno Köbele für seine Wiederwahl stark gemacht und ein starkes Votum für Herpich gefordert. Von den 105 stimmberechtigten Delegierten stimmten 101 ab. Herpich erhielt 54 Ja-Stimmen, 36 stimmten mit Nein, und 11 enthielten sich der Stimme. (Anträge siehe NACHRICHTEN-DOKUMENTATION Seite 18.)

Heinz Schäfer

Themen der Ruhrfestspiele: „Was die Menschen heute bewegt“

Interview mit Oswald Todtenberg, Leiter der Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand

Vom 1. Mai bis Mitte Juni fanden in Recklinghausen die 39. Ruhrfestspiele statt. Wirft man einen Blick zurück auf 1946, als zum ersten Mal Hamburger Künstler aus Dank für gelieferte Kohlen vor Ruhrbergarbeitern spielten, so hat sich seit dieser Zeit viel verändert. Nicht nur das Programm ist umfangreicher geworden, sondern es ist auch erweitert durch Ausstellungen und Diskussionen. Nach wie vor im Mittelpunkt stehen jedoch Themen, die die Menschen bewegen. Das folgende Interview, das Oswald Todtenberg, Leiter der Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand, unserer Redakteurin Gisela Mayer gab, enthält Einzelheiten über das Programm.

NACHRICHTEN: Die 39. Ruhrfestspiele sind fast vorbei, wie sah in diesem Jahr das Programm aus?

Oswald Todtenberg: Wie bereits schon seit 1978 haben auch die diesjährigen Ruhrfestspiele mit einem großen Kulturfest am 1. Mai begonnen. Nach der DGB-Demonstration und Kundgebung vor dem Festspielhaus konnten die etwa 50000 Besucher zum Nulltarif auf vielen Bühnen und an Ständen Musik, Theater, Literatur, Film, Diskussionen erleben. Inhaltlich gab es natürlich viele Zusammenhänge zu dem, was die Menschen heute bewegt. Und das, was die arbeitenden Menschen bewegt, ist auch immer Thema der dann beginnenden Ruhrfestspiele.

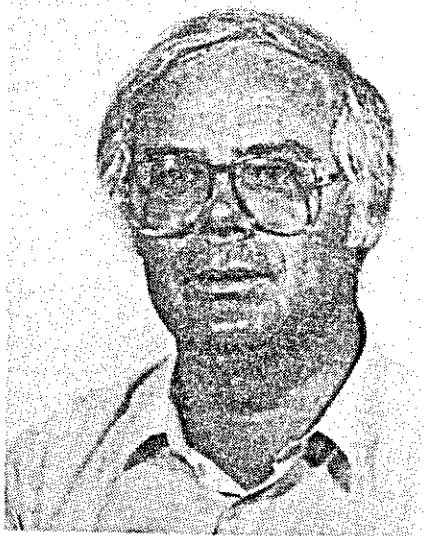
Zentraler Beitrag des Ruhrfestspielensembles war für diese Spielzeit ein Stück von Ernst Toller: „Die Maschinenstürmer“. Ernst Toller, ein Autor an der Seite der Arbeiterbewegung, setzte sich mit diesem Stück 1921 mit dem Verhältnis Mensch – Maschine – Fortschritt auseinander, um es einmal verkürzt zu sagen. Es wurde Zeit, daß die Ruhrfestspiele Ernst Toller für sich entdeckt haben. Leider war die Kritik in der Presse zu dieser Inszenierung niederschmetternd. Teilweise leider auch zu Recht. Aber oft wird von der bürgerlichen Presse nicht erkannt, was die Ruhrfestspiele von anderen Theatern unterscheidet. Und manchmal wird Positives bewußt weggelassen. Aber dies ist ein Thema für sich.

Zur Beurteilung des Programms der Ruhrfestspiele gehört auch, daß gesehen wird, daß die Ruhrfestspiele nicht nur aus Theater bestehen. Die Ruhrfestspiele beginnen auch immer gleichzeitig mit der Eröffnung ihrer großen Kunstausstellung. In diesem Jahr hat die Kunstausstellung „Menschen- dinge“ gezeigt. Seit der Jahrhundertwende haben Künstler kleine, unscheinbare Dinge des alltäglichen Gebrauchs als Bildthemen gewählt. Davon „erzählt“ die Kunstausstellung eindrucksvoll.

Die jährlich stattfindende „Woche der Wissenschaft“ befaßte sich in diesem Jahr mit

den neuen Informations- und Kommunikationstechniken und Wegen zu ihrer sozialen Beherrschung. Daß diese Veranstaltung mit der Inszenierung „Die Maschinenstürmer“ schnell in einen Zusammenhang gebracht wird, ist eine Absicht der Programmplanung.

Alljährlich findet auch eine „Woche des Sports“ im Rahmen der Ruhrfestspiele



statt, die sowohl sportpraktische als auch sporttheoretische Programme hat. Im letzten Jahr war das Thema Sport und Faschismus und in diesem Jahr Kirche und Sport. Seit drei Jahren gibt es bei den Ruhrfestspielen auch eine Filmwoche.

Im diesjährigen Programm konnte man auch wieder einige besondere Gastspiele anderer Bühnen oder Künstler finden. Ich will nur einige aufzählen: der Kabarettist Werner Schneyder mit seinem Programm SATZ FÜR SATZ, Erich Fried diesmal mit Musikern, Gisela May und Alfred Müller

aus der DDR mit ihrem Programm „Der Mensch hat zwei Beine“, Helmut Ruge und Dick Schädler mit ihrem gemeinsamen neuen Programm, die Kölner Bühnen mit „Das alte Land“ von Klaus Pohl. Und es gab ein ganz besonderes Gastspiel in diesem Jahr: Das Schauspiel der Stadt Leipzig zeigte an zwei Abenden hintereinander Faust I und Faust II; ein Gastspiel, das lange vorher ausverkauft war. Natürlich gab es auch wieder Musikveranstaltungen, Jugend- und Schülervorstellungen für Schichtarbeiter.

NACHRICHTEN: Gab es in diesem Jahr wieder etwas Besonderes im Programm?

Oswald Todtenberg: Zwei Besonderheiten möchte ich nennen. In diesem Jahr gab es eine sehr gute Kooperation mit dem WDR. Schon am 1. Mai war der WDR mit seinen Ü-Wagen beim Kulturfest. Zwei WDR-Produktionen gab es in diesem Jahr aus dem Ruhrfestspielhaus: an einem Tag die konzertante Aufführung der Brecht/Weill-Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ und der „GAZE Revue 1945/46“, dem ersten Programm der Nachkriegsjahre aus dem „Kabarett der Komiker“, Berlin. Die Kooperation mit dem WDR soll fortgesetzt und noch ausgebaut werden.

Die zweite Besonderheit sind zwei ausländische Kulturwochen. Aus Anlaß der 10jährigen Partnerschaft zwischen DGB und Histadruth fand Ende Mai eine israelische Kulturwoche statt, bei der israelische Tanzgruppen und Chöre sowie Pantomimen zu sehen und zu hören waren. Im Rahmen dieser Kulturwochen gab es auch gewerkschaftspolitische Gespräche beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf.

Die andere ausländische Kulturwoche war die ungarische gewerkschaftliche Kulturwoche. Die kulturellen Beziehungen zwischen dem DGB und dem ungarischen Gewerkschaftsbund SZOT, sind schon sehr eng und gehen auf die freundschaftliche Verbundenheit von Heinz Oskar Vetter mit Sandor Gaspar, dem Vorsitzenden von SZOT zurück. Seit 1981 wird dieser Kontakt gepflegt und der Kulturaustausch weiterentwickelt, was auch zur Pflege guter Kontakte zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden beiträgt. Das Programm der ungarischen gewerkschaftlichen Kulturwoche enthielt sowohl künstlerische als auch gewerkschaftspolitische Programme. Die Reden der beiden Vorsitzenden, Sandor Gaspar und Ernst Breit, bei einer der Veranstaltungen haben die Bedeutung der Beziehungen zwischen beiden Ländern unterstrichen.

NACHRICHTEN: In diesem Jahr fielen die Ruhrfestspiele in eine bewegte Zeit, u. a. zusammen mit dem 40. Jahrestag der Befreiung. Wurde dazu und in welcher Form in Recklinghausen Stellung genommen?

Oswald Todtenberg: Zunächst muß man sehen, daß der DGB zentral und regional Veranstaltungen zu diesem Anlaß durchgeführt hat, manchmal haben es auch noch Einzelgewerkschaften getan, und in

den gewerkschaftlichen Bildungsstätten war und ist das auch Thema. Wir müssen aus der Geschichte lernen!

Die Ruhrfestspiele waren natürlich aufgerufen, dazu mit ihren Mitteln auch einen Beitrag zu leisten; ihr Mittel ist vor allem die Kunst. Am 8. Mai gab es daher ein Sondergastspiel des Nationaltheaters Mannheim mit „Jeder stirbt für sich allein“. Diese (ausverkaufte) Aufführung hat das Publikum stark bewegt und die Menschen emotional in der Tiefe erfaßt, ohne den Kopf zu vernachlässigen. Wenn man so will, war auch die „GAZE Revue 1945/46“ dazu ein Beitrag. Im übrigen kann das Thema nicht mit einem Beitrag zu einer festgelegten oder sich durch eine runde Jahreszahl anbietenden Gelegenheit abgehandelt werden, sondern muß in anderen Zusammenhängen immer wieder lebendig gehalten werden. Die Möglichkeiten der Kunst dürfen nicht überschätzt werden. Sie kann keine Lösungen herbeiführen, die im politischen Raum fehlen. Sie kann Fragen stellen, das Wahrnehmungsvermögen anregen, gesellschaftliches Bewußtsein schaffen.

NACHRICHTEN: Seit einiger Zeit haben die Ruhrfestspiele ein festes Ensemble. Hat sich das aus der Sicht des DGB bewährt?

Oswald Todtenberg: Ich bin für diese Frage dankbar, weil sie auch die neue Arbeitsweise der Ruhrfestspiele betrifft. Bisher habe ich im Zusammenhang mit dem diesjährigen Programm das Ruhrfestspielensemble nur bei der Inszenierung „Die Maschinenstürmer“ erwähnt. Übrigens die zweite große Inszenierung des Ensembles seit seinem Bestehen.

Zunächst möchte ich aufzählen, was noch zum diesjährigen Programm der Ruhrfestspiele gehörte und unser Ensemble gemacht hat. Sechs eigene Produktionen des Ruhrfestspielensembles, die vor der eigentlichen Ruhrfestspielzeit in unserem Depot-Theater – dazu sage ich noch etwas – entstanden sind, gehörten auch zum Ruhrfestspielprogramm: „Silbersee“ von Georg Kaiser und Kurt Weill (Musik); „Fünf Blaue und ein Mann im Schrank“, ein Revierschwanke; „Wer bezahlt die Zechen?“ von Helmut Ruge, Musik von Anne-gret Keller, ein Stück zum Thema Ausländerfeindlichkeit; „Ein Mann fürs Leben“ von Gerd Fuchs zum Thema Arbeitslosigkeit; zwei eigene Liedprogramme von Ensemblemitgliedern: „Rette mich, wer kann“ und „Die Liebe dauert oder dauert nicht“. Ich habe dies mal einfach so aufgezählt, damit erkannt werden kann, wieviel Arbeit heute bei den Ruhrfestspielen geleistet wird.

Ende 1983 wurde das „Theater im Depot“ fertiggestellt. Ein ehemaliges Straßenbahndepot wurde mit viel Phantasie zu einer Probe- und Produktionsstätte umgebaut, auf die wir recht stolz sind. Das große, 1985 fertiggestellte Festspielhaus steht den Ruhrfestspielen nur vier Monate im Jahr zur Verfügung. Deshalb galt es, für die übrigen Monate Probenräume, Werk-

Auch in Westberlin: Kundgebungen zum 40. Jahrestag

„Der 8. Mai 1945 ist für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Tag der Befreiung“, betonte der Landesbezirksvorsitzende des Westberliner DGB, Michael Pagels, am Vorabend dieses historischen Jahrestages auf einer Gedenk Kundgebung vor dem Jüdischen Gemeindehaus in Westberlin, zu welcher der DGB, der Landesjugendring, die evangelische Kirche und die Jüdische Gemeinde gemeinsam aufgerufen hatten.

„Die heutige Einheitsgewerkschaft“, unterstrich Michael Pagels vor Tausenden Kundgebungsteilnehmern, „ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgungen der Nazidiktatur entstanden.“ Und aus den gleichen Erfahrungen sowie aufgrund der „geographischen Lage Berlins und der BRD“ komme den Deutschen heute eine besondere Verpflichtung zum Friedensengagement zu. Für den DGB, erklärte er, gebe es jedenfalls „keine Alternative zur Politik der Entspannung, der Verständigung und der Abrüstung“. Scharfe Kritik übte Michael Pagels an der Bundesregierung wegen des Auschwitz-Gesetzes und der Duldung des SS-Treffens in Nesselwang.

Deutlicher noch als Michael Pagels wurde der Vorsitzende des Landesjugendrings, Siegmund Pethke, der in diesem Kreis den Bund Deutscher Katholischer Jugend vertritt, „Die neuen westlichen Raketen – direkt auf die Zentren der Sowjetunion gerichtet – sind nur zum Ersteinsatz geeignet“, stellte er fest und fragte: „Haben wir vergessen, daß es die Sowjetunion war, die 1941 überfallen wurde und nicht umgekehrt?“ Unmißverständlich sprach er sich gegen die Weltraumrüstung aus.

stätten und Lagerräume für Dekorationen, Kostüme und Requisiten zu finden.

Im Gegensatz zu den aufwendigen Festspielinszenierungen, zu denen das Publikum aus der Entfernung einer Autostunde anreist, sind die Produktionen des Theaters im Depot so beschaffen, daß sie mobil sind und „vor Ort“ gehen können. Zum Arbeitsalltag des Ensembles gehören also auch die Gastspielreisen. In „Kulturaktionswochen“, die von der Abteilung Kulturpolitik des DGB initiiert werden, zeigen die Ruhrfestspiele in anderen industriellen Ballungsräumen der Bundesrepublik Beispiele ihrer Arbeit im Revier.

Mit etwa 200 Aufführungen im Jahr in und außerhalb Recklinghausens steht das Ensemble der Ruhrfestspiele an der Spitze der Arbeitsleistung deutscher Theater. Die Produktionen des Ensembles werden durchweg gut vom Publikum angenommen. Für uns als DGB hat sich der Weg als richtig und erfolgreich herausgestellt. Die Ensemblearbeit plus jährlich große Festspiele – auch durch das Ensemble –

Schwere Vorwürfe wegen ihrer Toleranz gegenüber neofaschistischen Aktivitäten und Tendenzen richtete auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, gegen die verantwortlichen Politiker. Wenn wir uns heute an die Zeit vor vierzig Jahren erinnern, unterstrich auch Bischof Dr. Martin Kruse, geschieht dies um unserer Zukunft willen.

In einer Grußbotschaft an die Teilnehmer einer Kundgebung genau am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, zu der mehrere Verfolgtenorganisationen aufgerufen hatten, faßte die ÖTV Berlin die Lehren der Geschichte in wenigen Sätzen zusammen. „Diktaturen und Kriege waren und sind keine Naturereignisse“, hieß es in dem vom Bezirksvorsitzenden Heinz Hackbarth unterzeichneten Schreiben. „Wer den Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und Abbau demokratischer Rechte, zwischen Demontage des Sozialstaates und ungehemmter Aufrüstung nicht erkennt, der hat nicht die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen.“

Daraus leite die ÖTV ihre Forderungen ab, wurde festgestellt: „Schluß mit der ungehemmten Aufrüstung, keine Beteiligung an Weltraumwaffenprogrammen! Verstärkte Anstrengungen zur Aussöhnung auch mit unseren östlichen Nachbarn! Wirkungsvolle Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, Schluß mit der Demontage des Sozialstaates! Für die Bestrafung derjenigen, die die Massenvernichtung der Juden leugnen. Entschieden Eintreten gegen Ausländerfeindlichkeit und Ausbau der demokratischen Rechte für alle Bürger.“

Heinz Pahlke

machen die Unterhaltung der Ruhrfestspiele für den DGB lohnend.

NACHRICHTEN: Nächstes Jahr werden die Ruhrfestspiele ihren 40. Geburtstag feiern. Gibt es bereits Vorstellungen über Form und Inhalt der 40. Ruhrfestspiele?

Oswald Todtenberg: Natürlich gibt es schon Überlegungen, was man in einem solchen Jahr machen sollte und auch machen kann. Aber Einzelheiten will ich noch nicht verraten. Sicher ist, daß es ein großes, auch spektakuläres Programm gibt, bei dem sich auch die Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Bühnen der vergangenen Jahre in gewisser Weise widerspiegeln wird. Eigene Projekte, die in dem Jubiläumsjahr entstehen und weiterwirken sollen, sind geplant. Natürlich wird mit Beiträgen an die Gründung der Ruhrfestspiele erinnert, und dabei spielen die Hamburger Staatsoper und andere Hamburger Kultureinrichtungen bekanntlich eine Rolle. An Ideen fehlt es nicht so sehr wie an Geld. Aber ein tolles Programm wird es bestimmt.

Verdrängung: „die falsche Form“ geschichtlicher Auseinandersetzung

Mit einer „historischen Konferenz“ im Aachener „Eurogress“ und einer Kundgebung vor dem altherwürdigen Rathaus, im Beisein von Delegationen aus der Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und einer Gewerkschafterin aus Nicaragua, gedachte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am 8. Mai des Kriegsendes vor 40 Jahren. Rund 300 Teilnehmer im Saal und über 5000 Gewerkschafter auf der Kundgebung am späten Nachmittag bezeugten das wachsende Interesse an der Aufarbeitung einer Vergangenheit, die uns sichtbar immer wieder einzuholen droht.

Ein auffallend großes Polizeiaufgebot vor dem Tagungssaal der Gewerkschaftsveranstaltung sollte nicht die einzige Merkwürdigkeit dieses 8. Mai in Aachen bleiben. Neonazis hatten Randalie angesagt. Rund 150 Schlägertypen einer „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“ waren übers Wochenende nach Aachen gekommen. Ihr gewalttätiges Auftreten erschreckte plötzlich selbst die drei im Rat der Stadt vertretenen Parteien. Mit der Aachener Bevölkerung, so ließ man in einer eiligst verabschiedeten Entschließung wissen, sei man sich darin einig, „daß es für neofaschistische Kräfte in unserer Stadt keinen Platz gibt“.

Aktive demokratische Gegenwehr hatten inzwischen längst Aachener Antifaschisten übernommen, die dafür sorgten, daß die Neonazis ihre Störaktionen vorzeitig entnervt aufgaben. Zurück blieben mit Hakenkreuzen beschmierte Gräber, umgeworfene Grabsteine sowjetischer Zwangsarbeiter. Die Polizei nahm sieben Neonazis fest, lieferte aber gleichzeitig ein seltsames Beispiel für ihre „ausgewogene Taktik“, die Dinge „in den Griff“ zu bekommen, indem sie gleichzeitig zwei Antifaschisten festnahm.

Der Kühnsche Hammer

Daß Bonn nicht Weimar ist und unter keinen Umständen mehr werden kann, daran wagte selbst Heinz Kühn, Ex-Ministerpräsident von NRW und einer der Hauptredner auf der „historischen Konferenz“, leise Zweifel anzumelden. In einem weit ausholenden Bogen bis hin zu den Bauernkriegen bedauerte Kühn im Stile eines Festredners, daß „die Deutschen“ nie eine „richtige Revolution“ zustande gebracht hätten. Das verbalradikale Kühn-Pathos verflüchtigte sich allerdings zusehends bei seinem Betrachtungen zur jüngeren Geschichte:

Kein Wort über die verhängnisvolle Rolle des Großkapitals, konkret etwa des Hauses Flick, bei der Installierung des Faschismus. Kein Wort zur Rolle der Großbanken, der Hochfinanz, all jener restaurativen Kräfte, die heute die Politik der Bonner Wende steuern. Dafür bringt es der Redner in einem Atemzug fertig, sich einerseits verbal von dem beschämenden Schauspiel in Bitburg zu distanzieren und andererseits um

„Verständnis“ für die Mitglieder der Waffen-SS zu werben, denen man das gleiche Recht zum „politischen Irrtum“ zubilligen müsse wie – und nun kommt der berühmte Kühnsche Hammer – „jungen Kommunisten“. Mit der Gleichstellung von Faschisten und ihren kommunistischen Opfern, die die Hauptlast des inneren Widerstandes gegen das Naziregime trugen, verbaute Kühn jede sachliche Auseinandersetzung über die in der Weimarer Republik auch von der Arbeiterbewegung begangenen Fehler, die in der Tat analysiert und bedacht werden müßten, um neue Niederlagen zu vermeiden.

„Verdrängung“, mahnte DGB-Landesbezirksvorsitzender Michael Geuenich (inzwischen übrigens in den DGB-Bundesvorstand aufgestiegen) in Aachen zu Recht, „ist die falsche Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte.“ Er sagte das vor Beginn der „historischen Konferenz“ bei einer Ehrung für den ersten Aachener Oberbürgermeister Franz Oppenhoff, der noch nach der amerikanischen Besetzung der Stadt von einem Werwolfkommando der SS auf direkten Befehl Himmlers ermordet wurde.

Das Schicksal des bürgerlichen Demokraten, der nach seiner Amtsübernahme ängstlich darum bemüht war, jeden Einfluß der Gewerkschaften auf die Stadtverwaltung auszuschließen und in dieser Zwiespältigkeit schutzlos zum letzten Opfer der Nazis in Aachen wurde, allein schon diese historische Tatsache hätte genügend Stoff für die konkrete Schlußfolgerung gegeben, daß es eben keine offensive Verteidigung der Demokratie ohne starke und einflußreiche Gewerkschaften gibt.

Doch statt Fragen aufzuwerfen und nach Antworten zu suchen, wurde von den Staats- und Parteirednern mit Plattitüden um den heißen Brei herumgeredet. Auffallend insbesondere bei Ministerpräsident Johannes Rau, der als Wahlkämpfer zu diesem Zeitpunkt jede Klippe umschiffte, die seinem landesväterlichen Image hätte abträglich sein können. In seinen der Presse anvertrauten „Stichworten“, fand sich mit Blick auf erste Gewerkschaftsgründungen in NRW noch eine Erwähnung der Kommunisten. In seiner Rede kein Wort davon. Unter dem Thema Jugend waren in den „Stichworten“ noch die antifaschistischen „Edel-

weißpiraten“ benannt. Kein Wort davon in seiner Rede. Dafür die staatsmännische Aussage: „Mitbestimmen heißt auch mitverantworten. Das aber überläßt man nur allzu gerne dem „anderen“.“ Wen diese Allerweltsaussage treffen sollte, bleibt im Nebel.

Weniger nebulös, dafür ganz eindeutig parteipolitisch, gebärdete sich als folgender Redner der Christdemokrat Rudi Nickels, einstmaliges geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IG Bergbau. Nach einem kaum verhüllten Plädoyer für den „parteilichen Proporz“ im DGB, nimmt Nickels es anno 1985 den Gewerkschaften noch immer übel, daß sie 1953 einmal (übrigens nach den Enttäuschungen mit dem alten Betriebsverfassungsgesetz) für einen „besseren Bundestag“ warben.

Bei dieser Art von bundesdeutscher „Geschichtsbewältigung“ war es geradezu ein Labsal, wie der einzige ausländische Redner, der Niederländer Wiel Friederichs vom Internationalen Gewerkschaftsrat Maas-Rhein, sich dem Thema „40 Jahre nach Ende des Faschismus – 40 Jahre Einheitsgewerkschaft“ näherte. „Entspannung, Vertrauen und Zusammenarbeit, ein gemeinsames Sicherheitssystem in Europa, Abbau der Raketen und Abrüstung“ – das seien heute die unumgänglichen Forderungen, um den seit 40 Jahren andauernden Frieden in Europa zu sichern und damit die wichtigste Konsequenz aus der Vergangenheit zu ziehen. Niemand dürfe man es wieder zulassen, daß Arbeiter zum Nutzen des Kapitals aufeinandergehetzt würden, weder national noch international.

Einheitsgewerkschaft stärken

Stärker noch als auf der Tagung selbst, fanden die von Wiel Friederichs wiederholten Forderungen den Beifall der 5000 Gewerkschafter vor dem Aachener Rathaus. Im Beisein der herzlich begrüßten internationalen Gäste, betonte DGB-Vorsitzender Ernst Breit: „Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist in Widerstand und Emigration entstanden... Keiner wollte die Zersplitterung, die 1933 zur Niederlage beigetragen hatte.“

Für die Einheitsgewerkschaften bekannte der DGB-Vorsitzende, daß unsere „Nachbarn in Ost und West ein Anrecht darauf haben, daß ihre Grenzen für uns unantastbar sind“. Breit wandte sich gegen die Vorbereitung eines „Kriegs der Sterne“ und forderte dazu auf, den Frieden durch Abrüstung sicherer zu machen. „Die Erinnerung an das Ende des 2. Weltkrieges macht den Frieden zum obersten Gebot aller Politik.“

Mit einer „Aachener Erklärung“, die an die Tradition eines 13-Punkte-Programms aus den ersten Tagen der Befreiung anknüpft, endete der 8. Mai. In der einmütig verabschiedeten Erklärung werden der Erhalt und Ausbau der Demokratie, die Bekämpfung von nazistischem und antidemokratischem Gedankengut, das friedliche Zusammenleben der Völker und die Unterstützung aller durch Hunger, Armut, Krankheit, Unterdrückung und Krieg bedrohten Menschen gefordert (Wortlaut im Einhefter).

Peter Baumöller

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

13. Gewerkschaftstag der RFFU Auswahl von Beschlüssen

Vom 19. bis 23. Mai tagte in Mannheim der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU). Die 192 Delegierten stimmten zahlreichen Anträgen zu. Darunter ist auch ein neues medienpolitisches Konzept, das wir in der Juli-Ausgabe dokumentieren werden. Nachfolgend veröffentlichen wir eine Auswahl von Beschlüssen zu wichtigen Problemfeldern.

Friedensarbeit (A 1)

Die RFFU setzt sich in ihrem Wirken für Frieden, Entspannung und Abrüstung für folgende Ziele ein:

- Sofortiger Stopp der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik,
- sofortiger Stopp der atomaren Rüstung und Einleitung von Abrüstungsschritten in Ost und West, Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Raketen,
- Einfrieren und Senkung des Rüstungshaushaltes zugunsten von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der neuen Armut,
- keine Militarisierung der Gesellschaft, kein Zivilschutzgesetz, kein Bunkerbau,
- keine Entwicklung und Produktion von Weltraumwaffen, keine Beteiligung der Bundesregierung an solchen Vorhaben der USA,
- für ein Abkommen bei den Genfer Verhandlungen, das realen Rüstungsabbau bringt.

So schnell wie möglich muß Mitteleuropa ABC-Waffen-freie Zone werden.

Zur Verwirklichung dieser Ziele unternimmt die RFFU alle notwendigen Maßnahmen und fordert den DGB und die Einzelgewerkschaften auf, dies ebenfalls zu tun. Notwendige Maßnahmen sind

u.a. Information der Mitglieder und der Öffentlichkeit, Veranstaltungen und Kundgebungen sowie weitere Mahnminuten. Notwendig ist auch die Diskussion über Streik als Mittel zur Friedenssicherung, wobei das Recht zum Streik für die RFFU nicht in Frage steht. Notwendig ist die Zusammenarbeit mit allen Organisationen der Friedensbewegung, die diese Ziele – wie wir – mit gewaltfreien Mitteln anstreben. In den RFFU-Verbänden sind Ausschüsse für Friedensarbeit einzurichten, wo es sie noch nicht gibt. Gewerkschaftliche Anlässe wie der 8. März, der 1. Mai, der 1. September usw. sind auch als Aktionstage für Friedensarbeit zu nutzen.

Frieden und Abrüstung (A 3)

Der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag der RFFU unterstützt nachhaltig das wachsende Engagement der organisierten Arbeitnehmerschaft im Kampf um Frieden und Abrüstung. Erst der Zusammenschluß autonomer Friedenskräfte, Gewerkschaften, Kirchen und politischer Parteien hat die Friedensbewegung in den letzten Jahren zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor gemacht, an dem keine Regierung mehr vorbeikommt.

Auch nach der Stationierung neuer und noch gefährlicherer Atomraketen in Deutschland seit Herbst 1983 gilt weiterhin die zentrale Zielforderung: Schaffung einer regionalen atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bei gleichzeitigem Abbau der chemischen und konventionellen Waffen. Aus diesem Grunde fordert der Gewerkschaftstag alle Mitglieder und Funktionsträger der RFFU, insbesondere den GHV, dazu auf, sich auf allen gewerkschaftlichen Ebenen bis in die DGB-Spitze für eine aktive Friedensarbeit einzusetzen, um der wachsenden Kriegsgefahr und der drohenden neuen Runde des Wettrüstens durch Militarisierung des Weltraums notfalls auch mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zu begegnen.

Gleichzeitig erinnert der Gewerkschaftstag seine Mitglieder an ihre besondere Verantwortung als Medienschaffende. Sie sind als Mitglieder der öffentlichen Meinung im erhöhten Maße dazu aufgefordert, einen aktiven Beitrag zu Entspannung und Völkerverständigung zu leisten und dabei den Gefahren einseitiger Berichterstattung, des Aufbaus von Feindbildern und der Kriegshetze entgegenzuwirken.

Nicaragua (A 7)

Der 13. OGT der RFFU begrüßt die demokratische Entwicklung in Nicaragua. Er verurteilt die Bemühungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, diese demokratische Entwicklung mit Hilfe bezahlter Söldnertruppen und durch unmittelbare Eingriffe wie durch die Verminung nicaraguanischer Häfen und Wirtschaftsboykott zu torpedieren. Der OGT verurteilt die Zurückhaltung versprochener Entwicklungshilfegelder durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und fordert diese auf, den Kampf des nicaraguanischen Volkes um Unabhängigkeit, Demokratie und menschenwürdige Lebensumstände auch mit zusätzlicher Entwicklungshilfe zu fördern und die Regierung in Managua politisch zu unterstützen. Der OGT fordert den HV auf, Beziehungen mit den Gewerkschaften in Nicaragua aufzunehmen bzw. zu intensivieren, den Ausbau des dortigen Rundfunk- und Fernsehnetzes und das dortige Filminstitut zu fördern.

Der 13. OGT fordert den HV auf, einen Fonds einzurichten, der die Gewerkschaften in Nicaragua unterstützt und Projekte fördert, die die Lage der arbeitenden Menschen verbessert (zum Beispiel: landwirtschaftliche Projekte, Bildungseinrichtungen, Filmschulen etc.). Die Finanzmittel, die der Fonds benötigt, werden durch Spenden aufgebracht. Der HV richtet einen Spendenaufruf an alle DGB-Gewerkschaften und fordert die RFFU-Kollegen/innen zu einem bestimmten Zeitpunkt auf, einen monatlichen Mitgliedsbeitrag zusätzlich zu spenden.

Der 13. OGT der RFFU verurteilt aufs schärfste die von der US-Regierung gegen Nicaragua verhängten Wirtschaftssanktionen. Seit

Inhaltsverzeichnis:

Aus Erklärungen und Reden zum 8. Mai	15
Beschlüsse der 12. IG-BSE-Bundeskonferenz junger Gewerkschafter	18
Der FDGB wurde 40 Jahre: Stolz auf das Erreichte	20
ILO-Ausschuß nahm kritisch Stellung zu Berufsverboten	22

Jahren binden die militärischen Aktionen bezahlter Söldnergruppen die für den Aufbau Nicaraguas dringend benötigten Geldmittel. Nun soll die der Reagan-Administration mißliebige demokratisch gewählte Regierung durch wirtschaftliches Ausbluten des ganzen Volkes beseitigt werden.

Der GT fordert daher den HV auf, über den DGB darauf hinzuwirken, zu den nicaraguanischen Gewerkschaften Beziehungen aufzunehmen, um zu erreichen, daß mit Hilfe der organisierten Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik die schlimmsten Auswirkungen des Wirtschaftsboykotts gemildert werden.

Beschäftigungsförderungsgesetz (IA 18 A)

Die Delegierten des 13. OGT der RFFU protestieren auf das schärfste gegen das am 1. Mai in Kraft getretene sog. Beschäftigungsförderungsgesetz. Der GHV der RFFU wird aufgefordert, zusammen mit den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB auf allen politischen Ebenen die Bundesregierung aufzufordern, das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz zurückzunehmen. Der GHV soll dies durch Aufklärungsarbeit und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen unterstützen.

Begründung:

Am 1. Mai 85 trat das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft, das weitgehende Lockerungen des Arbeitsrechts ermöglicht:

- Abbau bewährter und notwendiger Schutzvorschriften
- Verschlechterung des Kündigungsschutzes
- Unterlaufen von Schutzrechten für Mutterschutz und Schwerbehinderte
- Stärkere Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Lohnfortzahlung
- Verschlechterung der Vorschriften bei Einführung von Sozialplänen
- Zunahme der Teilzeitarbeit auf Kosten von Vollarbeitsplätzen
- Ausweitung befristeter Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten zum Abbau von Dauerarbeitsplätzen
- Ausdehnung der Leiharbeit von drei auf sechs Monate.

Diese Maßnahmen „fördern“ keine Beschäftigung sondern begünstigen Entlassungen und Verschlechterungen erkämpfter Arbeitsschutzrechte. Sie wirken zudem eine Zersplitterung der Beschäftigten in 1. und 2. Klasse. Jugendliche werden erpreßbar gemacht. Deshalb muß dieses „Entlassungsförderungsgesetz“ von der Bundesregierung zurückgenommen werden, noch bevor es Schaden anrichtet.

Berufsverbote (IA 34 A)

Die RFFU verurteilt die Praxis der öffentlichen Arbeitgeber, durch Berufsverbote, Disziplinierungsmaßnahmen und andere Maßregelungen Beamte in der Wahrnehmung von Bürgerrechten einzuschränken. Der GT protestiert dagegen, daß politisch engagierte Beamte, die für eine zugelassene Partei kandidieren, dafür angeklagt und ihres Amtes — trotz einwandfreier Arbeit — enthoben werden. Der GT erklärt seine Solidarität mit den vom Berufsverbot betroffenen Kolleginnen und Kollegen, er fordert das Bundesdisziplinargericht auf, die Verfahren gegen die Postbeamten Wolfgang Repp und Berthold Georgen und andere einzustellen. Schluß mit den Berufsverboten, volle Rehabilitierung der Gemaßregelten.

Begründung:

Berufsverbote schränken demokratische Grundrechte und die Meinungsfreiheit ein. Sie verstoßen gegen das von der Bundesrepublik ratifizierte Abkommen Nr. 111 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf über das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Neue Technologien (A 23)

Der GHV der RFFU und die Landesbezirksvorstände der IG Medien und Kunst, Druck und Papier werden aufgefordert, bei den DGB-Landesbezirken darauf hinzuwirken, daß

- die DGB-Landesbezirke Informationssammelstellen einrichten, in welchem Betrieb wurden/werden BTX, Personalinformationssysteme, Roboter u.ä. eingeführt, welche betrieblichen Vereinbarungen, welche tariflichen Regelungen gibt es, welche Einzelgewerkschaftsbeschlüsse;
- die DGB-Landesbezirke Informations- und Bildungspläne erstellen, die die systematische Fort- und Weiterbildung der gewerkschaftlichen Funktionsträger auf diesem Gebiet zum Gegenstand haben;
- die DGB-Landesbezirke ein umfassendes Konzept erarbeiten, das Handlungsanweisung für alle Einzelgewerkschaften werden sollte;
- die DGB-Landesbezirke Veranstaltungen organisieren, sowohl für Gewerkschaftsmitglieder als auch für die breite Öffentlichkeit. Sie sollten auf die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die die neuen Technologien mit sich bringen, hinweisen und die gewerkschaftlichen Alternativen darlegen.

Begründung:

Die technologische Entwicklung setzt sich mit ungeheurer Geschwindigkeit durch, und zwar branchenübergreifend. Die totale Veränderung der Arbeitswelt ist die Folge, mit allen negativen Konsequenzen von massiver Rationalisierung. Millionen von Arbeitsplätzen sind in Gefahr, gewerkschaftliche Errungenschaften gehen verloren. Bis jetzt ist keine koordinierte und konzentrierte Gegenwehr festzustellen, in vielen Einzelgewerkschaften scheint die Gefahr noch nicht richtig erkannt zu sein, in anderen gibt es nur Einzelkämpfertum.

Gegen Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (IA 24 A)

Die RFFU fordert die Bonner Koalition auf, Pläne zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes aufzugeben und damit den Versuch zu unterlassen, unter dem Etikettenschwindel „Minderheitenschutz“ das Betriebsverfassungs- und das Bundespersonalvertretungsgesetz zum Nachteil der Gewerkschaften zu verändern.

Begründung: Sinn der geplanten gesetzlichen Neuregelung ist es, durch Ausweitung des Minderheitenschutzes und Erleichterung bei der Zulassung von Wahlvorschlägen auch solchen Gruppen den Weg in die Betriebs- und Personalräte zu ermöglichen, die bisher keine Unterstützung durch die Belegschaft fanden. Würden diese Pläne Wirklichkeit, dann könnten politische Gruppen die Betriebe zum Austragungsort politischer Auseinandersetzungen machen. Die Absicht der Koalition führt dahin, die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu zersplittern und die Gewerkschaften zu schwächen. Das gilt auch für die Absicht, eigene Sprecherausschüsse für leitende Angestellte einzuführen. Die Pläne der Koalitionspartner sind eine Kampfansage gegen die Gewerkschaften und eine Bedrohung des sozialen Friedens in den Betrieben.

Einheitsgewerkschaft (A 01)

Die RFFU wird die Einheitsgewerkschaft gegen jeden Versuch der Spaltung verteidigen. Die RFFU wendet sich entschieden gegen alle Bestrebungen, mit der die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft eingeschränkt werden könnten. Die unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung — zum Beispiel Sozialdemokraten, Christen, Kommunisten, Ökologen, Radikaldemokraten, Parteilose — haben ihren Platz in der RFFU. Daran ist entschieden festzuhalten.

Aus Erklärungen und Reden zum 8. Mai

Dem 40. Jahrestag der Befreiung wurde in Erklärungen, Artikeln und Reden von Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsfunktionären großer Stellenwert eingeräumt und auf zahlreichen Veranstaltungen der Schwur der Buchenwald-Häftlinge erneuert, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Nachfolgend dokumentieren wir Erklärungen aus dem Gewerkschaftsbe- reich sowie Auszüge aus Artikeln und Reden bekannter Gewerkschaftsfunktionäre.

Erklärung des DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begeht den 8. Mai als einen Tag des Gedenkens

- an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft,
- an das Ende des zweiten Weltkriegs, der von deutschem Boden ausging,
- an den Neubeginn der Demokratie und die Entstehung der Einheitsgewerkschaft.

Für die deutsche Arbeiterbewegung wie für die anderen vom Terror-Regime Verfolgten war der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung. Die neugegründeten Gewerkschaften waren es, die entscheidend zum Wiederaufbau der Wirtschaft und eines demokratischen Staates beitrugen. Sie knüpften daran die Hoffnung auf eine grundsätzliche Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit Einheitsgewerkschaft und Mitbestimmung schufen sie Fundamente des Sozialstaates.

40 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges mahnt der Deutsche Gewerkschaftsbund: Die Zeit des Nationalsozialismus darf nicht vergessen oder verdrängt werden. Die rückhaltlose Beschäftigung mit seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen Folgen ist eine immer noch gültige humanitäre und politische Aufgabe. Hier zu beschönigen, zu entschuldigen, auszuweichen, ist ein Frevel an den zu Millionen zählenden Opfern der systematischen Vernichtung von Menschen — vor allem der Juden — und den unzähligen Kriegstoten aller in Mitleidenschaft gezogenen Länder. Rassismus, Nationalismus und Fremdenhaß, religiöse und politische Intoleranz dürfen in Deutschland nie wieder geduldet werden. Die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft müssen gegen alle Übergriffe geschützt werden.

Unsere Solidarität gilt gerade an diesem 8. Mai all denjenigen Menschen, die in Diktaturen leben und die auf Grund ihres politischen und gewerkschaftlichen Engagements unterdrückt und verfolgt werden. Freie Gewerkschaften sind ein entscheidender Integrationsfaktor der Demokratie und unentbehrlich für eine demokratische Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben in den vergangenen 40 Jahren das Bild der Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitgeprägt und ihre Verantwortung für das Staatswesen unter Beweis gestellt.

Am 8. Mai 1985 müssen Lehren aus der Geschichte gezogen werden: Massenarbeitslosigkeit und soziale Demontage haben die erste deutsche Republik entscheidend geschwächt. Dies darf sich nicht wiederholen! Deshalb kämpfen die Gewerkschaften weiter für das Recht auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die Befreiung vom Faschismus verpflichtet zum Frieden. Unsere Nachbarn in Ost und West haben ein Recht, darauf vertrauen zu können, daß wir ihre Grenzen anerkennen. Die Einbindung der beiden Teile Deutschlands in die großen politischen Blöcke erlegt ihnen die besondere Verantwortung auf, in ihren jeweiligen Bündnissystemen auf eine Beendigung des Wettrennens zu drängen, für Dialog und Entspannung einzutreten. Der DGB appelliert an die USA und die Sowjetunion: Macht die Genfer Abrüstungsverhandlungen zum Erfolg!

Aachener Erklärung des DGB-Landesbezirks NRW

Mit dem 8. Mai 1945 verbinden die Gewerkschaften das Ende des mehr als 12 Jahre lang in Deutschland wütenden braunen Terrors.

Der 8. Mai steht für die Zerschlagung der Nazidiktatur und damit

- die Verhinderung der geplanten und zum Teil bereits vollzogenen sogenannten „Endlösung“, also der systematischen Ausrottung der deutschen und europäischen Juden
- die Rettung der in den Konzentrationslagern noch nicht zu Tode gemarterten, um ihr Leben bangenden politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten
- das Ende des Wahns von der natürlichen Überlegenheit der arisch-germanischen Rasse
- das Ende einer von Deutschland ausgehenden Unterjochung eigenständiger Völker und Staaten
- die Beendigung unsäglich Leiden der Zivilbevölkerung in allen vom 2. Weltkrieg betroffenen Ländern der Erde
- den Schlußstrich unter das millionenfache sinnlose Sterben von Soldaten auf beiden Seiten der Fronten
- das Ende eines Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Menschenleben gefordert hat
- die Überwindung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland selbst, unter der nicht zuletzt die Arbeiterbewegung in besonderem Maße zu leiden hatte.

Der 8. Mai bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig

- die Voraussetzung für die Entwicklung einer Demokratie, welche ohne den Sieg der alliierten Truppen und die damit verbundene Zerschlagung der Nazidiktatur nicht möglich gewesen wäre. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Demokratie ist die Existenz freier und selbstbewußter Gewerkschaften, wie sie in der Einheitsgewerkschaft DGB ihren sinnfälligsten Ausdruck findet.

Der 8. Mai darf jedoch nicht nur Tag der Erinnerung, nicht nur Anlaß zur Mahnung sein. Er erfüllt seine eigentliche Aufgabe vielmehr nur dann, wenn er als ständiger Auftrag zum Einsatz für

- Erhalt und Ausbau der Demokratie
- die Bekämpfung von nazistischem und antidemokratischem Gedankengut
- das friedliche Zusammenleben der Völker in dieser Welt und Abrüstung in Ost und West
- die Unterstützung aller durch Hunger, Armut, Krankheit, Unterdrückung und Krieg bedrohten Menschen

verstanden wird.

Dieser Kampf darf nicht nur in Worten und Resolutionen bestehen; er bedarf der aktiven Tat:

Erhalt und Ausbau der Demokratie sind undenkbar

- ohne ein funktionsfähiges Sozialstaatssystem; eine Politik der Umverteilung von unten nach oben und ständig zunehmender Belastung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen wird diesem Politikgrundsatz nicht gerecht.
- ohne verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit; das alleinige Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes ist mit diesem Anspruch unvereinbar.
- ohne Verteidigung bzw. bedarfsgerechten Ausbau der Grund- und Menschenrechte — dies schließt die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit und in zunehmendem Maße den Erhalt einer lebenswerten Umwelt ein;
- ohne uneingeschränkten Bestand der Tarifautonomie und verbesserte Mitbestimmung vom Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft; ein antigewerkschaftliches Arbeitskämpfrecht und die bevorstehende

bzw. geplante Aushöhlung von Mitbestimmungsrechten widersprechen dieser Forderung.

Das friedliche Zusammenleben der Völker dieser Welt ist nur zu verwirklichen

- wenn die Supermächte auf das Streben nach militärischer Überlegenheit grundsätzlich verzichten;
- wenn Hochrüstung und Krieg nicht mehr als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher bzw. ideologischer Konflikte begriffen werden;
- wenn Verhandlungen zwischen den Supermächten endlich nicht mehr mit dem Ziel der Begrenzung zusätzlicher Rüstungsprojekte, sondern dem ernsthaften Willen eines Abbaus bestehender Waffenpotentiale geführt werden;
- wenn der Umfang der Waffenexporte speziell in die Länder der dritten Welt endlich drastisch vermindert wird;
- wenn die Rüstungsausgaben in Ost und West zuerst eingefroren und anschließend ständig verringert werden.

Von deutschem Boden ist der 2. Weltkrieg ausgegangen. Diese Tatsache muß für beide deutsche Staaten gleichermaßen Anlaß sein, im o. g. Sinne ihre eigene Politik zu gestalten und auf die Mitglieder der jeweiligen Bündnissysteme einzuwirken. Die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen haben den heutigen Tag unter das Motto gestellt „40 Jahre Zerschlagung der Nazidiktatur – 40 Jahre Einheitsgewerkschaft“. Sie erinnern damit an den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Zerschlagung des nationalsozialistischen Unrechtsstaates und der Existenz einer freien Gewerkschaftsbewegung. Der DGB erinnert jedoch zugleich an den 18. März 1945. An diesem Tag wurde – noch während des Krieges – in Aachen der Grundstein der Einheitsgewerkschaft gelegt. In 40 Jahren hat sich daraus der Deutsche Gewerkschaftsbund entwickelt, in dessen Mitgliedsgewerkschaften nahezu 8 Millionen Arbeitnehmer organisiert sind.

Eine starke Demokratie erfordert starke Gewerkschaften. Wer Gewerkschaften zu schwächen sucht, schwächt die Demokratie!

Hans Preiss, IG Metall: 40 Jahre danach

Man redet von lebenslangem Lernen. Bezogen auf unsere Vergangenheit trifft dies nicht zu. Von lebenslänglichem Verdrängen, Verschweigen, Vertuschen zu reden wäre in diesem Zusammenhang besser. 1945 hat man von „Umerziehen“ gesprochen. Aber dann kam alles ganz anders: Die Umerzieher wurden zurückgerufen, die Akten der IG Farben und der anderen Großkonzerne schnell zugeklappt. Zu viel der eigenen Korrespondenz war darin zu finden: man traf auf wohlwollende Berichte des amerikanischen Generalkonsuls und einer internationalen Kommission, die die neuen KZs besucht hatten. Man traf auf Presseartikel, die Hitler als Garant für die Sicherheit der ausländischen Investitionen in Deutschland lobten. Man fand die Geheimverträge, die Standard Oil mit der IG Farben während des Krieges abgeschlossen hatte. Und man wäre auf die Nachkriegsplanungen gestoßen, die schon 1943 zu Papier gebracht wurden.

Die einen redeten noch immer von Wunderwaffen. Die anderen planten schon die wirtschaftliche Restauration mit den Koseworten „Wirtschaftswunder“ und „freie Marktwirtschaft“. Der Schluß liegt nahe: die Verfasser des Prager Manifestes, die Verfasser des Manifestes von Buchenwald schienen den neuen Herren genauso gefährlich zu sein wie den alten. Die einen schufteten im April 1945 noch eben für den totalen Krieg, die anderen planten im Juni 1945 das große Geschäft des „Nachkriegs“, ein nahtloser Übergang vom Weiterrißten zum Wiederaufbauen.

Der Krieg hatte seine Funktion erfüllt. Die ehemals verstopften Märkte waren kahlgelegt, buchstäblich ausgebrannt, die Maschinen und Gebäude Schrott. Selbst die Immobilien, das Unbewegliche an sich, gerieten in Bewegung: wo noch eben eine jahrtausendealte Stadt gestanden hatte, waren jetzt Trümmerflächen, frei für das große Geschäft. „Ein Aufbau unserer zerstörten Städte als kapitalistisches Privatgeschäft ist ebenso unmöglich wie ein Wiederaufbau der Industrie aus den Taschen der Steuerzahler.“ Original-Ton 13. April 1945:

„Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald“. Der gleiche Irrtum wie 1918/1919!

Der Wiederaufbau wurde zu einem der größten Privatgeschäfte aller Zeiten. Die wirtschaftliche Bilanz aus 40 Jahren ist erstaunlich. Daran ist trotz aller Krisen nicht zu deuteln. Die politische Bilanz aber ist erschreckend. Wenn heute eine Diskussion entfacht wird mit dem Schlagwort „Niederlage oder Befreiung?“ – dann gibt die Art und Weise, wie dieser Streit ausgetragen wird, auch schon die Antwort. Wir hatten eine Chance, uns selbst zu befreien, aber wir haben es nicht geschafft. Die Tür hat – wie im November 1918 – offengestanden: Aber wir sind nicht hindurchgegangen. Die Soldaten der Antihitlerkoalition: sie haben Europa von den Nazis, den deutschen Besatzern befreit, sie haben die Gefangenen, die Verfolgten und Untergetauchten befreit, aber sie haben es uns nicht abnehmen können, das Werk der Befreiung in uns und an uns selbst zu tun. Die Gehirne blieben umnebelt, die Herzen blieben vergiftet, der Wille blieb gebrochen.

Warum war das so? Waren die wenigen, die standhaft geblieben waren und überlebt hatten, enttäuscht? Willi Bleicher hat auf diese Frage einmal geantwortet: „Wie könnte ich enttäuscht sein, bei der Erkenntnis, daß eine Arbeiterbewegung und ihre Klasse 1933 kampflös dem Faschismus erlag? Diese Arbeiterklasse, die nach 1945 ihre Vergangenheit ... nicht zu bewältigen vermochte. Es war für mich nur selbstverständlich, daß diese Arbeiterklasse unter den nach 1945 von den Besatzungsmächten gesetzten Bedingungen nicht wie ein Phönix aus der Asche zu neuen Taten und Ufern aufbrechen konnte.“

Die Aufarbeitung unserer Vergangenheit kann glaubhaft nur erfolgen, wenn wir das Versagen der Partei- und Gewerkschaftsführungen schon 1929/30 nicht verdrängen. Ich meine, Aufarbeitung nicht mit dem Ziel einer Schuldzuweisung, sondern mit dem Anspruch, tatsächlich aus der Geschichte zu lernen. Tatsache ist: Wir haben Hitler nicht verhindert, weil wir die faschistische Gefahr verdrängt haben. Statt des konsequenten Kampfes gegen den Faschismus haben wir den Streit in den eigenen Reihen nicht beendet. Wir waren blind für die Einheitsfront von Reaktion und Faschismus. Wir versäumten die richtige Stunde, als es noch möglich war, die Machterschleichung zu verhindern.

Für das Lernen aus der Geschichte auf den 8. Mai 1945 das Wort von Erich Fried: „Das, was war, interessiert uns nicht, weil es so war, sondern weil es in einem gewissen Sinne deshalb noch ist.“ Unsere Gegner haben ihre Lektion gelernt. Heute verzichten sie auf Uniformen und genagelte Stiefel, Synagogen und Bücher werden nicht verbrannt. Die neue Form des Faschismus kommt auf leisen Sohlen aus den volklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien, der Justiz und dem Militär ...

Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zum Faschismus führten, bestehen fort. Wir haben die kapitalistische Profitwirtschaft restauriert und unsere Vorstellungen von einer grundlegenden Neuordnung schubladisiert. Die Saboteure der Weimarer Republik – Verwaltung, Justiz und Militär, stabilisierten den Faschismus und wirken bis zur Stunde fort. Flucht in Ruhe, vordergründiger Wohlstand, Kalter Krieg und primitiver Antikommunismus verhindern die Bewältigung unserer Vergangenheit. Die Konservativen haben kein Interesse, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Sie brauchen die Arbeitslosen, um ihre totale Wende, Schwächung der Gewerkschaften, Unterdrückung des kritischen Potentials, endgültig vollziehen zu können.

Was kosten die Politiker, was kostet der Putsch, das war die Frage der Flicks 1933, so fragen sie auch noch heute. Es ist das Verdienst des Buchhalters der Korruption namens Diehl, die Praxis der Verflechtung von Geldelite und Politik aufgezeichnet zu haben. Das ist auch nicht neu: Im Februar 1933 hieß es „Wg. Himmler 120 000 RM“. „Wg. Brüning 150 000“, „Hindenburg 950 000“, „Schleicher 100 000“, „Papen 100 000“. Was tun? Mut machen. Resolutionen helfen uns nicht weiter. Bevor wir etwas ändern, müssen wir uns ändern. Die größte Gefahr für die Demokratie sind nicht ihre Kritiker; die größte Gefahr sind die Ja-Sager, die Schweiger, die Opportunisten, die Angepaßten. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom.

Der konservativen Wende müssen wir unsere sozialistische Utopie als die Wirklichkeit von morgen entgegensetzen. Sozialismus nicht

definiert als ökonomisches System, sondern als Inbegriff aller Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Menschen; d. h. sowohl Absage an den liberal pervertierten Individualismus als auch Absage an den organisierten Kapitalismus in seinen destruktiven Ausformungen. Soll die letzte Chance für das Überleben der Menschheit genutzt werden, dann müssen nicht nur die Weichen, dann muß der ganze Fahrplan geändert werden.

Fahrplanänderung heißt:

1. Bekenntnis zu unserer Geschichte, zur Tradition der Arbeiterbewegung.
 2. Kampf gegen die illusionäre Vorstellung vom neutralen, über den Klassenkonflikten stehenden Staat.
 3. Verhinderung der kapitalistischen Krisenbewältigung durch Verschiebung der Krisenlasten auf jene Bevölkerungsschichten, die noch einen Arbeitsplatz haben oder bereits auf die Halde des gesellschaftlichen Sperrmülls abgekippt wurden.
 4. Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Grundrechte. Der Angriff auf die Substanz der demokratischen Verfassung vollzieht sich 40 Jahre danach, ohne daß ein Datum der Machtergreifung bekanntgegeben wird.
 5. Konsequente Unterstützung des Widerstandes gegen den kalkulierten Völkermord.
 6. Antifaschismus heute, das ist nicht der Kampf gegen eine NS-Massenbewegung, gegen einige Ewiggestrige und ihre Anhänger. Antifaschismus heute bedeutet Kampf gegen Versuche, kollektive politische Orientierungen nach rechts zu wenden und sich für mehr Demokratie einzusetzen.
 7. Aufarbeitung der Geschichte kann – 40 Jahre danach – nur heißen, für radikale demokratische Reformen, für eine politische Kultur zu kämpfen, die faschistische Lösungen ihrer politischen und ökonomischen Krisen verhindert, sei es, daß diese sich in Knobelbchern oder computergesteuert anbieten.
- HAP Grieshaber mahnt: „Unsere Freiheit ist überall bedroht. Selbst in der Heimat, wo man die Gefahr nur zu gerne übersieht. Schauen wir uns in der Nähe um, so gilt es rasch zu handeln, ehe der Blick vollends vergittert wird. Es gibt Gitter, die wir erst bemerken, wenn wir hinter ihnen sind.“

(Aus: „Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, April 1985)

Christian Götz, HBV: Heute wie damals: „Koalition von Kapital und Kabinett“

Am 8. Mai 1985 haben wir in der Bundesrepublik – selbst wenn man nur die unvollständige amtliche Statistik zum Maßstab nimmt – die höchste Massenarbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit zu verzeichnen. Die Armut nimmt zu, wie u. a. die Zahl von weit über 2 Millionen Sozialhilfeempfängern beweist. Ursache ist eine seit 1974 anhaltende, sich vertiefende wirtschaftliche Krise. Inzwischen haben auch die letzten „Gesundbeter“ darauf verzichten müssen, von einem „normalen konjunkturellen Tief“ zu sprechen, von dem wir uns bald erholen würden.

Wir haben es unbestreitbar mit einer Strukturkrise zu tun, die in wesentlichen Elementen durchaus Parallelen zur Weltwirtschaftskrise von 1929–1933 aufzeigt. Heute wie damals nutzen das große Kapital und seine Vertreter die für sie günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, um ihre Profit- und sonstigen Interessen durchzusetzen. Das heißt u. a.:

- Realisierung von quantitativem wirtschaftlichem Wachstum, ohne Rücksicht auf die ökologischen Lebensinteressen der Bevölkerung;
- Einsatz neuer Technologien und organisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen zur stärkeren Ausbeutung der menschlichen

Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen und damit die Existenzgrundlage der Arbeitnehmer;

- Senkung der Lohnkosten, ohne Rücksicht auf die Sicherung der Realeinkommen der Arbeitnehmer;
- Abbau betrieblicher Sozialleistungen.

Heute wie damals können sich das große Kapital und seine Vertreter auf „ihre Regierung“ verlassen. Das Kabinett Kohl/Genscher kann gar nicht schnell genug umsetzen, was die Arbeitgeberverbände in ihren „Denkschriften“ fordern. Das heißt u. a.:

- Reduzierung staatlicher Sozialleistungen in dreistelliger Milliardenhöhe;
- Abbau von Arbeitnehmer-Schutzgesetzen;
- Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung, z. B. durch eine prinzipielle Verschlechterung des gültigen Betriebsverfassungsgesetzes;
- Verweigerung der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer;
- Angriffe auf Funktion und Aufgabenstellung der Gewerkschaften.

Wer solche Parallelen aufzeigt, bekommt zumeist die Antwort: „Bonn ist nicht Weimar“. So undifferenziert formuliert, ist das sicherlich richtig. Massenarbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Rechtlosigkeit waren damals unverhältnismäßig größer, die junge Demokratie

nachrichten-reihe 34:

40 Jahre danach

Gewerkschaften kontra Faschismus und Krieg

Mit Beiträgen von W. Abendroth, A. Guha, H. Klaus, B. Klees, J. Lehlbach, L. Mahlein, W. Schmidt und H. Seeger.

ungefestigter. Andererseits steht aber auch fest: Die Endphase der Weimarer Republik war (gleichfalls) durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit, permanenten Sozialabbau und unverantwortliche Angriffe auf die Gewerkschaften geprägt. Heute wissen wir, wohin das letztlich führte. Kein vernünftiger Mensch behauptet, in der Bundesrepublik stünde eine „faschistische Machtübernahme“ bevor. Uns geht es um die Verhinderung lange davor liegender „Stufen“. Wir sind gewarnt. Wir wollen und müssen dieses Mal rechtzeitig reagieren ...

Zeichen gegen die Politik der „Wende“ setzen

Entscheidend ist für mich letztlich, daß wir als Gewerkschaften und Gewerkschafter aus dem 8. Mai 1945 die richtigen Konsequenzen für unsere heutige Politik und unser heutiges gesellschaftliches Engagement ziehen. Das heißt vorrangig:

- Anknüpfen an jene Ziele und Prämissen, auf die wir uns 1945 verpflichtet haben;
- Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für soziale Sicherheit;
- Eintreten für eine Politik der Entspannung, friedlichen Koexistenz und unbedingten Einhaltung der Ostverträge;
- aktives Engagement in der Friedensbewegung;
- offensive Auseinandersetzung mit allen undemokratischen Tendenzen, insbesondere mit neonazistischen und neofaschistischen Aktivitäten, z. B. in der Form wachsender Ausländerfeindlichkeit;
- Bewahrung und Entwicklung der Einheitsgewerkschaft als fortschrittliche gesellschaftliche Kraft.

Damit können wir zugleich deutliche Zeichen gegen die Politik der „Wende“ setzen, die im Kern das meiste von dem in Frage stellt, was den Nationalsozialismus überlebende Gewerkschafter 1945 wollten und anstrebten: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Für Frieden und Arbeit!

(Aus der Rede auf der Kundgebung der „Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“ in Frankfurt am 4. Mai 1985)

12. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter BESCHLÜSSE

Vom 3. bis 5. Mai fand in Bonn-Bad Godesberg die 12. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden (IG BSE) statt. Eine Reihe wesentlicher Beschlüsse wurde gefaßt. Daraus dokumentieren wir nachfolgend eine Auswahl.

Bauarbeiter im Widerstand gegen den Faschismus (A 12)

Der Bundesvorstand, Abteilung Jugend, wird aufgefordert, eine Broschüre zum Thema „Bauarbeiter im Widerstand gegen den Faschismus“ zu erstellen. Sofern Zeitzeugen bekannt sind, sind sie als Interviewpartner heranzuziehen. Gerade als Gewerkschaftsjugend ist es uns dringend geboten, die Mängel, die in der Aufarbeitung des faschistischen Terrors bestehen, aufzugreifen und unsere demokratischen Traditionen dagegen zu stellen.

Die Arbeiterbewegung war der bedeutendste Teil im Widerstand in den Jahren 1933–1945; aber Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere wurden auch unsagbar brutal verfolgt. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, unter besonderer Berücksichtigung der Kollegen unserer Gewerkschaft, die im antifaschistischen Widerstand kämpften, ist in mehrfacher Hinsicht notwendig:

- um durch Auseinandersetzungen mit den Ursachen des Faschismus ein Wiederaufkommen verhindern zu können,
- um den neofaschistischen Tendenzen entgegenzutreten zu können,
- um in der Bildungsarbeit durch diese Auseinandersetzung mit demokratischen Traditionen das Selbstverständnis jedes einzelnen Kollegen als in diesen Traditionen stehend vertiefen zu können.

Jugendarbeitslosigkeit (A 32)

Die Arbeitslosenzahlen steigen gerade bei Jugendlichen ins Skandalöse: Nach Berechnungen des DGB fehlen zur Zeit 337.000 Ausbildungsplätze. Die Unternehmer scheinen nicht bereit zu sein, ihrer Pflicht zur Bereitstellung der nötigen Plätze nachzukommen. Daher ist hier, ähnlich wie in der Bauwirtschaft, eine Regelung notwendig, die die notwendigen Maßnahmen zur Bereitstellung und Finanzierung genügend qualifizierter Ausbildungsplätze sichert. Wir unterstützen die hessische und bremische DGB-Kampagne: „Wer nicht ausbildet, muß zahlen.“

In dieser Forderung sind verschiedene Eckpunkte enthalten:

- die Meldepflicht von Ausbildungsplätzen beim Arbeitsamt,
- die Bedarfsplanung von Ausbildungsplätzen unter Beteiligung der Gewerkschaften,
- die Finanzierung der notwendigen Zahl von Ausbildungsplätzen in außerbetrieblichen Ausbildungszentren durch diejenigen Unternehmer, die nicht oder zu wenig ausbilden.

Wir halten es für problematisch, bei der derzeitigen Rechtslage den Kammern den Bereich der Ausbildung zu überlassen. Deshalb müssen die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Einziehung und sachgerechte Verteilung der Gelder durch die Gewerkschaften bestimmen zu können. Gerade nach den Erfahrungen der IG Bau-Steine-Erden bei der Einflußnahme in den Ausbildungszentren der Bauwirtschaft ist bei der angestrebten Regelung die Forderung nach Mitbestimmung der Gewerkschaften noch deutlicher und nachdrücklicher zu stellen und durchzusetzen. Daß Kammern neuerdings auch minderqualifizierte Kurzausbildungen anerkennen, muß uns erst recht vorsichtig stimmen.

Arbeitslosengeld für Arbeitslose nach der Ausbildung (A 36)

Alle zuständigen Organe der IG-Bau-Steine-Erden werden aufgefordert, dahingehend tätig zu werden, daß der § 112 Ziffer 5 Abs. 2 Arbeitsförderungs-gesetz wie folgt geändert wird:

Ziffer 5: Bei der Feststellung des Arbeitsentgelts ist zugrunde zu legen ...

Absatz 2: Für die Zeit einer Beschäftigung zur Berufsausbildung, wenn der Arbeitslose die Abschlußprüfung bestanden hat, das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose durchschnittlich erzielen würde, wenn er in seinem erlernten Beruf weiter beschäftigt wäre.

Jugend- und Ausbildungsververtretung (A 38)

Wir fordern die Schaffung einer Jugend- und Ausbildungsververtretung, die in den Betrieben nicht nur die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, sondern darüber hinaus auch alle Auszubildende im Rahmen ihrer Erstausbildung – unabhängig ihres Alters – vertritt. Die Jugendvertretung ist eine bewährte Einrichtung, um die Interessen junger Arbeitnehmer durchzusetzen und muß dem Prinzip nach als selbständige Einrichtung erhalten bleiben. Der Jugend- und Ausbildungsververtretung ist volles Mitsprache- und Stimmrecht im Betriebsrat zu gewähren. Die Jugend- und Ausbildungsververtretung wird von allen Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr sowie von allen zur beruflichen Erstausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz Beschäftigten gewählt.

Grundsätze für die Tarifpolitik für Auszubildende und jugendliche Arbeitnehmer (A 42)

Der Landesvorstand Hessen und der Bundesvorstand sowie die jeweiligen Tarifkommissionen auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, die nachfolgend aufgeführten Grundsätze für die Tarifpolitik für Auszubildende und jugendliche Arbeitnehmer bei allen zukünftigen Tarifverhandlungen zu beachten: Die Tarifpolitik für Auszubildende und jugendliche Arbeitnehmer ist seit vielen Jahren ein integrierter Bestandteil der Tarifpolitik in unserer Gewerkschaft. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der vergangenen Jahre und vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit versuchen die Arbeitgeber der verschiedensten Branchen, die tarifvertraglichen Bestimmungen für Auszubildende und jugendliche Arbeitnehmer von denen der übrigen gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten abzukoppeln. Dies alles macht eine noch stärkere Verankerung der Tarifpolitik für diese Personengruppen in der Gesamtpolitik erforderlich. Dabei muß es das Bestreben aller Verantwortlichen sein, im Bereich der „jungen Gewerkschafter“ die „älteren“ Kolleginnen und Kollegen auf die besonderen Probleme in diesem Bereich hinzuweisen und somit eine Verstärkung der Solidarität zwischen „alt und jung“ zu bewirken.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß nach dem erfolgten Einstieg der Kürzungen bei den Auszubildenden und jugendlichen Arbeitnehmern diese später auch im Erwachsenenbereich fortgesetzt werden. Deshalb gilt es in unserer Gewerkschaft, eine besondere Strategie zu entwickeln, um:

- die Forderungen für Auszubildende in der Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Flugblätter und Broschüren zur Tarifrunde) als Bestandteil der Gesamtforderung darzustellen;
- die Identifikation der Gesamtorganisation für die Tarifforderungen der Auszubildenden deutlich zu machen und
- eine stärkere Anbindung der Vertreter der jungen Gewerkschafter in den Fachgruppen und Tarifkommissionen zu erreichen und eine Rückkoppelung in den entsprechenden Jugendvorständen auf Landesebene und im Bundesjugendvorstand zu gewährleisten.

Wegen der zeitlichen Befristung des Berufsbildungsvertrages, den unterschiedlichen schulischen Voraussetzungen, den besonderen Regelungen für die übrigen Beschäftigten des Gewerbebezuges sowie den geänderten gesetzlichen Voraussetzungen und den besonderen Problemen der Berufsausbildung im dualen System sind

während der Jugendkonferenzen der vergangenen Jahre viele Einzelanträge formuliert und bei den entsprechenden Landesverbands-tagen und Gewerkschaftstagen verabschiedet worden.

Um alle übergreifenden Forderungen und Beschlüsse der Vergangenheit zu vereinfachen, sollen bei zukünftigen Tarifverhandlungen folgende Punkte besonders beachtet und in den entsprechenden Tarifverträgen umgesetzt werden:

1. Die Auszubildenden werden in den persönlichen Geltungsbereich der jeweiligen Tarifverträge mit aufgenommen.
2. Die Höhe der Ausbildungsvergütung wird entsprechend des Antrages Nr. 32 der 11. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter 1982 in Fulda in Prozentsätzen des jeweiligen höchsten tariflichen Monatseinkommens des Facharbeiters bzw. des Angestellten festgesetzt.
3. Da in vielen Tarifbereichen die Anbindung der Ausbildungsvergütung an den jeweiligen Facharbeiterlohn bzw. an das Angestellte-ngehalt noch nicht vollzogen ist, werden in diesen Bereichen, bis die Anbindung gemäß der Forderung in Ziff. 2 erreicht worden ist, die Ausbildungsvergütungen mindestens jeweils um den Prozentsatz erhöht, wie er auch für den jeweiligen Facharbeiter bzw. Angestellten vereinbart wurde.
4. In den Tarifverträgen über das 13. Einkommen sind auch für die Auszubildenden Prozentsätze der jeweiligen Ausbildungsvergütung zu vereinbaren. Eine Klausel über die Besitzstandswahrung ist abzuschließen.
5. In den Verhandlungen über die Tarifverträge des 13. Monatseinkommens in allen Tarifbereichen der IG Bau-Steine-Erden ist von der IG Bau-Steine-Erden darauf hinzuwirken, daß für Arbeitnehmer im Organisationsbereich der IG Bau-Steine-Erden, die im Kalenderjahr ihre Ausbildung beendet haben oder zum Wehrdienst bzw. Ersatzdienst eingezogen werden, der volle Anspruch auf das 13. Monatseinkommen gewahrt bleibt.
6. In den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen sind die Bestimmungen zu ändern, nach denen es gestattet ist, für Fehlzeiten (Schule, Feiertag, Urlaub, Krankheit) Abzüge vornehmen zu können. Es gilt hier, wegzukommen von dem Prinzip der geleisteten Arbeit, hin zu einem pauschalen Monatsanspruch.
7. Bei den Fahrgelderstattungen sind für Auszubildende in allen Bereichen Bestimmungen aufzunehmen, wonach auch für den Besuch der Berufsschule, der überbetrieblichen Ausbildungsstätte und bei Prüfungen das Fahrgeld erstattet wird.
8. Grundsätzlich ist, wie bei der Neuregelung im Tarifvertrag Berufsbildung im Baugewerbe eine Regelung zu finden, die es verhindert, daß Auszubildende in diesem Zeitraum in Zwangsurlaub geschickt werden. Der 24. und 31. Dezember sollen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub als Freizeit vereinbart werden.
9. Durch die Veränderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz vom Herbst 1984 wird erstmals über eine sogenannte „Tariföffnungsklausel“ die Möglichkeit geschaffen, durch tarifvertragliche Vereinbarungen von den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes abzuweichen. Unsere Gewerkschaft stimmt keinen Verschlechterungen der zur Zeit gültigen Bestimmungen in den jeweiligen Tarifverträgen zu.
10. Die Arbeitgeber versuchen insbesondere im Maler- und Lackierbereich unterhalb des Facharbeiters eine sogenannte „Werkergruppe“ einzuführen. Die Tarifkommissionen werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß durch etwaige tarifvertragliche Vereinbarungen das System der Facharbeiterbezahlung nicht ausgehöhlt werden kann.
11. Die bestehenden Gruppen für jugendliche Arbeitnehmer und für Gesellen bzw. Facharbeiter im 1., 2. und 3. Berufsjahr sind abzusichern, und eine Bezahlung nach der jeweiligen Facharbeiter- bzw. Fachwerkergruppe ist anzustreben.

Arbeitszeitverkürzung (A 66)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert:

- die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung (Vorruhestand nach 35-Stunden-Woche) und Rationalisierung auch nach Abschluß des Tarifvertrages Vorruhestand weiterzuführen und intensiver als bisher zukünftige Auseinandersetzungen vorzubereiten;
- über Formen und Wirkungen der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu informieren,
- die nach Ablauf des Tarifvertrages Vorruhestand 1988 neu zu verhandelnde Forderung nach Arbeitszeitverkürzung unter breiterster

Einbeziehung der Basis und mit langer intensiver Vorbereitung durchzusetzen.

Hände weg von Nicaragua (E 4)

Täglich fallen in Nicaragua von den USA unterstützte Contrabanden ein, morden und zerstören vorwiegend die Einrichtungen des öffentlichen Lebens, wie Schulen, Krankenstationen usw. Die Regierung der USA verbreitet Unwahrheiten, wie z. B. die Lieferung von sowjetischen Militärflugzeugen habe stattgefunden, Fallschirmjäger seien über Honduras abgesprungen, um beim Straßenbau zu helfen und vieles mehr.

In regelmäßigen Abständen wird der nicaraguanische Luftraum von amerikanischen Flugzeugen verletzt. Der Hafen von Corinto wurde vermint, um Ex- und Import des Landes lahmzulegen. Alle diese Maßnahmen zeugen davon, daß die US-Regierung gewillt ist, die sandinistische Revolution in Nicaragua – auch gewaltsam – rückgängig zu machen. Die Bundesregierung billigt dieses Vorhaben der US-Regierung. Von keinem Vertreter der Bonner Regierung war bisher die Distanzierung zu vernehmen. Vielmehr wurden mehrere Millionen DM, die als Hilfe an Nicaragua gehen sollten, gesperrt. Die Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden verurteilen diese Haltung und fordern die Bundesregierung auf, die gesperrten Gelder sofort und ohne Vorbedingungen freizugeben. Des weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, sich von der Mittelamerika-Politik der USA zu distanzieren.

Es ist der Wille der US-Regierung, durch Unterstützung der Contra-Angriffe in Grenzgebieten den Fortgang der ökonomischen Stabilisierung zu verhindern, vielmehr noch, die ökonomische Lage total zu verschlechtern. Sie tun dies durch die Diffamierung der Sandinisten und deren Erfolge nach der Revolution. Sie versuchen, das Land international zu isolieren und durch das Schüren innenpolitischer Auseinandersetzungen die Grundlage für einen von der breiten Masse getragenen Aufbau des Landes zu verhindern.

Die Ergebnisse der Wahl im November 1984 haben gezeigt, daß die Sandinisten das Vertrauen der überragenden Mehrheit der Bevölkerung haben. Wir als Gewerkschafter betonen unsere Solidarität mit Nicaragua und treten den Plänen der US-Regierung entschieden entgegen. ¡No pasaran!

Frieden und Abrüstung (E 7)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich mit aller Kraft für Stopp und Rücknahme der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen einzusetzen. Seit Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen hat sich die politische Lage in unserem Land entschieden verändert: Sowohl aufgrund technischer Pannen wie aus politischem Kalkül könnte ein Atomkrieg (von deutschem Boden aus) begonnen werden. Die USA sind nicht bereit, auf die Möglichkeit des atomaren Erstschlags zu verzichten, da er integraler Bestandteil ihres Verteidigungskonzeptes sei. Man geht davon aus, daß ein Atomkrieg gewinnbar sei!

Die neuen amerikanischen Kriegführungskonzepte, das Leitliniendokument und die AirLand Battle, benötigen, um realistisch zu sein, die militärische Überlegenheit. Das bedeutet die Abkehr vom Prinzip des militärischen Gleichgewichts. Eine höhere Stufe der Rüstung soll aktuell durch die Militarisierung des Weltraums erreicht werden, dieses gilt es auf allen Ebenen zu verhindern.

Die Bundesregierung verfolgt die Absicht, die Diskussion um die Mittelstreckenraketen in den Hintergrund treten zu lassen. Wir sollen uns an das „Leben mit der Bombe“ gewöhnen. Diese Friedhofsruhe muß von den Gewerkschaften und der Friedensbewegung durchbrochen werden. Unsere Forderungen sind:

- Stopp und Rücknahme der Stationierung der Mittelstreckenraketen
- keine Aufrüstung des Weltraums
- Nutzung jeder Verhandlungsmöglichkeiten zur Erreichung von Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West.

Der FDGB wurde 40 Jahre: Stolz auf das Erreichte

Interview mit Heinz Deutschland, Leiter der Forschungsgruppe Geschichte

Den am 15. Juni 1945 beschlossenen Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses von Groß-Berlin betrachtet der FDGB in der heutigen DDR als seine Geburtsurkunde. Inzwischen sind 40 Jahre vergangen. Grund für uns, nachzufragen, was in dieser Zeit erreicht wurde. Kompetenter Interviewpartner für unseren Redakteur Heinz Schäfer ist Prof. Heinz Deutschland, Leiter des Autorenkollektivs „Geschichte des FDGB“.



NACHRICHTEN: Was kann man, wenn wir auf die vierzigjährige Tätigkeit des FDGB blicken, als bedeutungsvollste Errungenschaften dieses gewerkschaftlichen Wirkens bezeichnen?

Heinz Deutschland: Die bedeutungsvollste Errungenschaft besteht zweifellos darin, daß unser Wirken entscheidend dazu beigetragen hat, in der DDR das Ziel allen gewerkschaftlichen Kampfes – die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – zu erreichen. Damit haben wir ganz im Sinne der großen klassenkämpferischen Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der Lehren der Geschichte und des Vermächtnisses der Begründer des FDGB gehandelt.

Im Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses von Groß-Berlin vom 15. Juni 1945, den wir als Geburtsurkunde des FDGB betrachten, hatten bekanntlich führende kommunistische, sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter einmütig gemahnt, die Fehler von 1918 und 1933 nicht zu wiederholen. „Wir dürfen diesmal nicht versagen“, erklärten sie. Die neuen, freien und einheitlichen Gewerkschaften sollten deshalb „eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus ... ein antifaschistisches Bollwerk ... (zur) Schaffung eines demokratischen Deutschlands“ werden.

Diese Forderung haben wir erfüllt. Der FDGB hat mitgeholfen, die Junker, Monopol- und Bankherren, die Faschisten und Militaristen politisch und ökonomisch zu entmachten. Er hat auf diese Weise dazu beigetragen, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz zu verwirklichen, die ökonomischen Grundlagen des Krieges zu beseitigen und die Werktätigen von Arbeitslosigkeit und Krise zu befreien. Diese tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung eröffnete gänzlich neue Möglichkeiten und Bedingungen gewerkschaftlicher Interessensvertretung, wie z. B. die Verankerung der Gewerkschaften im Betrieb, die aktive gewerkschaftliche Mitwirkung am wirtschaftlichen Neuaufbau und bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, an der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht und der Entwicklung der Demokratie – mit einem Wort – an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wie es der 2. FDGB-Kongreß 1947 beschlossen hatte.

Wir betrachten es als bedeutende Errungenschaft, daß die Arbeiterklasse bei uns unter Führung der SED zur herrschenden Klasse wurde, ihr Friedensstreben zur Staatspolitik erhob und mit Hilfe der Gewerkschaften lernte, Staat und Wirtschaft zu leiten sowie ihre schöpferischen Kräfte voll zum Nutzen des werktätigen Volkes zu entfalten. Zu unseren Errungenschaften gehört, daß der FDGB 9,3 Millionen Mitglieder (das sind 97,5 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Vertreter der Intelligenz) vereint und sich in den Betrieben auf über 2,3 Millionen ehrenamtliche Funktionäre stützen kann. Der Sozialismus, so wie wir ihn gestalten, ist deshalb in hohem Maße das Werk dieser gewerkschaftlich organisierten Kollegen. All das sind aus unserer Sicht historische Errungenschaften.

NACHRICHTEN: Können Sie uns die Gründe nennen, warum der FDGB seine Mitglieder ermuntert, sich täglich um gute Ergebnisse in der Wirtschaft zu mühen?

Heinz Deutschland: Bevor ich die Gründe nenne, ein Wort zu den Voraussetzungen: Bei uns gibt es keine parasitäre Klasse oder Schicht, die sich einen beträchtlichen Teil des hart erarbeiteten Volksvermögens aneignen kann. Folglich liegt ehrliche, fleißige und saubere Arbeit im Interesse jedes Werktätigen. Unsere Erfahrungen berechtigen uns als Gewerkschaften, den Grundsatz zu vertreten, daß gute Arbeit für die Gesellschaft sich bei uns auch für den einzelnen lohnt, und zwar direkt in Form von Lohn und Prämie und indirekt in Form der Preise für Grundnahrungsmittel, Verkehrstarife und Mieten sowie der Aufwendungen für Kultur, Bildung, Wohnungsbau, Erholung und Gesundheits- und Arbeitsschutz.

Da wir jedoch nicht auf der Stelle treten können und wollen, muß täglich etwas draufgelegt werden. Eine Weberin, Frida Hockauf, hat dies schon 1953 mit den Worten ausgedrückt: „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein!“ Als Gewerkschafter, die dem Gebot der Solidarität verpflichtet sind, wissen wir außerdem, daß jede Generation mit ihrer gegenwärtigen Arbeit Vorleistungen für die künftige wirtschaftliche und soziale Leistungskraft schafft. Das ist ein gewichtiger Grund, die Leistungsbereitschaft unserer Mitglieder zu stimulieren. Schließlich sind wir davon überzeugt, mit einer weiteren wirtschaftlichen Stärkung des Sozialismus auf unsere Weise den menschenfeindlichen Plänen der Sternenkrieger sowie generell ihrer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik moralisch und materiell entgegenzuwirken.

NACHRICHTEN: Welchen Einfluß hat der FDGB auf die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR?

Heinz Deutschland: In allen Etappen der Ausarbeitung und Bestätigung unserer Wirtschaftspläne – vom Betrieb bis zur Regierung – ist die Mitwirkung und Zustimmung der Gewerkschaften gesetzlich garantiert und in der Praxis erprobt. Ende April wurde die Direktive für den Plan 1986 als gemeinsames Dokument des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB veröffentlicht. In den nächsten Wochen und Monaten findet – beginnend in den Gewerkschaftsgruppen – die Plandiskussion statt. 1984 wurden im Verlauf dieser Diskussion, an der 85 Prozent der Gewerkschafter teilnahmen, 643 000 Vorschläge unterbreitet.

NACHRICHTEN: Wie vertritt der FDGB die Interessen seiner Mitglieder bei der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen?

Heinz Deutschland: In Übereinstimmung mit unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten auf der Grundlage der Festlegungen des Wirtschaftsplanes und durch die unermüdliche tägliche Kleinarbeit seiner Millionen Funktionäre vor allem in den Betrieben. Seit 1966 enthält jeder Plan obligatorisch den Plananteil Arbeits- und Lebensbedingungen. Weitere konkrete Festlegungen werden im Betriebskollektivvertrag verankert. Die Gewerkschaften haben Vorschlags- und Einspruchrecht, ihnen obliegt die Kontrolle darüber, ob und wie die festgelegten Maßnahmen realisiert werden.

NACHRICHTEN: Der FDGB hat Beziehungen zu den Gewerkschaften vieler Länder, so auch seit Jahren zum DGB. Wie entwickeln sich diese Beziehungen?

Heinz Deutschland: Sie haben sich in letzter Zeit recht lebhaft und auf vielen Ebenen – auch im Rahmen der IG und Gewerkschaften – entwickelt. Dabei zeigte sich, daß bezüglich der Lehren der Geschichte und aktueller Fragen so manche Anknüpfungspunkte für Gespräche existieren. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen erwiesen sich als ein wichtiger Bestandteil unserer gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens. Deshalb tritt der FDGB dafür ein, sie weiterzuentwickeln und auszubauen.

Appell der 26. Arbeiterkonferenz

Aus den sieben Anliegerländern der Ostsee sowie aus Norwegen und Island waren im Feriencentrum der dänischen Gewerkschaften, in Gilleleje, vom 16. bis 19. Mai Gewerkschafter zusammengekommen, um über gemeinsames Handeln für Abrüstung und Frieden zu diskutieren (Bericht siehe S. 33). Am Ende der Beratungen verabschiedeten die Teilnehmer einen „Appell an die Arbeiter und Gewerkschafter der Ostseeländer, Norwegens und Islands“ und einen Brief an die Verhandlungsdelegationen der UdSSR und der USA in Genf. In dem Brief wird die Erwartung ausgedrückt, daß effektive Verhandlungsergebnisse zustande kommen. Der Appell der 26. Arbeiterkonferenz hat folgenden Wortlaut:

Die 26. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands erfolgt zu einer Zeit, da der Weltfrieden gefährlich bedroht wird. Durch die führenden aggressiven Kreise in den USA und in der NATO wird die Militarisierung des Weltraumes angestrebt und die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa fortgesetzt. Überall in der Welt werden von ihnen gefährliche Krisenherde geschaffen, die Gefahren für den Weltfrieden heraufbeschwören.

Gerade in diesen Tagen begehen wir den 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus. Dieser Sieg war möglich, weil die Völker sich im Kampf zu einer großen Antihitlerkoalition vereinigten. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erwarb sich als Teil des antifaschistischen Widerstandes hohe Verdienste. Die Zerschlagung des Faschismus, an der die Sowjetunion den Hauptanteil leistete, hat gezeigt, daß eine gemeinsame Front der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und das Zusammenwirken von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen notwendig und möglich ist. Diese Zusammenarbeit ist heute mehr denn je erforderlich.

In allen Ländern unseres Kontinents entwickelt sich eine machtvollere Friedensbewegung, in der die Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen. Die Gewerkschafter erkennen immer mehr, daß Fragen ihrer sozialen Bedingungen unmittelbar von den wachsenden Rüstungslasten beeinflusst werden. Riesige Summen, die heute für militärische Rüstung Verwendung finden, könnten für die Lösung dringender sozialer Probleme eingesetzt werden. Der Lebensstandard könnte erhöht, soziale Verbesserungen vorgenommen und vor allem neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dem Hunger und der Not in den Entwicklungsländern könnte entgegengewirkt werden.

Zur Durchsetzung ihrer Krisen- und Rüstungspolitik verschärfen die reaktionären Kräfte des Monopolkapitals ihre Angriffe auf die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte der Werktätigen. Dem gilt es, energisch entgegenzutreten. Angesichts all dessen ist ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften im Ringen um die Verteidigung des Friedens erstes Erfordernis gewerkschaftlicher Interessensvertretung.

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die USA und die UdSSR neue Verhandlungen in Genf aufgenommen haben mit dem Ziel, die atomare Abrüstung auf der Erde zu erreichen und eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern. Das ist mit dem Resultat des Kamp-

fes der Völker und auch der Gewerkschaftsbewegung. Von diesen Verhandlungen erwarten wir baldige konkrete Ergebnisse, die in Übereinstimmung mit den Friedensforderungen der Völker stehen. Wir mißbilligen, daß die USA die Forschung und Vorbereitung der Sternkriegsprogramme fortsetzen und in Europa ihre atomaren Mittelstreckenraketen weiter stationiert. Eine solche Politik ist direkt gegen die Abrüstungsverhandlungen in Genf gerichtet.

Arbeiter und Gewerkschafter der Länder des Ostseeraumes, Norwegens und Islands! Setzt euch dafür ein, daß

– die Militarisierung des Kosmos einschließlich der dazu betriebenen Entwicklung und Forschung verhindert wird,

– die weitere Stationierung der atomaren USA-Mittelstreckenraketen in Westeuropa unterbleibt,

– der verhängnisvolle Rüstungswettlauf gestoppt wird,

– die nuklearen Massenvernichtungsmittel eingefroren werden,

– die Nuklearmächte auf den Ersteinsatz von Kernwaffen verzichten,

– Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Ost und West, besonders auf nuklearem Gebiet, aber auch bei konventionellen Waffen nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit erfolgen,

– ein Verbot der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und aller anderen Massenvernichtungsmittel vertraglich vereinbart wird,

– zwischen Warschauer Vertrag und der NATO ein Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt zur Lösung von Streitfragen und über die Herstellung friedlicher Beziehungen abgeschlossen wird.

Wir setzen uns ein für ein atomaffenfreies Europa. Unser wichtigster Beitrag dafür ist der aktive Einsatz für die Schaffung einer vertraglich festgelegten atomaffenfreien Zone in Nordeuropa. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Völker Nordeuropas diese Forderung immer energischer an die Regierungen ihrer Länder herantragen und verlangen, daß diese eine entsprechende Deklaration dazu abgeben. Wir unterstützen gleichzeitig alle Bestrebungen nach einem atomaffenfreien Korridor zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag mit dem Ziel eines atomaffenfreien Europas. Wir schlagen vor, daß sich die Gewerkschaftszentralen der Länder des Ostseeraumes, Norwegens und Islands zu einem Treffen zusammenfinden, auf dem sie über den gewerkschaftlichen Beitrag bei der Schaffung eines atomaffenfreien Nordeuropas und eines Korridors frei von atomaren Gefechtsfeldwaffen zwischen NATO und Warschauer Vertrag beraten.

Erklärtes Ziel der Arbeiterkonferenz ist es, die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf unterschiedlicher Ebene, vor allem des Ostseeraumes zu fördern. Die Konferenzen bieten eine gute Gelegenheit zur Zusammenarbeit europäischer Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung und unterschiedlicher Zugehörigkeit. Das unterstreicht auch unsere Arbeiterkonferenz, die erstmalig in einem Land Skandinaviens stattfindet.

Wir unterstützen die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung und internationaler Zugehörigkeit in Europa und treten für die Durchführung einer Konferenz führender Repräsentanten der europäischen nationalen Gewerkschaftszentralen ein, auf der über die Verstärkung ihres Engagements im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Weiterführung ihrer Zusammenarbeit im Interesse der Werktätigen beraten werden soll.

Im Namen des Friedens und eines lebenswerten Seins rufen wir Euch, die Arbeiter und Gewerkschafter, auf:

– Wendet Euch mit der Autorität Eurer Gewerkschaftsorganisationen im Interesse der Erreichung praktischer, dem Frieden dienender Ergebnisse an die Verhandlungsdelegationen der UdSSR und der USA in Genf.

– Fordert von der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einen effektiven Beitrag im Sinne der Schlußakte von Helsinki, deren Unterzeichnung sich am 1. August dieses Jahres zum zehnten Male jährt.

– Nehmt teil an den Aktionen der Friedenskräfte und der Gewerkschaften am 1. September, dem Aktionstag der Gewerkschaften für den Frieden, anlässlich der Abrüstungswoche der UNO und der Wiederkehr ihres 40. Gründungstages am 24. Oktober sowie des 40. Jahrestages des Abwurfes der ersten Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki.

Setzt Euch überall, in Euren Gewerkschaften, in den Wohngebieten, in den Betrieben dafür ein, daß der Friede, Voraussetzung für jede Zivilisation und menschlichen Fortschritt, für Glück und Wohlstand der Werktätigen und ihrer Familien, bewahrt bleibt. „Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein!“

ILO-Ausschuß nahm kritisch Stellung zu Berufsverboten

Wie bereits berichtet, beschäftigte sich auf Antrag des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) das Internationale Arbeitsamt in Genf mit den Berufsverboten. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, das von ihr ratifizierte Abkommen Nr. 111, das sich gegen eine Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf wendet, zu verletzen. Ein spezieller Ausschuß prüfte die vom WGB vorgelegten Materialien und holte auch Stellungnahmen der Bundesregierung und der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein. Ein Bericht dieses Ausschusses von Ende Februar 1985 empfiehlt dem Verwaltungsrat, die Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung des Übereinkommens Nr. 111 aufzufordern. Wir dokumentieren wesentliche Auszüge dieser Stellungnahme.

25. Der Ausschuß stellt fest, daß sowohl der WGB als auch die Regierung auf den Bericht des Verwaltungsratsausschusses vom 15. Juni 1979 verweisen, der zur Prüfung der früheren Beschwerde des WGB eingesetzt worden war, sowie auf die Bemerkungen von 1983 des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen zur Durchführung des Übereinkommens Nr. 111 durch die Bundesrepublik Deutschland. Der Ausschuß hält es deshalb für zweckmäßig, die Feststellungen dieser beiden Organe in Erinnerung zu rufen.

26. In seinem Bericht vom 15. Juni 1979 hatte der Verwaltungsratsausschuß festgestellt, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 betreffend die Treuepflicht im öffentlichen Dienst die Art der Elemente, die in Einzelfällen geprüft werden könnten, nicht nenne und den Einstellungsbehörden in dieser Hinsicht weiten Spielraum lasse.

27. Der Verwaltungsratsausschuß war der Ansicht, daß die am 17. Januar 1979 angenommenen Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue in Bezug auf den Bundesdienst offensichtlich eine Einschränkung dieses Spielraums bedeuteten, da sie die Verfassungstreue als gegeben voraussetzten und die Praxis systematischer Überprüfungen aufgaben. Er stellte ferner fest, daß es in der Erläuterung der neuen Grundsätze heiße, daß es erforderlich scheine, Verfahrensregeln aufzugeben, die bedeuteten, daß Bewerber allein auf Grund abstrakter Kriterien, wie der Zugehörigkeit zu einer Organisation mit verfassungsfeindlichen Zielen, abgelehnt werden könnten. Der Verwaltungsratsausschuß gelangte zu der Schlußfolgerung, daß die Wirkung dieser neuen Grundsätze von ihrer künftigen praktischen

Anwendung abhängen werde. Diese werde nach den anerkannten Verfahren der IAO zu überprüfen sein.

28. Der Verwaltungsratsausschuß führte aus, daß sich diese Prüfungen auch auf die Entwicklung der Situation auf der Ebene der Länder erstrecken würden, die im Rahmen ihrer Verwaltungsautonomie bisher andere Grundsätze hätten anwenden können und in denen die Fälle von Überprüfungen verhältnismäßig zahlreicher gewesen seien als im Bereich der Bundesverwaltung.

29. In seinen Bemerkungen von 1983 erinnerte der Sachverständigenausschuß daran, daß er die Regierung gebeten hatte, für die seit April 1979 zu verzeichnenden Fälle eines Ausschlusses vom öffentlichen Dienst Informationen über die durchgeführten Untersuchungen, die berücksichtigten Elemente und die getroffenen Entscheidungen zu übermitteln sowie den Wortlaut etwaiger neuer Bestimmungen oder Richtlinien, vor allem auf der Ebene der Länder, und einschlägiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichts aus der jüngsten Zeit. Der Ausschuß stellte fest, daß er in Ermangelung der angeforderten Einzelheiten über die Fälle eines Ausschlusses vom öffentlichen Dienst des Bundes und der verschiedenen Länder, und zwar sowohl von Bewerbern um eine Stellung als auch von bereits beschäftigten Personen, außerstande bleibe, eine umfassende Prüfung der Situation durchzuführen, wie vom Verwaltungsratsausschuß vorgesehen.

30. Nach Prüfung von vier Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom November 1980 und Oktober 1981, deren Wortlaut die Regierung übermittelt hatte, stellte der Sachverständigenausschuß fest, daß in den betreffenden Fällen die Entfernung aus dem öffentlichen Dienst nicht in den Erfordernissen einer bestimmten Beschäftigung begründet gewesen sei. Der Ausschuß äußerte die Hoffnung, daß Maßnahmen getroffen würden, um Gesetzgebung und Praxis dem Übereinkommen anzupassen, und zwar sowohl in Bezug auf öffentlich Bedienstete als auch in Bezug auf Bewerber für den öffentlichen Dienst, und gleichermaßen, ob sie in einem Arbeitsverhältnis oder als Beamte beschäftigt seien. Die zu treffenden Maßnahmen sollten die Kriterien für den Ausschluß vom öffentlichen Dienst neu definieren und ferner gewährleisten, daß die Beweislast in Bezug auf die Integrität einer Person nicht bei ihr liege und daß die Beurteilung ihrer Integrität durch Verwaltungsbehörden in vollem Umfang gerichtlich überprüfbar sei.

...

34. Der Umfang des Schutzes, den das Übereinkommen gegen Diskriminierung auf Grund der politischen Meinung bietet, ist bereits von dem Ausschuß des Verwaltungsrats geprüft worden, der die frühere Beschwerde wegen Nichteinhaltung des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland behandelt hat. Dieser Ausschuß wies auf die Feststellung des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen hin, daß „das Übereinkommen für den Schutz der Arbeitnehmer gegen Diskriminierung auf Grund der politischen Meinung besagt, daß dieser Schutz ihnen im Zusammenhang mit Tätigkeiten zu gewähren ist, die Ausdruck oder Demonstration einer Opposition gegen die etablierten politischen Grundsätze sind“, vorbehaltlich allein der Beschränkungen in Bezug auf Tätigkeiten, die die Sicherheit des Staates bedrohen, und die besonderen Erfordernisse bestimmter Beschäftigungen. Der Sachverständigenausschuß hat an diesem Standpunkt stets festgehalten. Er hat in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß „Schutz von Meinungen, die weder ausgedrückt noch demonstriert werden, sinnlos wäre“, und „selbst wenn bestimmte Doktrinen auf grundlegende Veränderungen in den Institutionen des Staates abzielen, dies kein Grund ist, ihre Propagierung als dem Schutzbereich des Übereinkommens entzogen anzusehen, solange keine gewalttätigen oder verfassungswidrigen Methoden zu ihrer Verwirklichung angewandt oder empfohlen werden“.

...

40. Der Ausschuß stellt fest, daß die in der Bundesrepublik Deutschland vorgeschriebene Treuepflicht gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht auf die Erfordernisse bestimmter Beschäftigungen abzielt, sondern für jeden Beamten auf Grund seines Rechtsstatus als Beamter gilt, ohne jede Differenzierung nach seinen Funktionen. Dies erhellt aus dem Wortlaut der dem Ausschuß

vorliegenden Gerichtsentscheidungen. So gab es beispielsweise in Fällen, die die Entlassung von Technikern aus dem Postdienst oder eines Lehrers betrafen, unumstrittene Belege für das einwandfreie Verhalten dieser Beamten im Dienst; bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit der Entlassung hielten es die Gerichte für rechtlich nicht erheblich, die Auswirkungen der politischen Tätigkeiten der Beamten auf die Erfüllung seiner Aufgaben zu prüfen. Der Anwendungsbereich der allen Beamten auferlegten Treuepflicht, wie sie gegenwärtig ausgelegt wird, geht somit offenbar über den Rahmen dessen hinaus, was nach Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens zulässig ist.

41. Es dürfte in diesem Zusammenhang angebracht sein, an die Feststellungen des Sachverständigenausschusses in seinen allgemeinen Schlußfolgerungen von 1963 zu erinnern, wonach „in zahlreichen modernen Volkswirtschaften der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Sektor verwischt worden ist...“. Wie auch immer die Situation in früheren Epochen gewesen sein mag, als der öffentliche Dienst von einem festgegliederten Beamtenkörper gebildet wurde, der die Krone beriet und ihre Politik ausführte, im modernen Staat erstreckt sich der öffentliche Dienst auf eine Vielfalt von Aufgaben, die zum großen Teil in keinem Zusammenhang mit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse stehen, wie das Bildungswesen, Transport- und andere Dienste, die im wesentlichen technischer Natur sind. Angesichts dieser weitreichenden Tätigkeiten und der großen Zahl der Personen, die infolgedessen beamtenrechtlichen Vorschriften unterliegen, ist es von größter Wichtigkeit, daß jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die eine Regierung auf Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens vorzunehmen gedenkt, eindeutig von den der jeweiligen Tätigkeit innewohnenden Erfordernissen bestimmt und gerechtfertigt ist.

...

46. Der Ausschuß erkennt an, daß die Sicherheit des Staates betreffende Erwägungen es erfordern können, besondere Bedingungen zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Integrität und Loyalität aufzustellen, und zwar nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch im Rahmen privater Beschäftigungsverhältnisse. Es ist jedoch wichtig, daß solche Anforderungen unter gebührender Berücksichtigung der Art der Stellung oder der Aufgaben gestellt werden und nicht auf einen größeren Bereich von Beschäftigungen oder Berufen ausgedehnt werden. Die Anwendung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit des Staates sollte daher in Anbetracht der Auswirkungen erfolgen, die bestimmte Tätigkeiten auf die wirksame Erfüllung der betreffenden Aufgaben haben könnten. Es gibt bestimmte Tätigkeitsbereiche des Staates, z. B. im Zusammenhang mit der Verteidigung und den auswärtigen Beziehungen, die besonders „sicherheitsempfindlich“ sind und in denen es deshalb normal ist, daß der Staat besonders strenge Kriterien und Verfahren anwendet, um zu gewährleisten, daß seine Sicherheit nicht gefährdet wird. Daneben gibt es aber andere Bereiche des öffentlichen Dienstes, in denen die Gefahr einer Schädigung der Sicherheit des Staates weit weniger offensichtlich ist. Es sei auch darauf hingewiesen, daß es nach Artikel 4 keiner verbotenen Handlung und noch viel weniger einer Verurteilung bedarf. Wenn die Anwendung der im Namen der Sicherheit des Staates getroffenen Maßnahmen nicht nach Kriterien der vorgenannten Art eingeschränkt wird, besteht die Gefahr und sogar die Wahrscheinlichkeit, daß sie zu Unterscheidungen und Ausschließungen auf Grund der politischen Meinung führen. Der Sachverständigenausschuß hat zu Recht betont, daß die Definition der Sicherheit des Staates genügend eng gefaßt werden sollte, um die Gefahr eines Konfliktes mit der Politik der Nicht-Diskriminierung zu vermeiden.

...

47. Dem Ausschuß erscheint es angebracht, erneut darauf hinzuweisen, daß im vorliegenden Fall die Treuepflicht gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung allen Beamten auf Grund ihres Rechtsstatus als Beamte und ohne Differenzierung nach ihren Aufgaben auferlegt wird. Die Übernahme einer politischen Ansicht, wie z. B. die Identifizierung mit den Zielen der DKP, die als unvereinbar mit der Treuepflicht betrachtet wird, stellt nach Ansicht der Behörden und der Gerichte einen ausreichenden Grund für die Entlassung eines Beamten dar, unabhängig von seinen Aufgaben und ohne Prüfung der Frage, ob die Übernahme der betreffenden Ansicht durch eine Person in der spezifischen Position die Sicherheit des Staates gefährdet hat oder gefährden kann. Die Lage wird im Fall von Lehrern besonders

deutlich. Eine der dem Ausschuß vorliegenden Gerichtsentscheidungen betraf die Entlassung eines Lehrers, der bei Wahlen für die DKP kandidiert und sich damit nach Ansicht des Gerichts mit den Zielen der Partei identifiziert und auf diese Weise seine Treuepflicht als Beamter verletzt hatte. Der Ausschuß findet, daß die Übernahme einer bestimmten politischen Ansicht durch einen Lehrer und sein Bestreben, dieser Ansicht durch Beteiligung an den Tätigkeiten einer politischen Partei und am Wahlverfahren Ausdruck zu geben, als solche die Sicherheit des Staates nicht mehr gefährden können als im Fall irgendeines anderen Staatsbürgers.

48. Der Ausschuß stellt fest, daß in den Fällen, in denen Maßnahmen gegen Beamte wegen des Vorwurfs der Verletzung ihrer Treuepflicht getroffen wurden und über die dem Ausschuß Unterlagen zur Verfügung standen, nicht behauptet wurde, daß die Beamten Gewalt oder verfassungswidrige Mittel angewandt oder ihre Anwendung empfohlen hätten. Sie hatten vielmehr ihre politischen Tätigkeiten offen und im Rahmen einer rechtmäßigen politischen Partei ausgeübt und soweit sie bei Wahlen kandidiert hatten, dies in Übereinstimmung mit dem üblichen Wahlverfahren und in Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte getan. Solche Tätigkeiten können nicht als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit betrachtet werden.

49. Der Ausschuß gelangt deshalb zu der Schlußfolgerung, daß die Beamten in der Bundesrepublik Deutschland auferlegte Treuepflicht in Anbetracht ihres weiten Anwendungsbereichs und so wie sie gegenwärtig ausgelegt wird, über die durch Artikel 4 des Übereinkommens zugelassenen Maßnahmen hinausgeht.

...

Die Empfehlungen des Ausschusses

53. Der Ausschuß empfiehlt dem Verwaltungsrat,

a) diesen Bericht und insbesondere die Schlußfolgerungen in Absatz 40 und 49 zu billigen, nämlich, daß die den Beamten in der Bundesrepublik Deutschland auferlegte Pflicht der Treue zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wegen ihres allgemeinen Anwendungsbereichs und so, wie sie gegenwärtig ausgelegt wird, über das hinausgeht, was nach Artikel 1, Absatz 2 und Artikel 4 des Übereinkommens Nr. 111 zulässig ist;

b) die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen, in Anbetracht der vorgenannten Schlußfolgerungen und der Erläuterungen, die ihnen zugrunde liegen und im vorliegenden Bericht dargelegt werden, die Situation hinsichtlich der Maßnahmen zu überprüfen, die die Beschäftigung im öffentlichen Dienst berühren und auf der Treuepflicht gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fußen, und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Übereinkommens Nr. 111 in dieser Hinsicht zu gewährleisten;

c) die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ersuchen, in ihren Berichten über die Durchführung des Übereinkommens Nr. 111 gemäß Artikel 22 der Verfassung der IAO umfassend über die Ergebnisse der vorstehend empfohlenen Überprüfung zu berichten und über alle des weiteren ergriffenen Maßnahmen, um die Einhaltung des Übereinkommens Nr. 111 gegenüber öffentlich Bediensteten zu gewährleisten;

d) das Verfahren über die vorliegende Beschwerde für abgeschlossen zu erklären.

Genf, den 18. Februar 1985

Frankreichs Postler gegen Berufsverbote

Interview mit Albert le Guern, Vorsitzender der CGT-Postgewerkschaft

In einem Film, der anlässlich eines Besuches von Berufsverboteopfern in Paris gedreht wurde, nimmt Albert le Guern, Vorsitzen-

der der CGT-Postgewerkschaft, zu der Einschränkung demokratischer Rechte in der Bundesrepublik Stellung. Nachfolgend dokumentieren wir das uns in Übersetzung vorliegende Interview.

Frage: Welche Meinung hast du zu den Berufsverboten in der BRD?

Albert le Guern: Meine erste Reaktion entspricht dem, was jeder freiheitsliebende Mensch denkt: Es ist widersinnig, Menschen wegen ihrer politischen Meinung zu diskriminieren und zu unterdrücken. Ich verstehe es nicht und lehne deswegen Berufsverbote ab.

Frage: Was will die CGT-Postgewerkschaft gegen die Berufsverbote in der BRD tun?

Albert le Guern: Sie versucht, eine Massenbewegung unter den Postbeschäftigten ins Leben zu rufen. Auch im Falle der Berufsverbote muß eine Situation geschaffen werden, in der sich das Kräfteverhältnis zugunsten derjenigen entwickelt, die gegen die Verletzung der Menschenrechte kämpfen. Vorrangig sehen wir unsere Aufgabe darin, die Postbeschäftigten über die Berufsverbotspraxis, speziell bei der Post in der BRD zu informieren. Dann werden wir dafür sorgen, daß eine einigende Bewegung unter den Postbeschäftigten sich dafür einsetzt, daß der Berufsverbotspraxis ein Ende gesetzt wird.

Frage: Sind Berufsverbote in Frankreich denkbar?

Albert le Guern: Man kann sich alles vorstellen. Was wir im Moment in unserem Land erleben, ist ein Kampf zwischen den Kräften des Fortschritts und denen der Reaktion. Letztere verteidigen ihre Privilegien. Und die Geschichte unseres Landes zeigt, daß die Reaktion nicht gezögert hat, die elementarsten Freiheiten zu beschneiden. Viele Mitglieder unserer Postgewerkschaft sind aufgrund ihres politischen Kampfes und ihres gewerkschaftlichen Engagements verfolgt worden. 1981 wurde das neue Amnestiegesetz verabschiedet, und 20.000 Postbeschäftigte wurden amnestiert. Sie waren wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten verurteilt worden. Also können wir sagen, daß Repression in unserem Land keine unbekannte Größe ist. Es ist auch bei uns eine Machtfrage. Wie wir zur Zeit feststellen, ist der Druck gegen gewerkschaftliche Rechte und Aktivitäten sehr stark. Dieser Trend zur Repression vollzieht sich vor dem Hintergrund der Krise, die man den Arbeiterinnen und Arbeitern als „schicksalhaft“ einreden möchte. Wenn die Mittel der Überzeugung nicht greifen, versucht es die Reaktion mit der Repression. Dies ist in der Geschichte unseres Landes schon der Fall gewesen und kann erneut in Frankreich geschehen.

Frage: Kann in Frankreich ein Mitglied der kommunistischen Partei bei der Post arbeiten?

Albert le Guern: Ja, zur Zeit gibt es unserem Land kein Berufsverbot für Kommunisten, und die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei ist kein Kriterium für die Beschäftigung bei der Post.

Frage: Welche konkrete Form wird eure Aktion haben?

Albert le Guern: Wir wollen zunächst bei unseren eigenen Mitgliedern und bei den Postbeschäftigten eine breite, einheitliche Bewegung gegen die Berufsverbote in der BRD schaffen. Wir werden dann die neuesten Informationen, die ihr uns bei eurem Besuch gegeben habt, an den Postminister weiterleiten. Es geht darum, auf die ganze Problematik der Berufsverbote in der BRD aufmerksam zu machen. Andererseits stehen wir im Kampf um den Frieden. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Frieden und dem Kampf für die Grundrechte. Die Friedensbewegung spielt in unseren beiden Ländern eine wichtige Rolle. Von Seiten der Reaktion werden dieselben „Argumente“ bei uns wie bei euch vorgebracht: Die Friedenskämpfer seien im Dienste einer ausländischen Macht und bloßes Anhängsel einer Partei.

Abschließend möchte ich folgendes sagen: Es gibt drei Punkte, die ich klarstellen möchte in bezug auf die Aktivitäten der CGT-Postgewerkschaft gegen die Berufsverbote in der BRD:

1. stellen diese Aktivitäten keine antideutsche Kampagne dar, sondern unterstützen das deutsche Volk und die Demokratie.

2. kann man unseres Erachtens die Frage der Berufsverbote in der BRD nicht isoliert betrachten. Sie hängt einerseits mit der Verteidigung der Menschenrechte, andererseits mit der Verteidigung der Interessen der Arbeiter und des ganzen Volkes eng zusammen.

3. sind die Berufsverbote in der BRD eine Frage, die weit über die Grenzen der BRD Bedeutung hat. Und in diesem Sinne muß man betonen, daß diese Frage die Ländergemeinschaft, insbesondere in Westeuropa, betrifft und von daher für die Gesamtheit der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa von Belang ist. Dies um so mehr, als überall in Westeuropa gewerkschaftliche Rechte und Aktivitäten in unterschiedlichem Ausmaß immer wieder beschnitten werden.

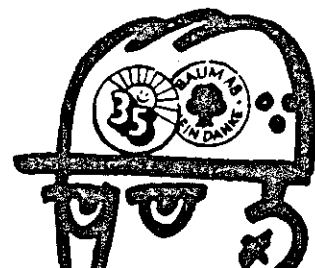


nachrichten-reihe
32

Gewerkschaften und Ökologie

Edgar Gärtner

Nachrichten
Verlags
Gesellschaft



Der Autor untersucht die DGB-Umweltpolitik vom Beginn der siebziger Jahre bis in unsere Tage mit dem jüngsten DGB-Positionspapier „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“. Der Einfluß der kapitalistischen Krise seit 1974/75, der SPD-Umweltprogramm mit Plänen für Milliardensubventionen an die Wirtschaft sowie die Politik der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung und das Verhältnis Gewerkschaften – GRÜNE werden dabei natürlich ebenfalls analysiert.

Edgar Gärtner zeichnet ein differenzierteres Bild gewerkschaftlicher Umweltpolitik als es „grüne“ Kritiker als auch unkritische Verteidiger des gewerkschaftlichen Kurses gerne wahrhaben möchten.

Im Anhang sind programmatische Aussagen des DGB – von den Thesen des Umweltschutzprogramms 1974 bis zum Positionspapier 1985 – dokumentiert.

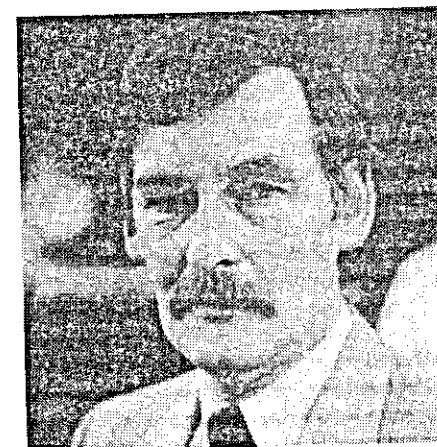
Preis des Einzelheftes: 6,- DM; im Dauerbezug: 5,- DM inkl. Zustellgebühr (in der nachrichten-reihe erscheinen etwa vier Hefte pro Jahr). ISBN 3-88367-058-8

RFFU billigte Satzungsentwurf für Mediengewerkschaft

Ohne Gegenstimmen hat der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) vom 19. bis 23. Mai in Mannheim den Satzungsentwurf für die Übergangsstufe der geplanten IG Medien und Kunst, Druck und Papier verabschiedet. Damit ist eine wesentliche Hürde genommen, so daß nach den außerordentlichen Gewerkschaftstagen der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst (die RFFU ist ein Teil dieser Gewerkschaft) Anfang bzw. Mitte Juni im Herbst des Jahres die Übergangssatzung der neuen Medien-gewerkschaft im DGB in Kraft treten kann.

Die 192 Delegierten, die knapp 20.000 Mitglieder repräsentierten, tagten unter den Losungen: „Meinungsfreiheit, Mitbestimmung, Mediengewerkschaft.“ Nur in wenigen Punkten änderten die Delegierten den Entwurf für die Übergangssatzung der vereinigten Mediengewerkschaft. Beispielsweise wurde bei den Grundsätzen und Zielen neu aufgenommen, daß sich die Gewerkschaft aktiv für die Abrüstung einsetzt und sich ebenfalls um die Interessenvertretung der Arbeitslosen kümmert.

Problematischer ist eine Reihe von Vorbehalten, die der Gewerkschaftstag für die Satzung der Endstufe erhoben hat, die nach drei Jahren in Kraft treten und die jetzt beschlossene Kartellphase beenden soll. Eine Reihe dieser Vorbehalte, z.B.



Der neue RFFU-Vorsitzende Dr. Dieter Schickling, geboren am 20. August 1939, ist von Beruf Journalist und als Ressortleiter Innenpolitik beim Süddeutschen Rundfunk (SDR) tätig. Seit 1968 gehört er der RFFU an und wurde in zahlreiche Funktionen gewählt. Schickling war u.a. sieben Jahre Verbandsvorsitzender Süddeutscher Rundfunk. Er ist Mitglied der RFFU-Kommission Medienpolitik und Mitbestimmung. Seit April 1985 vertritt er als SDR-Personalratsvorsitzender die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen.

die Quotierungen bei Delegiertenkonferenzen, die Rolle der Personengruppen und die Beitragsregelungen sind insbesondere in der IG Druck und Papier umstritten. Entscheidend wird es während der Übergangsphase sein, daß vor Ort ei-

ne enge Zusammenarbeit und ein gemeinsames Handeln gegenüber der Koalition von Multimediakonzernen und Regierung im Interesse der Beschäftigten des gesamten Medienbereichs erfolgt.

Das neu beschlossene medienpolitische Konzept, welches das von 1976 ablöst, setzt sich für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Status von Rundfunk und Fernsehen ein und verlangt zugleich Mitbestimmung bei der Programmgestaltung und in personellen Fragen. Wenn auch die Absage an den Kommerzfunk bekräftigt wird, zeigen sich zugleich Tendenzen in Richtung von Hinnehmen der geschaffenen privaten Funkeinrichtungen, die eindeutig gegen bestehendes Recht verstoßen. Kritiker haben die Installierung privater Rundfunk- und Fernseheinrichtungen mit der Notstandsgesetzgebung in den sechziger Jahren verglichen.

Auf die Gefahren, die sich aus dem Kommerzfunk ergeben, hat auch der DGB-Vorsitzende Ernst Breit in seinem vielbeachteten Grundsatzreferat auf dem Gewerkschaftstag hingewiesen. Wörtlich führte er aus: „Die Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen läßt befürchten, daß es nicht in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen aus dem Pressebereich sind, die sich als neue Programmanbieter auf den Medienmarkt drängen, um hier zu partizipieren. Es sind vielmehr die heute schon vorherrschenden Medienmultis, die sich zu neuen Machtkonstellationen im Rundfunkbereich zusammenschließen, um bei der Neuauftellung des Werbemarktes die Nase vorn zu haben... Die damit entstehenden Doppelmonopole im Print- und Rundfunkbereich stellen eine Informations- und Meinungsmacht dar, die unsere Medienlandschaft in erheblichem Umfang der Einseitigkeit auszuliefern droht.“

Diese ganze Problematik fand in den Diskussionen zum Geschäftsbericht und bei der Antragsdebatte während des Gewerkschaftstages ebenso ungenügende Beachtung wie die Solidarität mit der IG Druck und Papier, die im vergangenen Jahr den härtesten Arbeitskampf ihrer Geschichte führte. So ist es auch bedauerlich, daß ein vorliegender Antrag zur 35-Stunden-Woche aus Zeitgründen nicht

beraten, sondern dem neuen geschäftsführenden Hauptvorstand als Material überwiesen wurde.

Eine der Ursachen dafür war die einen ganzen Tag andauernde Personaldebatte über die Neubesetzung des geschäftsführenden Hauptvorstandes (GHV). Schon im Vorfeld des Gewerkschaftstages hatte eine Gruppe von Funktionären der RFFU auf mehreren von einzelnen Senderverbänden organisierten bundesweiten Tagungen Kritik an dem bisherigen GHV geübt und sich als eine personelle Alternative angeboten. Ausgelöst wurde die Kritik und die Opposition an der Absicht des bisherigen GHV, Tarifverhandlungen über den Bestandsschutz für freie Mitarbeiter mit Zugeständnissen in Richtung Zeitverträge für Festangestellte bei den Rundfunkanstalten zu koppeln. Im Ergebnis in einer oft bis an den Rand des Erträglichen gehenden Personaldebatte ist mit Dieter Klein im neuen Vorstand nur noch ein Mitglied des alten Gremiums vertreten. Der bisherige RFFU-Vorsitzende Alfred Horné, der die Funktion sechs Jahre innehatte, verzichtete von vornherein auf eine Wiederwahl, bleibt aber weiterhin Vorsitzender der Gewerkschaft Kunst und soll wäh-

Wahlergebnisse

Die 192 Delegierten wählten in den geschäftsführenden Hauptvorstand:

	Jastimmen
Vorsitzender:	
Dieter Schickling, 46	113
Mitglieder:	
Hans Diedenhofen, 42	113
Dieter Klein, 48	109
Sabine Seifert	108
Axel Becker, 44	99
Die bisherigen Vorstandsmitglieder Jürgen Schröder-Jahn (80 Jastimmen), Rudolf Syrowy (79 Jastimmen) sowie der Kandidat Thomas Sprengel (80 Jastimmen) erhielten nicht die erforderliche Mehrheit.	

rend der Übergangsstufe einer der beiden Vorsitzenden der Mediengewerkschaft werden. Irene Edenhofer kandidierte aus Altersgründen nicht mehr.

Die sogenannten Freien, die etwa 20 Prozent der Mitglieder der RFFU stellen, haben bedauert, daß mit der Nichtwiederwahl von Jürgen Schröder-Jahn nunmehr kein freiberuflich Tätiger mehr dem Hauptvorstand angehört. Auch die kleinen Sender- und Filmverbände waren mit den Mehrheitsentscheidungen nicht einverstanden.

Entscheidende Bewährungsprobe für den neuen Vorstand und der gesamten RFFU wird sein, wie es gelingt, gemeinsam mit der IG Druck und Papier und den anderen Verbänden der Gewerkschaft Kunst, die Mediengewerkschaft im DGB zu gründen, zu entwickeln und zu einer schlagkräftigen Interessenvertretung gegenüber den mächtigen Medienmultis zu machen.

Werner Petschick

Gewerkschaft Leder hat große tarifpolitische Aufgaben vor sich

Die Entscheidungsgremien werden zum gegebenen Zeitpunkt die Position der Gewerkschaft Leder zur Verkürzung der Arbeitszeit über das Jahr 1988 hinaus formulieren. „Dabei sollte insbesondere die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gefordert werden.“ Mit dieser Formulierung in der Vorstandsentschließung Nr. 16, die mit großer Einmütigkeit angenommen wurde, gaben die 99 Delegierten des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der traditionsreichen Organisation ein erstes Signal für eine zukünftige Tarifpolitik in der Lederwirtschaft in Richtung 35-Stunden-Woche.

Zugleich waren mit dieser Entschließung drei Anträge zur 35-Stunden-Woche aus den Ortsverwaltungen Pirmasens II, Kornwestheim und Offenbach von den Delegierten, die vom 21. bis 24. Mai in der Augsburger Kongreßhalle unter dem Motto „Arbeit für alle – Solidarität ist unsere Stärke“ tagten, als Material an den Hauptvorstand verwiesen. Gleiches geschah mit den meisten der tarifpolitischen Anträge, die sich zum größten Teil auf konkrete Einzelbestimmungen bestehender Entgelt- sowie Manteltarife bezogen.

Werner Dick, bisher für Tarifpolitik zuständiger 2. Vorsitzender, der mit großem Vertrauensbeweis zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde, nannte es in seinem mündlichen Geschäftsbericht eine „zentrale Aufgabe“ der kommenden Jahre, sechs Wochen Urlaub für alle in der Lederwirtschaft zu erreichen. In der lederenzeugenden sowie der Lederwaren- und Kofferindustrie ist dies bisher nur für wenige, in der Schuhindustrie erst nach 25jähriger Betriebszugehörigkeit erreicht.

Insgesamt gestaltete sich die Tarifarbeit der Ledergewerkschaft in den letzten Jahren schwieriger. Ihr gelang es zwar, in der lederenzeugenden sowie in der Lederwaren- und Kofferindustrie Vorruhestandsregelungen durchzusetzen, im letztgenannten Bereich allerdings nur mit einem sog. „Überforderungsschutz“ von 2 Prozent, der in einigen Betrieben deshalb für Unruhe sorgte, weil nun teilweise Unorganisierte in den Genuß dieser Regelung gelangen und dadurch anspruchsberechtigte Gewerkschafter außen vor bleiben. Die Gewerkschaft will dagegen arbeitsrechtlich angehen. Härter wurden vor allem in den letzten Jahren die Tarifaufeinanderstellungen in der Schuhindustrie. Hier waren die Unternehmer auch Anfang dieses Jahres zu einer Vorruhestandsregelung nicht bereit. Erst die Mobilisierung der Mitgliedschaft mit einer zentralen Funktionärskonferenz in Offenbach sowie einzelne Warnstreiks brachten schließlich zwei freie Tage für die Beschäftigten ab 58 Jahren, zusätzlich einen freien Tag für alle, zwei Tage ab 10jähriger Betriebszugehörigkeit, sowie 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Der Delegierte Fritz Neumeister, Göppin-

gen, kritisierte in der Diskussion zum Geschäftsbericht den späten Zeitpunkt dieser Funktionärskonferenz. Er hatte sich zudem den stärkeren Einsatz gewerkschaftlicher Druckmittel gewünscht: „Die Kollegen waren kampfbereit.“ Walter Gehring, Münchweiler, fragte nach der Durchsetzung der Tarifverträge in den Betrieben und stellte fest, daß immer öfter Lohnerhöhungen mit übertariflichen Leistungen angerechnet würden. Der „nackte Tariflohn“ aber befinde sich „nahe am Sozial-

Wahlen zum gHV

	Ja-Stimmen
Werner Dick, 49 1. Vorsitzender	94
Heinrich Zimmermann, 44 2. Vorsitzender	55
Georg Dittrich, 54 weiteres gHV-Mitglied	73

hilfssatz“ (Tariflohn: zwischen 6 und 11 DM brutto pro Stunde).

Weitere im Geschäftsbericht wie in der Diskussion angesprochene Probleme waren die gewerkschaftliche Schulungsarbeit, die Angestellten- und Jugendarbeit. Letztere gestaltet sich zunehmend schwieriger, da auch in der Lederwirtschaft immer weniger Jugendvertretungen zu wählen sind. 1984 wurden noch 83 Jugendvertreter in 55 Betrieben gewählt (1980: 268 in 108 Betrieben). Die Delegierten, darunter nur 5 unter 30 Jahren, forderten daher in Anträgen die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, Jugend- und Ausbildungsververtretungen zu schaffen.

Im Berichtszeitraum 1980–1984 verlor die Gewerkschaft Leder insgesamt 12,2 Prozent ihrer Mitglieder; sie zählte Ende 1984 noch 46381. Ihr Organisationsgrad erhöhte sich dagegen von 48,9 auf 50,2 Prozent. Sehr erfreulich ist, daß 50 Prozent der Frauen in der Lederwirtschaft gewerkschaftlich organisiert sind. Nach den letzten Betriebsratswahlen stellen sie 37 Prozent der Betriebsratsmitglieder. Allerdings waren auf dem Kongreß nur 22 weibliche

Delegierte; beim vorhergehenden waren es 33.

Die Gewerkschaft Leder bedrückt am stärksten das Problem Arbeitslosigkeit, besonders bei Frauen und Jugendlichen. Oft in strukturschwachen Regionen angesiedelt, finden Entlassene kaum mehr Arbeit. Stark zu schaffen macht ihr auch die Handelspolitik. Rund 78 Prozent der in der BRD verkauften Schuhe sind Importware, dagegen werden nur 30 Prozent der hier produzierten exportiert. Mit nur geringer Hoffnung auf Verwirklichung bei der derzeitigen politischen Lage, in der BRD wie in der EG, strebt die Gewerkschaft wie in der Textilindustrie ein Weltschuhabkommen an, das die Ex- und Importquoten regeln soll.

Alle Redner, sowohl Werner Dick wie der SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischniewski, Anke Fuchs, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, und DGB-Vorsitzender Ernst Breit griffen die unsoziale Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Bundesregierung an. Breit zog eine Halbeitzbilanz: „Regierungskoalition und Bundesregierung sind aus Sicht der Arbeitnehmer mit ihrer Politik – zumindest bisher – gescheitert.“ Er könne nicht daran glauben, daß in nächster Zeit eine deutliche Wende zum Besseren eintreten werde. Der Vertreter der CDU, CDA-Hauptgeschäftsführer Heribert Scharrenbroich, gab in Erwiderung auf Wischniewski zu, daß „zuwenig getan worden ist“. Wenn die Delegierten ihm aber schon nicht glauben mögen, daß die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit aus sozialer Verantwortung bekämpfen wolle, dann „wenigstens, weil die Bundesregierung wiedergewählt werden will“.

Die Delegierten verabschiedeten oft einmütig eine große Anzahl der rund 150 Anträge zur Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, sowie zu Satzungsänderungen. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe eine Auswahl dokumentieren. Die Satzung wurde u. a. dahingehend geändert, daß Jugendliche, die eine Beschäftigung in der Lederwirtschaft erstreben, Mitglied werden können. Die Mitgliedschaft wird erst voll wirksam bei Arbeitsaufnahme. Lange und leidenschaftlich diskutierten die Delegierten eine neue Beitragsordnung und über die Wiedereinführung eines Rentnerbeitrages. Letzterer wurde abgelehnt.

Die Gewerkschafter, die ihre Organisation als eine große Familie empfinden, verabschiedeten den erkrankten bisherigen Vorsitzenden Wilhelm Kappellmann, der das Amt erst 1983 angetreten hatte. An die Stelle von Werner Dick wurde zum 2. Vorsitzenden der bisherige Bezirksleiter Süd-West, Heinrich Zimmermann, gewählt (siehe Kasten). Erhoben von dem Gefühl, einer „kleinen, aber finanzstarken“ (Georg Dittrich) Gewerkschaft anzugehören, die es nicht nötig hat, über eine Fusion mit einer anderen auch nur nachzudenken (Werner Dick), verließen die Delegierten nach arbeitsreichen Tagen die 2000 Jahre alte Kongreßstadt Augsburg.

Bernhard Keßeler

Für Verwaltungsstelle Reutlingen ist das Maß nun endgültig voll

Am 25. April führte die Verwaltungsstelle Reutlingen der IG Metall in der Stadthalle Metzingen eine große Funktionärskonferenz durch. Im Mittelpunkt standen die anstehenden Vertrauensleutewahlen. Bereits in der Einladung wurde darauf verwiesen, daß die Weichen auf Abbau der sozialen Errungenschaften stehen, die sich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit erkämpfte. In dieser Situation seien die Gewerkschaften aufgerufen, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verteidigen und innerhalb und außerhalb der Betriebe zu handeln.

Die Ortsverwaltung hatte einen guten Griff getan, als Referenten den 1. Bevollmächtigten der IGM-Verwaltungsstelle Nürnberg und Mitglied des Vorstandes der IG Metall, Gerd Lobodda, einzuladen. Mit seiner kämpferischen Rede in einer Sprache, die auch in der IG Metall noch nicht überall zu hören ist, ging er mit der Politik von Kapital und Kabinett ins Gericht.

Der IG-Metall-Funktionär erinnerte an den Bauernkrieg vor mehr als 450 Jahren. Wie damals sei es auch heute wieder notwendig, der Obrigkeit Schwierigkeiten zu machen. Thomas Müntzer habe im Hinblick auf die vorherrschende Ungerechtigkeit im Lande die Meinung vertreten, daß man einen „Schlegel doppelten Gewichts“ benötige, „um diese Bande zu zerschlagen“.

Heute werde zunehmend ein Kampf um die Köpfe geführt. Der Gegner versuche zu verwirren, Scheinalternativen zu entwickeln und falsche Sündenböcke zu suchen. So werde beispielsweise die Aufrüstung als Nachrüstung verkauft und der Sozialabbau als Stabilisierung des Leistungssystems.

Die Gewerkschaften müßten den Mut aufbringen, neue Wege zu beschreiten. Frei und offen über alle Probleme zu diskutieren, müsse in der IG Metall selbstverständlich sein. Wenn immer mehr Belegschaften vor der Alternative stünden, entweder kampfflos in die Dauerarbeitslosigkeit zu gehen oder mit allen legalen und legitimen Mitteln ihren angestammten Arbeitsplatz zu verteidigen, müsse auch die Betriebsübernahme durch Belegschaften ebenso selbstverständlich zur gewerkschaftlichen Handlungsstrategie gehören wie eine aktive Tarifpolitik. Bei Angriff auf Leib und Leben bestehe ein Notwehrrecht. Da sei es doch irrsinnig, sich bei der Vernichtung von Existenzen nicht zu wehren. So wie die Unternehmer ihren Privatbesitz verteidigen, müßten sich die Gewerkschafter der Enteignung ihrer Arbeitsplätze widersetzen und immer wieder beweisen, daß man auch unter schwierigeren Bedingungen kämpfen könne. Es sei auch notwendig, aus der Geschichte zu lernen, um Fehler nicht noch einmal zu begehen.

In der Diskussion wurden Loboddas Ausführungen unterstützt und durch betriebli-

che Erfahrungen ergänzt. Karl Lutz betonte die Notwendigkeit, die Anstrengungen gegenüber der Politik dieser Regierung auch außerparlamentarisch zu verstärken. Die Vertrauensleutewahlen seien eine wichtige Voraussetzung, um die Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Wenn manche fragten, wer denn im Betrieb die Vertrauensleute schütze, dann sage er: Die Gewerkschaft müsse sich darum sorgen, daß die bewußtesten und engagiertesten Gewerkschafter als Vertrauensleute gewählt würden. Als es jetzt bei der Umsetzung des Tarifvertrages über die Arbeitszeitverkürzung zu Schwierigkeiten gekommen sei, hätten die Beschäftigten zu Hunderten die Betriebsratsprechstun-

Führt die Quotierung für Frauen schneller zur Gleichberechtigung?

In der gewerkschaftlichen Frauenarbeit wird nicht ohne Stolz auf die zunehmende Bereitschaft der berufstätigen Frauen, sich für die eigenen Rechte zu engagieren, hingewiesen. Dies drückt sich nicht zuletzt auch in einem wachsenden Anteil an der Gesamtmitgliedschaft aus. Ende 1984 – das sind die jüngsten Zahlen – waren 21,6 Prozent aller Mitglieder von DGB-Gewerkschaften Frauen. Angesichts solcher Erfolge der gewerkschaftlichen Frauenpolitik werden die realen Schritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung als unbefriedigend empfunden.

Und angesichts der zunehmenden Angriffe auf die Rechte der Frauen durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit und den familienpolitischen Rückwärtsgang der Bundesregierung stellt sich für viele Gewerkschaftsfrauen die Frage, welche neuen erfolgversprechenden Methoden angewandt werden könnten. Die Stichworte der gegenwärtigen Diskussion lauten Quotierung und Frauenförderpläne. Bereits auf dem Gewerkschaftstag der HBV im vergangenen Jahr entzündete sich eine Diskussion darüber, wie innerhalb der Organisation mit 56 Prozent weiblichen Mitgliedern eine stärkere Berücksichtigung von Frauen in den Gremien und Vorständen zu gewährleisten sei. Vertreterinnen des Hauptfrauenausschusses forderten in einem Satzungsantrag, die Zahl der weibli-

de genutzt. Der Unternehmer habe gedroht, die Arbeitszeit nicht zu bezahlen. Er habe gezahlt. Die Schlußfolgerung lautet: „Nicht Anbiederung und Sozialpartnerschaft bringt uns voran, sondern klare Interessenvertretung.“

Walter Greiner vermerkte, daß der Ton der Unternehmer rüder geworden sei. Deshalb gewönnen aktive Vertrauensleute zunehmend an Bedeutung. Bei Elring habe die Belegschaft erkannt, daß die Gewerkschaft die Kraft habe, Rechte im Betrieb durchzusetzen. Aber aktive Vertrauensleute würde es nicht von selbst geben. Bei Elring habe man Jahre gebraucht. Viel Zeitaufwand sei nötig, viele Gespräche müßten geführt werden, Kollegen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Der Betrieb sei der Ort, wo die Gewerkschaft auf dem Prüfstand stehe und an ihren Leistungen gemessen werde. Günter Schwarz warnte davor, sich bei der Umsetzung des Tarifvertrages zu sehr auf die Rechtsebene drängen zu lassen. Sicherlich seien Verlautbarungen und Presseerklärungen wichtig. Aber nur, „wenn wir Flagge zeigen“, sagte er, „werden wir ernst genommen“. Deshalb sei auch ein „heißer Herbst“ notwendig.

Ganz entschieden sprach sich Ernst Blinzinger gegen „Kamingespräche“ und gegen eine große Koalition aus. Es sei zwar nicht einfach, Kolleginnen und Kollegen für eine aktive Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen, man dürfe jedoch nicht nachlassen. Heinz Schäfer

chen Mitglieder des Hauptvorstands um zwei zu erhöhen, wobei der Hauptfrauenausschuß ein Vorschlagsrecht erhalten solle.

Unter Hinweis auf die mangelhafte Repräsentanz von Frauen maskten – männliche und weibliche – Diskussionsteilnehmer geltend, daß die Benachteiligung der Frauen nur dadurch wettgemacht werden könne, daß für eine Übergangszeit ein prozentualer Anteil (Quote) von Funktionen für Gewerkschafterinnen vorbehalten bleiben müsse. Dies sei notwendig, um der Frauenarbeit auch das entsprechende Gewicht in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung insgesamt zu verleihen. Gemessen an diesen Notwendigkeiten wurde die Forderung, zwei weitere Sitze

im Hauptvorstand mit Frauen zu besetzen, als sehr zurückhaltend beurteilt.

Demgegenüber machten die Gegner einer solchen Regelung, vorwiegend Frauen, darauf aufmerksam, daß es der falsche Weg sei, Funktionen aufgrund der Geschlechterzugehörigkeit zu verteilen. Inhaltlichen Problemen wie der Unterschätzung gewerkschaftlicher Frauenarbeit innerhalb der Organisation oder auch der Schwierigkeit, Positionen mit qualifizierten Gewerkschafterinnen zu besetzen, dürfte nicht mit Formalitäten begegnet werden. "Alibifrauen" würden dann dazu mißbraucht, Defizite in der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit zu verkleistern.

Unter dem Motto "Wir Frauen wollen keine Quote sein" führte Hilde Just, Bundesfrauensekretärin der ÖTV, die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag ebenfalls im vergangenen Jahr. Bei einer grundsätzlichen Ablehnung der Quotierung für die eigene Organisation oder für die Arbeitsplätze insgesamt verlangte sie aber "starke Quoten" für den Bereich der beruflichen Bildung. Von den Gegnern solcher Quotierungen wurde auch hier eingewandt, daß mit formalen Regelungen die – von keiner Seite unterschätzten – Probleme der berufstätigen Frauen nur verschoben oder verdeckt würden. Statt des gemeinsamen Kampfes von Männern und Frauen sei ein Konkurrenzkampf um die festzulegenden Quoten zu befürchten. Den Kampf gegen die Diskriminierung der lohnabhängigen Frauen wollen diese Gewerkschafterinnen auf alle Fälle gemeinsam mit den männlichen Kollegen führen – und nur ihn halten sie auch für erfolgversprechend. Bleibt hinzuzufügen: ein rein formaler Lösungsansatz, wie ihn die Quotierung darstellt, kann sehr schnell Spaltungstendenzen innerhalb der abhängig Beschäftigten hervorrufen oder verstärken. Denn er weist in eine Richtung, die vorhandenen Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze innerhalb der Lohnabhängigen umzuverteilen. Die Unternehmer als Zerstörer von Arbeitsplätzen blieben aus der Verantwortung.

Einen differenzierteren Weg suchen die Frauenförderpläne. Auch hier verweist der Slogan "Her mit unserer Hälfte" darauf, daß der Gedanke der Quotierung Pate gestanden hat. Aber es werden – wie beispielsweise in einem Antrag zur hessischen DGB-Frauenkonferenz am 1. Juni – konkrete Schritte formuliert, zum Beispiel die Bevorzugung von Firmen bei der Vergabe von Subventionen und öffentlichen Aufträgen, in denen Frauenförderprogramme für Ausbildung, Beschäftigung und Weiterbildung von Frauen bestehen. Der Initiative der hessischen DGB-Frauen hat sich der Landesbezirksvorstand angeschlossen und in Abstimmung mit dem Betriebsrat im Februar 1985 ein "Programm zur beruflichen Förderung von Frauen für den haupt- und ehrenamtlichen Bereich" verabschiedet, das sicherlich auch Anregungen liefert für die DGB-Bundesfrauenkonferenz, die vom 14. bis 16. November in Ludwigshafen stattfindet.

Renate Bastian

DGB-Kreisvorsitzender ist Geuenich-Nachfolger

Auf einer außerordentlichen Landesbezirksdelegiertenkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen wurde am 20. Mai in Düsseldorf der bisherige DGB-Kreisvorsitzende von Euskirchen, Heinz Dieter Mahlberg, als Nachfolger für den in den Bundesvorstand aufgerückten Michael Geuenich zum Landesbezirksvorsitzenden von über zwei Millionen in Nordrhein-Westfalen organisierten Gewerkschaftern gewählt. Mahlberg, Jahrgang 1941, seit 1954 Gewerkschaftsmitglied, erhielt von den 81 möglichen Stimmen 74. Seine Gewerkschaftslaufbahn führte von der Gewerkschaft der Eisenbahner, in die er schon als Auszubildender eintrat, über die Akademie der Arbeit zum Rechtssekretär der IG Metall und DGB-Sekretär am linken Niederrhein.

In seiner mit starkem Beifall aufgenommenen Antrittsrede stellte der neue DGB-Landesbezirksvorsitzende den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Seit 1980 habe jeder achte Beschäftigte in NRW seinen Arbeitsplatz verloren, erinnerte Mahlberg. Zu den gegenwärtig 730 000 registrierten Arbeitslosen im größten Bundesland müsse man als besonders ernstes Problem die "verdeckte Arbeitslosigkeit" in Betracht ziehen. Auch wenn die in Bonn amtierende Kohl-Regierung für diese Situation die Hauptverantwortung trage, sei es die Pflicht der neugewählten Landesregierung unter Ministerpräsident Rau, das Ihrige zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beizutragen, erklärte Heinz Dieter Mahlberg. Die Arbeitnehmer, die Rau gewählt hätten, erwarteten nun auch, daß ihre Interessen entscheidend berücksichtigt würden p. b.

DPG: „Politische Ungeheuerlichkeit“

Als „politische Ungeheuerlichkeit“ des Postministers hat es der DPG-Vorsitzende van Haaren bezeichnet, daß Auftragsgutachten über die Bundespost in die Öffentlichkeit lanciert wurden, ohne vorher den Fachverband und Rat betrieblicher Fachleute, der Gewerkschaft und der Personalräte einzuholen. Die Deutsche Postgewerkschaft, die 73 Prozent aller Beschäftigten organisiert hat und rund 90 Prozent aller Personalräte bei der Bundespost stellt, verwahre sich entschieden dagegen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als seien die 540 000 Beschäftigten unfähig, unwillig und faul. U. a. erhob der DPG-Vorsitzende in der am 20. Mai veröffentlichten Erklärung Protest gegen die in dem Gutachten genannten völlig unrealen und unverantwortlichen Zahlen über möglichen Personalabbau. In diesem Zusammenhang wies van Haaren darauf hin, daß rund 75 Prozent der Postler aufgrund der immensen beruflichen Belastungen vorzeitig vom Amtssitz „kaputtgeschrieben“ werden.

PERSONALIEN

Hans Herdlein, Präsident sowie bayerischer Obmann (Landesvorsitzender) der Genossenschaft Deutscher Bühnengenossenschaftlicher (GDBA), Vorsitzender der Berufsgruppe Tanz in der GDBA und Präsident des Kartellverbands deutschsprachiger Bühnengenossenschaften, ist auf dem GDBA-Genossenschaftstag Anfang Mai in Frankfurt/M. in seinem Präsidentenamt bestätigt worden. Die mitgliedermäßig stagnierende GDBA war Anfang 1984 wegen der Mediengewerkschafts-Pläne aus der Gewerkschaft Kunst und dem DGB ausgestiegen und will sich nun korporativ der berufständischen Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) anschließen. Nicht bekannt ist, ob Herdlein jetzt auch das Amt des „Vizepräsidenten“ der DAG anstrebt.

Clemens Kraienhorst, Mitbegründer der IG Bergbau nach 1945, 15 Jahre Betriebsratsvorsitzender auf der Zeche „Rheinbaiben“ und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Hibernia-AG, ist am 25. Mai 80 Jahre alt geworden. Der Kommunist Kraienhorst, von den Nazis verfolgt, Stadtverordneter ab 1948 in Bottrop (mit kurzer Unterbrechung) bis 1981, vereidigte als Alterspräsident im Rat der Stadt dreimal Bottroper Bürgermeister auf das Grundgesetz.

Eugen Loderer vollendete am 28. Mai sein 65. Lebensjahr. Loderer, von 1972 bis 1983 Vorsitzender der IG Metall, verteidigte die Einheitsgewerkschaft auch gegen antikomunistische Spaltungsversuche. Auf dem 11. Gewerkschaftstag seiner Organisation 1974 in Hannover sagte er: „Die Deutsche Kommunistische Partei, die als eine legale Partei in der Bundesrepublik die Plattform für den Arbeiter hat, ist genauso wie andere Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft zu Hause...“

Gisbert Schlemmer, 39, bisher Abteilungsleiter Organisation beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), wurde Anfang Mai in einer Kampfabstimmung mit 47:44 Stimmen zum neuen GHK-Bezirksleiter in Baden-Württemberg gewählt. Schlemmer kandidierte gegen den bisherigen Bezirksleiter **Karl Reinhold**, 51. Zur gleichen Zeit wurde im GHK-Bezirk Hessen/Rheinland-Pfalz **Wolfgang Rhode**, 35, zum neuen Leiter gewählt. Seinem aus Gesundheitsgründen ausscheidenden Vorgänger, **Horst Kynast**, 61, schenkte der Bezirk zur Verabschiedung auf eigenen Wunsch einen Spendenbetrag von 2000 DM für ein Sägewerk in Nicaragua, das dort von GHK-Kollegen mit erbaut worden ist. Die Delegierten sammelten spontan weitere 2 150 DM.

Horst Schmittthener, gelernter Maschinenschlosser und seit 1971 pädagogischer Mitarbeiter im Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall, ist Ende April zum neuen 1. Bevollmächtigten der IGM-Verwaltungsstelle Neuwied gewählt worden.

Arbeitsrechtliches Wendesignal: „RP“-Kollegen verurteilt

Weil sie der CDUnahen „Zeitung für Politik und christliche Kultur“, der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“, am 14. März 1983 aus Protest gegen die beabsichtigte fristlose Kündigung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden **Klaus Dohne** für einen Tag ihre Arbeitskraft entzogen, hat die 11. Kammer des Düsseldorfer Arbeitsgerichtes am 8. Mai 89 Beschäftigte der RBD GmbH & Co KG zu einem „Schadenersatz“ von 146 783 DM verurteilt. Die IG Druck und Papier wird gegen das ungeheuerliche Urteil, das unter der Leitung des Kammervorsitzenden Schröder nach 19monatiger Prozeßdauer in erster Instanz gefällt wurde, Beschwerde einlegen. Gleichzeitig ist eine umfassende Solidaritätsaktion für die Betroffenen angelaufen.

Der Ausgangspunkt für den Konflikt bei der „RP“ führt in das Jahr 1981 zurück. Gegen die Absicht der Unternehmensleitung, rund ein halbes Hundert Arbeitsplätze im modernen Heerdt-Druckzentrum zu liquidieren, forderten die Betriebsräte eine Arbeitszeitverkürzung zur Stützung der Beschäftigungspolitik im Betrieb. Daß die Forderung wirtschaftlich absolut vertretbar war, läßt sich am zweimal kurz hintereinander verdoppelten Stammkapital der Muttergesellschaft der „Rheinischen Post“, der RBDV GmbH, leicht ablesen, das sich inzwischen auf rund 47 Mio. DM beläuft. Auch technisch befindet sich das Unternehmen, das 1946 bei seiner Gründung keinen eigenen Büroraum und keine Maschine besaß, heute auf einem sehr hohen Stand.

Trotzdem war man nicht bereit, mit den Betriebsräten über eine Arbeitsplatzsicherung zu verhandeln. Wie üblich wurde ein Sozialplan mit Abfindungen für „freigesetzte“ Mitarbeiter angeboten. Darüber kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung, bei der die IG Druck und Papier auch den Arbeitsminister von NRW, Farthmann, aufsuchte und auf Rückendeckung hoffte. Der Minister zeigte sein „Verständnis“ für die Sorgen der Belegschaft – und damit hatte es sich, obwohl doch die Landesverfassung, an der auch der Mitbegründer der „Rheinischen Post“, Karl Arnold, mitgebastelt hat, zwingend vorschreibt, daß der Schutz der Arbeitskraft Vorrang gegenüber materiellen Interessen genießt.

Unter dem Titel „Dies ist keine Rheinische Post“ unterbreitete die Gewerkschaft 1983 Fakten, die den Herren der „RP“ sichtlich auf den Magen schlugen. Mit einer einstweiligen Verfügung erreichten sie, daß die nächste Ausgabe des gewerkschaftlichen Informationsblattes unter der denkwürdigen Bezeichnung „Dies ist eine Zeitung ohne Titel“ erscheinen mußte. Im Gegenschlag rächte sich das Unternehmen mit dem Antrag zur fristlosen Kündigung von **Klaus Dohne**, dem sie als Betriebsrat und Ortsvereinsvorsitzenden der IG Druck den Vorwurf der „Treuepflichtverletzung“ machte. In zwei Arbeitsgerichtsprozessen ging die „RP“ mit diesem Vorwurf baden. Dohne mußte weiterbeschäftigt werden.

Nun aber sollte es der solidarischen Kollegenschaft an den Kragen gehen. Zuerst mit einer einstweiligen Verfügung, die einem Zwangsarbeitsdiktat glich: Für den Fall einer weiteren Arbeitsniederlegung wurden den RBD-Mitarbeitern Ordnungsstrafen bis zu 500 000 DM oder Haft bis zu 6 Monaten Gefängnis angedroht.

Damit nicht genug: In einem Schreiben der Unternehmensleitung an die Belegschaftsangehörigen wurden neben der Kündigungsandrohung erstmals auch „Schadenersatzansprüche“ geltend gemacht, weil durch die Verzögerung des Andrucks der Zeitung Verluste im Anzeigengeschäft eingetreten seien. Außerdem habe ein weiterer Druckauftrag nicht erledigt werden können. Das allerdings hatte die Geschäftsführung selbst verursacht, weil sie auf das Angebot der Kollegenschaft, den außerbetrieblichen Auftrag zeitgerecht zu erledigen, provokant konterte: „Alles oder nichts!“

Die offenkundige Machtdemonstration der „Herren im Haus“ unterstrich eigentlich schon zur Genüge, wie recht die Arbeitnehmer hatten, als sie sich bei ihrer Aktion auf das kollektive Recht zur Gegenwehr (abgeleitet aus dem Koalitionsrecht, Artikel 9 des Grundgesetzes) und zusätzlich auf Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta beriefen, die die Rechtmäßigkeit von kollektiven Aktionen garantieren. So ist denn bisher auch noch niemand, außer den Herren der „RP“, auf den unchristlichen Gedanken gekommen, für eine spontane Arbeitsniederlegung derartig horrende Schadenersatzansprüche zu stellen.

Rund anderthalb Jahre brauchte die Unternehmensleitung, um ihren zuerst erhobenen Anspruch von 169 950 DM auf 158 923,56 DM herunterzurechnen. Das Gericht unterstellte gnädigst noch einmal eine „Fehlerquelle“ von 8,5 Prozent und setzte die schon oben genannte Zahl von 146 783 DM als Schadenersatz ein. Darunter auch der Schaden für jenes Verlagsobjekt, das die Belegschaft drucken wollte, aber von der Geschäftsführung selbst daran gehindert wurde. Nach Auffassung des Gerichts brauchte die entscheidungsbefugte Unternehmensleitung das Angebot nicht anzunehmen.

„Dieses Urteil ist ein Skandal“, stellte die IG Druck und Papier aus zweierlei Gründen fest: zum ersten setzte sich das Gericht willkürlich über die Beweisanträge der Rechtsvertretung der Belegschaft hinweg, die angesichts der trotz Arbeitsniederlegung ausgelieferten Zeitungen Zweifel hegt, ob der angesagte „Schaden“ überhaupt in dieser Höhe eingetreten ist. Zweitens schränkt das Urteil auf eine geradezu menschenrechtswidrige Weise das Streikrecht ein und setzt ein arbeitsrechtliches Wendesignal, das die Gewerkschaften nicht hinnehmen können.

Da die hohe Summe, unabhängig vom weiteren Verlauf des Verfahrens, gleich nach der schriftlichen Vorlage des Urteils fällig wird, die Kollegenschaft also unmittelbar zur Kasse kommandiert werden kann, wurde ein Solidaritätskonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft eingerichtet. Stichwort: Solidarität mit den Kollegen der Rheinischen Post, Konto Nummer 1029604600. Bankleitzahl 300 101 11. ler

Blüm – „Musterschüler der deutschen Industrie“

Als „Musterschüler der deutschen Industrie“ hat das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen auf einer Funktionärskonferenz seiner Organisation am 9. Mai in Köln Bundesarbeitsminister Blüm bezeichnet. Kaum hätten die Unternehmer eine Forderung angemeldet, gieße sie Blüm in einen Gesetzestext. Als Beispiel nannte der IG-Metall-Funktionär das seit dem 1. Mai geltende Beschäftigungsförderungsgesetz, das vermutlich nicht das letzte Glied einer Kette von arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Regierungsentscheidungen sei.

Kleine Leute müssen „Gürtel enger schnallen“

Als Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung müssen die kleinen Leute in der Bundesrepublik „den Gürtel enger schnallen“. Diese Aussage machte das geschäftsführende DGB-Bundesvorstandsmitglied Irmgard Blättel am 18. Mai vor den Delegierten der Bundeshandwerkskonferenz der IG Bau-Steine-Erden in Würzburg. Als weiteres Ergebnis der Bonner Wendepolitik nannte die der CDU angehörende Gewerkschaftsfunktionärin das Entstehen einer Atmosphäre, in der die Unternehmer die Beschäftigten „ungeheuer unter Druck setzen“. Mit dem Mittel des „Angstmachens“ würden immer mehr Leistungen verlangt bei gleichzeitiger Senkung der Einkommen.

3. Pädagogen-Friedenskongreß machte Mut zum Widerstand

„Friedensfähigkeit kann nicht Befriedung heißen“, so wie sie von manchen Kultusbürokratien der Länder verstanden wird, um auch an den Bildungseinrichtungen die „Wende“ durchzusetzen, eine Wende zur psychologischen Kriegsvorbereitung, die mit „Wehrkunde“ oder „sicherheitspolitischem Unterricht“ in die Köpfe der jungen Generation getragen werden soll. Dem werden sich Pädagogen widersetzen, wie rund 1200 Vertreter dieses Berufsstandes auf ihrem 3. bundesweiten Pädagogenkongreß am 27. und 28. April in Köln beteuerten.

Unter dem Tagungsmotto „Für eine lebenswerte Zukunft – Widerstand gegen Aufrüstung und Militarisation – Zur Friedensfähigkeit erziehen“ trafen sich diesmal auch bemerkenswert viele Pädagogen aus außerschulischen Bildungseinrichtungen, um mit ihren Kollegen aus Schulen und Hochschulen Fragen der Friedenspädagogik unter dem Einfluß der Wende-Politik und konservativer Erziehungswissenschaft, der Abwehr von Militarisierungsbestrebungen in Gesellschaft und Bildungswesen, der internationalen Zusammenarbeit auch im pädagogischen Bereich sowie die Zusammenhänge von Rüstung, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit zu erörtern. Zu diesen Themenkomplexen gab es über 50 Diskussionsrunden, Workshops, Vorträge und Arbeitsgruppen.

Entsprechend breit war das Personenspektrum der aktiv in der Vorbereitung und Durchführung der Foren sich Beteiligten. Es reichte von Vertretern christlicher Friedensinitiativen über Gewerkschafter aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften bis hin zu Parteienvertretern. War der 2. Pädagogenkongreß vor rund eineinhalb Jahren getragen von zwei Initiativen und den Landesverbänden NRW und Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), so luden diesmal fünf Initiativen und Organisationen ein: „Lehrer für den Frieden“, „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“, „Initiativkreis „Kinder wollen Frieden“, Arbeitskreis für Friedenspolitik und Friedenspädagogik und Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner. Unterstützung fand der Kongreß bei den GEW-Landesverbänden Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Erheblich größer war auch die Beteiligung ausländischer Gäste, die nebenbei ein Vorbereitungstreffen hatten für einen internationalen Pädagogen-Friedenskongreß im UNO-Abrüstungsjahr 1986.

Der GEW-Hauptausschuß hat zwischenzeitlich den knappen Beschluß des Hauptvorstands vom Januar, sich nicht als Mitveranstalter zu beteiligen (vgl. NACHRICHTEN 3/85), ausdrücklich bedauert und an die Gültigkeit der friedenspolitischen Beschlüsse des Mannheimer Gewerkschaftstages 1983 erinnert. Mit der aktiven Beteiligung vieler GEW-Mitglieder und Funktionäre auch im Verlauf des Kongresses wurden

indessen die guten Chancen sichtbar, daß beim nächsten auch die GEW als Mitveranstalter dabei ist.

Erwartungsgemäß spielte der bevorstehende 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Reagans Staatsbesuch in den Reden und Diskussionen eine große Rolle. Für Carl-Heinz Evers, ehemaliger Kultussenator aus Westberlin, Jahrgang 1922, ist der 8. Mai 1945 „Tag der Befreiung, auch wenn ich an diesem Tag selbst, als junger Soldat, verführt und betrogen wie meine ganze Generation, in die sowjetische Kriegsgefangenschaft marschierte, die gewiß kein Zuckerschlecken war“. Entschieden wies er den Vorwurf des Antiamerikanismus der Friedensbewegung zurück. „Im Gegenteil: Wir beneiden das amerikanische Volk um solche katholischen Bischöfe. Unsere hier kümmern sich mehr um das ungeborene Leben als um das geborene.“ Glenn Hawkes, USA, begann vom Kongreß aus eine Reise durch die Bundesrepublik mit einer Rede des „anderen Amerika“ an die bundesdeutsche Jugend.

Der bekannte Friedensforscher Alfred Mechttersheimer setzte sich mit der sog. „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) der USA auseinander und beleuchtete dabei den europäischen bzw. bundesdeutschen Part: „SDI und Pershing II stehen für die Aufteilung des NATO-Territoriums in eine (amerikanische) Zone der Sicherheit und in eine (europäische) Zone des gesteigerten Risikos.“ Mechttersheimer abschließend: „Die Rücksichtslosigkeit, mit der die US-Regierung ihre Interessen gegen die europäischen Völker durchsetzt, enthält die historische Chance, daß sich diese nicht mehr wie bisher ihre Lebensinteressen von den Machtinteressen der USA erdrücken lassen.“

Von dem gleichen Optimismus war der ganze Kongreß geprägt. Die versammelten Erzieher holten sich hier – in Umkehrung des konservativen Slogans „Mut zur Erziehung“ – Anregungen für die Erziehung zum Mut, Widerstand gegen die totale Vernichtung zu leisten. Der Mut derjenigen, die wegen ihres Friedensengagements diszipliniert, aber nicht entmutigt wurden und darüber während der Abschlußveranstaltung berichteten, stand dafür beispielhaft.

Bernhard Keßeler

Bayerischer DGB klagt gegen Privatternsehen

Mitte Mai reichte der bayerische DGB gegen die von der CSU-Landesregierung betriebene Zulassung von privaten kommerziell ausgerichteten Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen Verfassungsklage beim bayerischen Verfassungsgerichtshof ein. Damit will der DGB erreichen, daß das von der CSU-Mehrheit im November verabschiedete neue Mediengesetz für null und nichtig erklärt wird. Bei seiner Klage stützt sich der DGB – wie Landesbezirksvorsitzender Jakob Deffner am 21. Mai auf einer Pressekonferenz erklärte – auf Artikel 111a der Landesverfassung, wonach private Rundfunkanstalten ausdrücklich verboten sind.

Dokumentation über Arbeitslosentagung

Noch im Juni erscheint eine Dokumentation über die erste bundesweite Tagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen vom 15. bis 20. Dezember 1984 in Lage-Hörste. Herausgegeben wird diese Dokumentation von Holger Menze, Leiter des Instituts für Arbeitnehmerbildung der IG Druck und Papier. Neben einem Tagungsüberblick sind u. a. Forderungen, Resolutionen, Beschlüsse und Zusammenfassungen der Referate von Detlef Hensche und Witich Roßmann veröffentlicht. Der Extrakt einer Podiumsdiskussion ist in der 68seitigen Broschüre ebenso enthalten wie Diskussionen und Beschlüsse der DGB-Gewerkschaften zur Einbeziehung von Arbeitslosen in die Gewerkschaftsarbeit. Die Dokumentation kann zum Preis von 5,- DM plus Porto von der Arbeitsloseninitiative Lage-Lippe e. V., Schulstraße 12a, 4937 Lage/Lippe, bezogen werden.

IG DruPa fordert Pressefreiheit

Die IG Druck und Papier hat sich – wie ihr Zentralorgan vom 13. Mai meldet – gegen die Absicht von Axel Cäsar Springer ausgesprochen, ein Konsortium der Wirtschaft unter Führung der Deutschen Bank zu 49 Prozent an seinem Druck- und Verlagskonzern zu beteiligen. Das sei ein „weiteres Signal für die sich fortsetzende Konzentration und Verflechtung wirtschaftlicher und publizistischer Macht“. Durch die Auslieferung auch der elektronischen Medien an kommerzielle Interessen entwickelten sich die Medien „zwangsläufig zu Instrumenten für eine konservative und unternehmerorientierte Politik“, so die Gewerkschaft, die erneut die Sicherung der Pressefreiheit forderte.

40. Jahrestag in der Sowjetunion: Mahnung für den Frieden

NACHRICHTEN hatten vom Zentralrat der Gewerkschaften der UdSSR eine Einladung nach Moskau zur Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlaß des 1. Mai, des Tages der internationalen Solidarität, des 40. Jahrestages des Sieges sowie an der vom Zentralrat der Sowjetgewerkschaften einberufenen internationalen Konferenz erhalten. Sie stand unter dem Thema „Der 40. Jahrestag des Sieges und die Gewerkschaften: historische Erfahrungen, Probleme der Gegenwart und Blick in die Zukunft“. Gewerkschafter aus 116 Ländern waren dieser Einladung gefolgt. Überwiegend waren es offizielle Vertreter von Gewerkschaften aller Kontinente, darunter Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes und regionaler Gewerkschaftszentralen.

Der DGB und andere dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeschlossenen Gewerkschaften hatten die Einladung nach Moskau ignoriert. Dabei wäre gerade der 40. Jahrestag der Zerschlagung des deutschen Faschismus und der Beendigung des zweiten Weltkriegs wie kaum ein anderer Tag geeignet gewesen, über die Grenze nicht nur der Staaten, sondern auch der Gewerkschaftsinternationalen hinweg zu demonstrieren, daß alle Gewerkschaften, unabhängig von unterschiedlichen Standpunkten in anderen Fragen, in der wichtigsten Frage unserer Zeit einig sind und daß alles getan werden muß, um einen neuen globalen Krieg und damit die atomare Zerstörung der menschlichen Zivilisation zu verhindern.

Die in Moskau weilenden Gewerkschafter

hatten vielfache Möglichkeiten, sich über die Rechte, die Aufgaben und Tätigkeit der sowjetischen Gewerkschaften und die soziale Entwicklung zu informieren. Dabei wurde kein Hehl daraus gemacht, daß bei weitem noch nicht alle sozialen Aufgaben gelöst sind und es noch viele Probleme und Mängel gibt. Das gilt auch für den Wohnungsbau, den die Sowjetgewerkschaften als eine der wichtigsten sozialen Aufgaben betrachten.

90 Prozent der Wohnungen in Moskau sind nach dem Kriege gebaut. Die riesigen Neubaukomplexe und die immer noch große Zahl von Baustellen sind unübersehbar. In Wolgograd, wo die Gruppe von Gewerkschaftern aus kapitalistischen Ländern – der auch der Vertreter von NACHRICHTEN an-

gehörte – drei Tage war, wurde von dem Vorsitzenden des Gebietsgewerkschaftsrates erklärt, daß es in der Stadt Wolgograd jetzt viermal soviel Wohnungen gibt wie vor dem Kriege. Trotzdem ist noch nicht jede Familie mit einer angemessenen komfortablen Wohnung versorgt, zumal sich auch die Bevölkerungszahl der Stadt verdoppelt hat. Die Mieten sind seit den ersten Jahren des Sowjetstaates niedrig und stabil: 13,5 Kopeken pro Quadratmeter, bei einem Durchschnittslohn von 192 Rubel im Monat. Küche, Flur, Bad, WC, Balkon bleiben bei der Mietberechnung unberücksichtigt.

Aber es gibt in der Sowjetunion einen anderen „großen Mangel“, um den die Gewerkschafter kapitalistischer Länder ihre sowjetischen Kollegen nur beneiden können: einen absoluten Mangel an Arbeitslosen und Sozialabbau. Die von den Medien der kapitalistischen Ländern immer wieder bekrittelte sowjetische Planwirtschaft funktioniert so schlecht, daß sie auch nicht einen einzigen Arbeitslosen produziert und soziale Rechte und Leistungen nicht beschnitten werden. Von der Bonner Rechtskoalition wird die Heraufsetzung der Altersgrenze vorbereitet. In der Sowjetunion ist die generelle Altersgrenze niedriger als bei uns: 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen. Viele Werktätige mit erschwerten Arbeitsbedingungen können noch früher in Rente gehen. An eine Erhöhung der Altersgrenze denkt in der Sowjetunion niemand.

Doch in diesen Tagen des Aufenthalts in der Sowjetunion mit vielfältigen Erlebnissen und Eindrücken steht vor allem eines im Vordergrund: der Kampf um die Sicherung des Friedens. „Frieden – Arbeit“, unter dieser Losung demonstrierten die Moskauer Werktätigen am 1. Mai über den Roten Platz.

Die Festversammlungen zum 40. Jahrestag des Sieges in Wolgograd und Moskau, die Siegesparade am 9. Mai in Moskau, aber auch viele Gespräche mit sowjetischen Gewerkschaftern machen deutlich: Die Sowjetmenschen wollen und können den Krieg nicht vergessen, der ihrem Land so große Opfer brachte, aber auch den Sieg über den faschistischen Eindringling und damit die Sicherung ihrer sozialistischen Heimat. Partei und Regierung haben die volle Unterstützung der Sowjetbürger, wenn sie alles tun, damit sich der heimtückische Überfall vom Juni 1941 nicht wiederholen kann.

Die Haupttrichtung der Friedenspolitik aller gesellschaftlichen Kräfte der Sowjetunion aber ist das Ringen um die Durchsetzung realer Schritte der Abrüstung, insbesondere im Bereich der Massenvernichtungswaffen, auf der Basis der Gegenseitigkeit. Die vom Zentralrat der Sowjetgewerkschaften durchgeführte internationale Gewerkschaftskonferenz zum 40. Jahrestag des Sieges und die den Gewerkschaftern aus 116 Ländern gegebene Möglichkeit, sich selbst vom Friedenswillen der Sowjetunion und ihrer Bürger zu überzeugen, war ein konstruktiver Beitrag zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit aller Gewerkschaften im Ringen um die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Arthur Böppe

Unternehmer kaufen sich frei

Betriebe und Verwaltungen (ab 16 Beschäftigte) sind gesetzlich verpflichtet, auf 6 Prozent ihrer Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Das ist eine Gesetzesnorm. Doch während üblicherweise dauernde Verletzungen von Gesetzesbestimmungen streng bestraft werden, geschieht den Unternehmern, die sich beharrlich weigern, Schwerbehinderte in gesetzlichem Umfang zu beschäftigen, praktisch nichts. Mit einer lächerlich geringen Ausgleichsabgabe von 100 DM für mit Schwerbehinderten nicht besetzte Pflichtplätze, kaufen sie sich von der Erfüllung der Beschäftigungspflicht frei.

Nach der letzten Erhebung (für Oktober 1983) haben von 111 200 beschäftigungspflichtigen Betrieben und Verwaltungen nur 24,6 Prozent (27 400) die Beschäftigungspflicht erfüllt oder übererfüllt, 32,5 Prozent (36 100) beschäftigen keinen einzigen Schwerbehinderten, und 42,9 Prozent (47 700) beschäftigen auf weniger als 6 Prozent aller Arbeitsplätze Schwerbehinderte.

Gegenüber Oktober 1982 ist erstmals seit 1975 die Quote der insgesamt mit Schwer-

behinderten besetzten Arbeitsplätze von 5,9 auf 5,7 Prozent zurückgegangen (5,4 Prozent private Wirtschaft, 6,5 Prozent öffentlicher Dienst). Damit wurden im Oktober 1983 rund 869 000 Schwerbehinderte beschäftigt gegenüber 921 400 ein Jahr zuvor. 232 300 Pflichtplätze waren im Oktober 1983 nicht mit Schwerbehinderten besetzt, zugleich aber Ende des gleichen Monats 133 300 arbeitslose Schwerbehinderte bei den Arbeitsämtern registriert.

Als 1974 das Schwerbehindertengesetz in Kraft trat, wurde es als „Gesetz des guten Willens“ bejubelt. Für die Arbeiter und Angestellten ist jedoch noch nie etwas Positives dabei herausgekommen, wenn sie sich auf den „guten Willen“ der Unternehmer verlassen haben. Der DGB fordert denn auch zu Recht eine stärkere Erhöhung und Dynamisierung der Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter. Letztlich aber wird das Recht auf Arbeit auch für die Behinderten dauerhaft und stabil nur verwirklicht, wenn es für alle Arbeiter und Angestellten durchgesetzt ist.

A. B.

5. Kongreß des EGB in Mailand: Kalte Krieger gerieten ins Abseits

Das Ringen um Abrüstung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die soziale Beherrschung der neuen Technik — diese drei Themen bildeten den Schwerpunkt des 5. ordentlichen Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Mailand. Im neuen Kongreßzentrum des Stadtteils Assago diskutierten die 240 Delegierten von 35 Gewerkschaftsbünden aus 21 Ländern mit rund 43 Millionen Mitgliedern die gewerkschaftlichen Zielsetzungen für die nächsten drei Jahre und die weitere Perspektive.

Der Kongreß diskutierte einen ganzen Tag lang eine „Allgemeine Entschließung“, in der das breite Aufgabenfeld der Mitgliedsorganisationen dargestellt und mit entsprechenden Forderungen versehen ist. Danach will der EGB die Arbeitslosigkeit bekämpfen wissen mit einer durch öffentliche und private Investitionen stimulierten Wachstumspolitik der nationalen Regierungen einerseits und mit der Verkürzung der Arbeitszeit andererseits. Die 35-Stunden-Woche ohne Lohneinbußen steht dabei im Mittelpunkt. Empfohlen werden auch alle anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung. In den EG- und EFTA-Ländern sind jetzt annähernd 20 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Verabschiedet wurde außerdem ein umfangreiches Papier mit dem Titel: „Die Rolle der Arbeit, der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der Gesellschaft von morgen“. Die Gewerkschaften im EGB bekräftigen darin ihren Anspruch auf Mitbestimmung bei Planung, Einführung, Anwendung und Folgegestaltung der neuen Technologie. Diese müsse so eingesetzt werden, daß sie das Arbeitsleben humanisiere. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die wichtigsten sozialen Errungenschaften zu verteidigen und neue Rechte zu schaffen, Solidarität mit den Arbeitslosen zu üben und neue Arbeitnehmergruppen zu organisieren.

Noch immer nicht zu Ende diskutiert ist die Frage der Mitgliedschaft repräsentativer Gewerkschaften in Frankreich, Spanien und Portugal, die gemeinhin als „kommunistisch“ eingestuft werden. In einer vom britischen TUC eingebrachten und nach Änderungen einstimmig angenommenen Entschließung wird dazu gesagt: „Der Kongreß fordert den Exekutiv-ausschuß auf, unter Berücksichtigung der aufgestellten Kriterien die Anträge auf Mitgliedschaft zum EGB erneut im Hinblick auf die Vorteile zu überprüfen, die sich ergeben würden, wenn alle repräsentativen und demokratischen Gewerkschaftsbünde zur Stärkung des Einflusses des EGB und zum weiteren Ausbau seiner Aktivitäten beitragen könnten.“

Im Plenum wurde dieses Thema nicht offen diskutiert, aber in den Wandelgängen war zu hören, daß damit in erster Linie die Aufnahme der spanischen Arbeiterkom-

missionen CCOO gemeint ist. Das Problem der repräsentativen Vertretung des EGB stellt sich durch die Aufnahme Spaniens und Portugals in die sogenannte Europäische Gemeinschaft um so dringender. Harten Widerstand gegen die Aufnahmebestrebungen leistet jedoch der sozialistisch orientierte kleinere spanische Gewerkschaftsbund UGT.

Auch mit einem anderen Problem politischer und nationaler Rivalitäten ist der



Ernst Breit, neuer EGB-Präsident

EGB noch nicht fertig geworden: Während die christlichen Gewerkschaftsbünde Mitglied sind, blocken die dominierenden sozialdemokratisch geführten Branchengewerkschaften in verschiedenen Gewerkschaftsausschüssen des EGB die Aufnahme der christlichen Konkurrenzorganisationen ab. So appelliert denn die Entschließung an den Exekutiv-ausschuß, auch diesen Zustand zu überwinden. Damit aber bleibt die Aufnahmefrage zunächst weiter in der Schwebe.

Entsprechend der existenziellen Bedeutung von Abrüstung und Frieden nahm dieses Thema die Delegierten der 35 Gewerkschaftsbünde stark in Anspruch. Dies im wahrsten Sinne des Wortes, denn es kam im Ringen um einen gemeinsamen Standpunkt zu sehr kontroversen Auseinandersetzungen, vor allem mit der soziali-

stischen Force Ouvriere (FO) Frankreichs, deren Vorsitzender Bergeron wie ein Fossil aus dem Zeitalter des kalten Krieges argumentierte. Allerdings spielte sich diese Debatte zur Hauptsache im Exekutiv-ausschuß und im Entschließungsausschuß, jedoch mit nur wenigen Beiträgen im Plenum ab.

Das Resultat war eine mehrmals geänderte „Entschließung zu Frieden, Sicherheit und Abrüstung“, die bei fünf Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung angenommen wurde. Darin wendet sich der EGB gegen die USA-Pläne zur Militarisierung des Weltraums, fordert er einen Stationierungsstopp und den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomraketen sowie eine atomwaffenfreie Zone auf unserem Kontinent. Der Konflikt entzündete sich jedoch weniger an diesen Forderungen als vielmehr an jenen Formulierungen in den Ziffern 8 und 13 der Entschließung, die den vorsichtigen Wunsch nach Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa — auch auf der Ebene der Gewerkschaften — erkennen lassen.

Diese Forderung wurde auch im Plenum des Kongresses von Repräsentanten der Gewerkschaftsbünde Finnlands, Norwegens, Großbritanniens, Belgiens und Griechenlands deutlich vorgetragen. Die FO-Position, daß man mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder nicht reden könne und dürfe, blieb eine isolierte. Ray Buckton vom britischen TUC wandte sich direkt an die FO-Vertreter mit den Worten, angesichts der Größe und Bedeutung des Themas Frieden und Abrüstung müsse man Vorbehalte zurückstellen.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Tatsache zu sehen, daß der Antikommunismus auf dem 5. EGB-Kongreß nur eine Randerscheinung war. Die Absegnung einer Polen-Entschließung, die bekannte Forderungen wiederholt und erst nach Antragsschluß gegen Ende des Kongresses auftauchte, erschien offenbar den meisten Delegierten als Pflichtübung. Die Frage wird jedoch sein, ob sie der Führung des EGB dienen soll, weiterhin multilaterale Kontakte mit den Gewerkschaften Osteuropas abzublocken.

Der Kongreß verabschiedete weitere Entschließungen, darunter eine Solidaritätserklärung für Nicaragua, in der die „tiefe Besorgnis“ über den Wirtschaftsboykott der USA ausgedrückt wird. In der Entschließung über Südafrika wird der Kampf der schwarzen Arbeitnehmer und Gewerkschafter um demokratische Rechte und Menschenwürde unterstützt. Der Kongreß ging mit der Wahl des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit zum neuen EGB-Präsidenten und der Wiederwahl des Luxemburgers Mathias Hinterscheid als Generalsekretär zu Ende.

Nach zwölfjährigem Bestehen dieses europäischen Zusammenschlusses nationaler Gewerkschaftsbünde ist die Entwicklung zu größerer Geschlossenheit des EGB und ein Trend zu koordinierten Akti-

Auch im dänischen Gilleleje war das Ziel klar: Frieden

Erstmals in der fast 30jährigen Geschichte der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands, die bisher vornehmlich aus Anlaß der Ostseewochen in Rostock in der DDR durchgeführt wurden, fanden sich am 17./18. Mai dieses Jahres mehr als 300 Gewerkschafter aus neun kapitalistischen und sozialistischen Staaten in einem der NATO angehörenden Land zusammen. Treffpunkt war der Ostseeferienort Gilleleje nördlich von Kopenhagen in Dänemark. „Unser Ziel ist es“, erklärte Kaj Buch, der langjährige Geschäftsführer des dänischen Spezialarbeitervereins und Mitinitiator der Arbeiterkonferenzen, „die Menschen in unseren Ländern von der Angst eines alles vernichtenden Atomkrieges zu befreien!“

In einem einstimmig beschlossenen offenen Brief an die Verhandlungsdelegationen der UdSSR und der USA in Genf forderten die Vertreter von mehr als 200 Millionen Arbeitern und Gewerkschaftern, auf die in den USA entwickelten Pläne zur Weltraumbewaffnung zu verzichten, Rüstungsbegrenzungen und Abrüstung in Ost und West herbeizuführen, dies insbesondere auf dem nuklearen Sektor, aber auch bei den konventionellen Waffen. Als kommende Aktionstage für den Frieden wurden der 1. September und der 24. Oktober, an dem vor 40 Jahren die UNO geboren wurde, ins Blickfeld aller Gewerkschaften gestellt.

Daß die Tagung im Norden Europas zeitlich in die Woche fiel, in der in Mailand in Italien der Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zusammentrat (Bericht dazu auf S. 32), war purer Zufall. Nicht zufällig, sondern sachlich begründet war indessen, daß auf beiden Tagungen zwei brennend aktuelle Fragen gleichermaßen im Mittelpunkt der Diskussionen standen: die Sorge über Weltraumbewaffnung und Sternenkrieg, für die Reagans US-Administration mit Unterstützung der Westeuropäer eine Summe zwischen 500 Milliarden und 1 Billion Dollar (in Zahlen: 1000000000000) verpulvern will; und dies — womit das zweite Thema angesprochen war — bei wachsender Armut und einem Heer von Arbeitslosen, das allein in Westeuropa seit 1973 von 5,4 auf rund 20 Millionen Menschen angestiegen ist.

Welche Folgen die technisierte Hocharbeit zeitigt, belegte im Hauptreferat auf der Tagung in Gilleleje der Vorsitzende

des Ständigen Komitees der Ostseeländer, Norwegens und Islands, Heinz Hanns, mit beeindruckenden Zahlen und Fakten: Immer mehr Waffen ergäben im Resultat immer weniger Sicherheit. Ein einzelnes U-Boot der NATO, das mit 24 Tridentraketen vor Gilleleje in der Ostsee kreuze, besitze die Zerstörungskraft aller Bomben im zweiten Weltkrieg. Ein Bruchteil der Kosten für immer neue Waffensysteme würden genügen, um Hunger und Seuchen, Analphabetentum und Trinkwasserprobleme in der dritten Welt zu überwinden. Statt dessen sähen sich allein in Afrika 100 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht.

Aber auch die Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern bezahlten den Wahnwitz der Rüstung mit sinkendem Lebensstandard, Abbau im Gesundheits- und Sozialwesen. In den USA verschlinge der Rüstungshaushalt heute schon 51,4

Dieter Wunder (GEW) war in Moskau

Auf Einladung der sowjetischen Gewerkschaft der Erziehungs- und Wissenschaftsarbeiter war der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, zusammen mit dem Vorsitzenden des GEW-Landesverbandes Westberlin, Rainer-Maria-Fahlbusch, und dem Geschäftsführer des GEW-Hauptvorstandes, Ulrich Hinz, vom 20. bis 27. Mai in der Sowjetunion. Damit erwiderte der GEW-Vorstand den Besuch einer sowjetischen Delegation aus dem Jahre 1979 und knüpfte an Kontakte an, die seit Ende 1979 ruhten. Im Mittelpunkt der Reise, die für Wunder die erste offizielle Kontaktaufnahme in seiner Funktion als GEW-Vorsitzender darstellte, standen Informationen über politische Fragen und die Arbeit der sowjetischen Gewerkschaften.

Prozent der gesamten Staatseinnahmen, während sich große Teile der Bevölkerung Not und Elend ausgesetzt sähen. Die US-Hochzinspolitik rüiniere die Entwicklungsländer, unterminiere die Weltwirtschaftsbeziehungen. „Die Erfahrungen der letzten Jahre“, erinnerte der FDGB-Kollege aus der DDR, haben gezeigt, daß die USA militärische Stärke, wirtschaftliche Positionen und technologische Erfahrung brutal für ihre Weltherrschaftspläne ausnutzen. Wenn die USA schon Firmen anderer Länder den Export von Spielwaren, Telefonanlagen und Tischrechnern verbieten, wie werden sie erst bei militärisch relevanten Technologien auftreten? Glaubt denn jemand im Ernst, man werde europäische Firmen an wissenschaftlichen Ergebnissen teilhaben lassen, die die USA für militärisch bedeutsam halten?“

Ähnliche Fragen wurden auch in Mailand auf dem EGB-Kongreß aufgeworfen, über den Gerd Siebert, bundesdeutsches Mitglied im Ständigen Komitee, den Delegierten in Gilleleje berichtete. Mit Beifall wurde aufgenommen, daß auch in Mailand Reagans Sternenkriegsprogramm auf Ablehnung stieß, dafür eine atomwaffenfreie Zone in Europa sowie ein Stationierungsstopp und der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomraketen gefordert wurde. Diese große Übereinstimmung in allen relevanten Friedensforderungen, die auch in einem einstimmig verabschiedeten Appell der 26. Arbeiterkonferenz enthalten sind (siehe Einhefter), liefert auch die Basis für den in Gilleleje gemachten Vorschlag, auf einer „Konferenz führender Repräsentanten der europäischen nationalen Gewerkschaftszentralen... über die Verstärkung ihres Engagements im Kampf um die Sicherung des Friedens und die Weiterführung ihrer Zusammenarbeit“ zu beraten.

Mit einer solchen Politik der gewerkschaftlichen Verständigung sehen sich Dänen, Norweger, Schweden, Finnen, Gewerkschafter aus der DDR und der Bundesrepublik, aus Polen und der Sowjetunion in der Tradition des antifaschistischen Widerstandskampfes und des Schwurs vom 8. Mai 1945: Nie wieder Krieg! Die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg, in dem die Sowjetunion mit 20 Millionen Toten die Hauptlast zur Befreiung Europas vom faschistischen Joch trug, was hier in Dänemark kaum einer zu erwähnen vergaß, schwang nicht nur in den Reden, sondern auch im Kulturprogramm der zumeist jungen dänischen Gewerkschafter mit, die mit ihrem internationalen Liedgut starken Anklang und Beifall fanden.

Ein rundum gelungener Kongreß in einer wunderschönen modernen Ferienanlage der dänischen Gewerkschaftsbewegung. Der Leiter der „Volksferien“ vergaß nicht, zum Ferienaustausch zwischen Ost und West zu ermuntern. Der Bürgermeister von Gilleleje ließ es sich nicht nehmen, an der Gewerkschaftstagung teilzunehmen. Bei frischer Meeresbrise und Sonnenschein zwei Tage ein realer Traum von den Möglichkeiten eines gesicherten Friedens. Packen wir's an.

Herrschaft durch Terror Paraguay 31 Jahre unter Stroessner

Für Peter Boenisch ist die Sache ganz einfach. Wo kämen wir denn hin, meint der allemal gelassene Bonner Regierungssprecher und ehemalige Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, wenn bundesdeutsche Außenpolitik danach ausgerichtet wird, ob beispielsweise bestimmte Besucher „einem Teil des politischen Spektrums nicht gefallen“? So gesehen ist es für die Bonner Rechtskoalition denn auch pure Selbstverständlichkeit, daß sich der mit 31 Jahren Terrorherrschaft „dienstälteste“ Diktator Lateinamerikas, Alfredo Stroessner aus Paraguay, anschießt, Anfang Juli die Bundesrepublik zu besuchen. Er tut dies auf offizielle Einladung der Bundesregierung, wobei ihm Kanzler Kohl sowie die Ministerpräsidenten Strauß (CSU) und Späth (CDU) die – mehr als zweifelhafte – Ehre des Empfangs geben werden.

Der deutschstämmige Stroessner kam 1954 durch einen Putsch an die Macht. Seit 1958 läßt er sich im Fünfjahresrhythmus – mit angeblichen Mehrheiten von 90 Prozent – zum Präsidenten des Landes wählen und vereinigt die Funktionen des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs und des Oberbefehlshabers der Streitkräfte in einer Person. Hauptinstrument seiner Herrschaft ist ein auf 50 000 Mann bezifferter Militär- und Polizeiapparat, der, auf die Gesetze 209 („Schutz der öffentlichen Ordnung“) und 294 (Schutz der Demokratie“) gestützt, willkürlich Verhaftungen vornehmen und die Verhafteten auf unbestimmte Zeit ohne Anklage und Urteil gefangenhalten kann.

Freie Hand verschafft Stroessner auch ein seit 1954 andauernder, nur am Wahltag unterbrochener und alle 90 Tage automatisch verlängerter Ausnahmezustand. So „legitimiert“, werden spezielle Einheiten gebildet, die Strafexpeditionen, Verschleppungen, Folterungen und Morde begehen. Nach Angaben einer US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation sind unter der Diktatur Stroessners bisher rund 360 000 Menschen, das sind etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Paraguays, inhaftiert und die meisten von ihnen auch gefoltert worden. Wer den Mordkommandos – man spricht von etwa 12 000 Toten – entging und auch Inhaftierung und Folter überstand, lebt heute im benachbarten Ausland.

Als Grundlage für das brutale Vorgehen vor allem gegen die Gewerkschaften und die Linksparteien des Landes dient der Diktator ein Artikel der Verfassung, der den Klassenkampf verbietet. So reicht z. B. allein die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei aus, um für mindestens fünf bis sechs Jahre hinter Gefängnismauern zu verschwinden. Aus den Reihen der KP kommen denn auch die meisten der sogenannten Langzeitgefangenen Paraguays. 19 Jahre schmachteten z. B. Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfredo Alcorta in den Kerkern, weil sie 1958 einen Generalstreik gegen Stroessner angeführt hatten, 1977 auf internationalen

Druck freigelassen, wurde Antonio Maidana 1980 zusammen mit Emilio Roa, einem führenden Funktionär der Bauarbeitergewerkschaft, in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires gekidnappt, nach Paraguay entführt und dort erneut in verschiedenen KZs und Militärcamps interniert.

Für seinen Terrorapparat macht sich Stroessner u. a. auch die unseligen „Erfahrungen“ alter Nazis zunutze, die seit der Zerschlagung des Faschismus vor 40 Jahren großzügig Gastrecht in seinem Land genießen. So ist z. B. die Tatsache, daß der ehemalige KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, in Paraguay lebt, nicht erst seit dem Anfang d. J. dem in Tel

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Aviv tagenden Mengele-Tribunal bekannt. „Paraguay ist ... weiterhin eine Art internationaler Lumpensammelstelle ... Hier tummeln sich gerichtsnotorische KZ-Schergen, SS-Truppen, Drogenhändler und anderes lichtscheues Gesindel“, schrieb denn auch die Neue Zürcher Zeitung.

Auch für die multinationalen Konzerne der USA und anderer kapitalistischer Länder ist Paraguay ein regelrechtes Eldorado. Der von Stroessner 1975 gewährte freie Gewinntransfer, die Garantie „stabiler politischer Verhältnisse“ und ein niedriges Lohnniveau waren trotz des Fehlens umfangreicher Bodenschätze und eines aufnahmefähigen Binnenmarktes lukrative Investitionsanreize. Heute dominieren die Multis 80 Prozent der Wirtschaft und 90 Prozent des Bankenwesens; 15 der 17 größten Industrieunternehmen des Landes sind in ausländischer Hand. Eine dünne Oberschicht von 15 000 Personen eignet sich 41,5 Prozent des Nationaleinkommens an, während 72 Prozent der Bevölkerung ganze 30,5 Prozent auf sich vereinigen. Nicht anders sieht es bei der Land-

konzentration aus. 1500 Großgrundbesitzer verfügen über 75 Prozent des Bodens – die 25 größten allein über 32 Prozent –, während 250 000 Bauern überhaupt kein Land besitzen.

Doch der Widerstand gegen Unterdrückung und soziale Verelendung war nach der Umwandlung der Konföderation der Werktätigen Paraguays (CPT) in eine korrupte Staatsgewerkschaft von Stroessners Gnaden lange Jahre gering. Erst Anfang der 70er Jahre ist eine Reaktivierung festzustellen. Ab Mitte 1973 nahmen Streiks rapide zu. Auch die Landarbeiter und Bauern bildeten genossenschaftlich organisierte Agrarigen. Diese Reorganisation der Interessenvertretungen der Arbeiter und Bauern wurde jedoch durch brutale Repression immer wieder gebremst. Allein in den Jahren 1975 bis 1977 ließ das Regime 1500 Oppositionelle verhaften und mehrere hundert von ihnen umbringen.

Das Jahr 1978 markierte allerdings einen erneuten Aufschwung der antidiktatorischen Aktivitäten. Die Agrarigen konnten sich neu formieren, in verschiedenen Wirtschaftssektoren kam es zu neuerlichen Arbeitskämpfen, und zahlreiche politische Gefangene traten in den Hungerstreik. So konnte das Regime zu einigen Zugeständnissen gezwungen werden, wie etwa der Freilassung inhaftierter Gewerkschafter. 1981 traten zum ersten Mal in der Geschichte Paraguays die Beschäftigten des größten Textilunternehmens in den Streik und besetzten ihren Betrieb. Im Zweigunternehmen des US-Multis Coca-Cola gelang es einer Betriebsgewerkschaft, einen Streik zu organisieren, der seinerseits mehrere Solidaritätsaktionen im Land auslöste. Das wichtigste Ereignis dieses neu entfachten gewerkschaftlichen Kampfes war 1983 schließlich die Bildung der Unabhängigen Übergewerkschaftlichen Solidaritätsbewegung (MOINISOL), der mittlerweile die 20 wichtigsten Gewerkschaften des Landes angehören. Diese Neuformierung der Arbeiter- und Bauernbewegung hat der gesamten antidiktatorischen Bewegung Paraguays enormen Auftrieb gegeben.

Ob die Tage der Diktatur in Paraguay allerdings ebenso bald zu Ende gehen wie in den Nachbarstaaten Brasilien, Argentinien und Uruguay, wird nicht zuletzt auch von der weltweiten Solidarität mit den fortschrittlichen und demokratischen Kräften des Landes abhängen. Die Doppelmoral der derzeitigen Bonner Rechtskoalition wird jedenfalls durch den Stroessner-Besuch allemal deutlich. Während einerseits das befreite Nicaragua unter dem Entwicklungspolitischen Boykott der Bundesregierung zu leiden hat, ist andererseits ein Mann wie Stroessner in der Bundesrepublik gern gesehen. Gegen diese Bonner Doppelmoral und gegen die mit Stroessners Besuch verbundene Aufwertung einer der letzten und brutalsten Diktaturen Lateinamerikas kann deshalb gar nicht laut genug protestiert werden.

Georg Diederichs

Arbeitslosenbewegung in Westeuropa

Hartmut Dybowski, Lutz Schröter u. a.: Arbeitslosenbewegungen in Westeuropa, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland; Reihe: Soziale Bewegungen, Analyse und Dokumentation des IMSF 14, Frankfurt a. M. 1984, 98 S., 8 DM

Im Gegensatz zu anderen sozialen Bewegungen gibt es über die Arbeitslosenbewegung nur sehr wenig Literatur – ein Tatbestand, der Tradition hat. Es scheint, daß den Arbeitslosen nicht nur die Produktionsmöglichkeiten vorenthalten werden, sondern ihnen auch Publikationsmöglichkeiten in weit geringerem Maße zur Verfügung stehen.

Um so verdienstvoller ist es, daß sich das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) an die mühevollen Aufgaben gemacht hat, in dem von Dybowski und Schröter herausgegebenen Sammelband einen ersten Überblick über die Arbeitslosenbewegungen in Westeuropa zu geben.

Wer allerdings eine vergleichende Analyse der verschiedenen Bewegungen erwartet hat, wird etwas enttäuscht sein. Mit unterschiedlicher Gewichtung und unterschiedlichem Informationsgehalt werden hier einige Aspekte der Arbeitslosenbewegungen nebeneinander dargestellt, wobei der Schwerpunkt auf der gewerkschaftlichen Arbeitslosenarbeit liegt. Aber allein die Berichterstattung, wie die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen an das Problem Arbeitslosigkeit politisch und organisatorisch herangehen, macht das Buch für jeden Gewerkschafter zu einer anregenden Lektüre und gleicht Mängel – z. B. daß aktuelle Entwicklungen nicht oder nur im Anhang berücksichtigt sind – mehr als aus.

Vergleichsmöglichkeiten bieten insbesondere die ausführlichen Studien von Schröter und Dybowski über die britische bzw. die bundesdeutsche Arbeitslosenbewegung. Da sich die traditionelle Organisa-

tionsform der britischen Gewerkschaften mit ihrer Konzentration auf lokale und betriebsbezogene Auseinandersetzungen trotz ihrer kämpferischen Komponente als in Krisenzeiten unzureichend erwiesen hat, erkannte der Dachverband der englischen Gewerkschaften, TUC, das Problem der Spaltung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen und der wachsenden Entfremdung der Jugend von der Arbeiterbewegung früher als die DGB-Gewerkschaften und versuchte Konsequenzen zu ziehen. Ab 1980 wurden Beitrittsbemühnisse abgebaut, und einzelne Gewerkschaften begannen, aktiv Arbeitslose zu werben. Innerhalb von zwei bis drei Jahren entstand unter maßgeblicher Initiative der TUC ein Netz von fast 200 Arbeitslosenzentren.

Demgegenüber überwiegen bei den bundesdeutschen Gewerkschaften noch sozialpartnerschaftliche Illusionen bzw. die Vorstellung, der gewerkschaftliche Kampf um Arbeitszeitverkürzung mache die Organisation und Aktivierung der Arbeitslosen überflüssig. Aber gerade die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und der britische Bergarbeiterstreik zeigen ja, daß Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen nur durchsetzbar sind, wenn es gelingt, eine breite Mobilisierung, die über die betroffenen Betriebe hinausgeht, zu erreichen. Dabei spielt die Einbeziehung der Arbeitslosen eine wesentliche Rolle.

Der Band dokumentiert, daß gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit in allen westeuropäischen Ländern erst in den Anfängen steckt, wobei Berührungspunkte zwischen Arbeitslosen- und Gewerkschaftsbewegung nirgends so stark sind wie in der Bundesrepublik. Bernhild Vogel

VERLAGSINTERNES

Trotz beginnender Urlaubszeit werden derzeit die Vorbereitungen für die Buchmesse getroffen, vor allem was die Bearbeitung der Manuskripte für unsere Neuerscheinungen betrifft. Ein großer Teil der überarbeiteten Referate und Diskussionsbeiträge von unserem Nachrichten-Seminar im April liegt nun vor und wird von unserer Kollegin Gisela Mayer für den Druck vorbereitet. Das Buch erscheint unter dem Titel „Streik – Widerstand gegen Kapital und Kabinett“, möglichst noch vor der Buchmesse.

Auf dem Seminar hatte auch ein Kollege vom Kampf der Derndruck-Belegschaft gegen die Tariffluchtpläne des Unternehmers berichtet. Bekanntlich konnten in über zweiwöchigem Arbeitskampf die Absichten der Betriebsleitung vereitelt werden, die ja offensichtlich als Versuchsballon zumindest für die ganze Branche gedacht waren. Aber auch in anderen Bereichen wird immer öfter der Versuch unternommen, geltende Tarife zu unterlaufen. Deshalb haben wir uns entschlossen, den Fall Derndruck in einem Heft der nachrichtenreihe aufarbeiten zu lassen. Es erscheint zur Buchmesse unter dem Titel „Derndruck – Ein Sieg der Solidarität. Zur Strategie und Taktik eines Kampfes“. Autoren sind Claudia Stich und Manfred Balder.

Darüber hinaus erscheinen im Herbst noch zwei weitere Hefte der nachrichtenreihe. Unsere Autoren sind feste dran. Die Leser haben ja lange warten müssen auf die völlige Neubearbeitung der Nr. 2, „Die Post im Griff der Konzerne“. Klaus Betz, Harry Ebinger, Berthold Goergens und Horst Holzer sind noch voll damit beschäftigt, „den Griff“ ihrerseits in den Griff zu bekommen: die Verflechtung der Post mit den großen Konzernen der Elektro- und Kommunikationsindustrie. Mit dem zweiten großen Unternehmen im Bundesbesitz, der Bundesbahn, beschäftigen sich Heinz Pahlke und Günter von Seydewitz. Die Branchenuntersuchung ordnet sich ein in eine Analyse der Verkehrspolitik insgesamt. Dieses Heft erscheint im Herbst unter dem Titel „Rosarote Zeiten? Verkehrspolitik, Bahn und Profit“.

Besonderes Augenmerk unserer Leser wollen wir auf die Überarbeitung des Kommentars zum Betriebsverfassungsgesetz lenken. Die Autoren Gerd Siebert, Barbara Degen und Knut Becker haben nun die Arbeit begonnen und bitten die NACHRICHTEN-Leser, Verbesserungsvorschläge, Hinweise sowie Tips für die Praxis des Betriebsrats an den Verlag zu senden. Mit einem Erscheinungsdatum ist nicht vor Ende des Jahres zu rechnen. Bis dahin kann selbstverständlich noch die 5. Auflage bezogen werden.

Hinweis zum Schluß: Aus technischen Gründen können wir leider den Artikel von Heinz Jung zur Kritik an André Gorz erst in der folgenden Ausgabe fortsetzen. jaco

Bestellschein

6/85

Hiermit bestelle ich

- ☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.
☐ Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probeheft.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Diese Bestellung kann innerhalb von 10 Tagen (vom Tag der Bestellung ab) beim Verlag schriftlich widerrufen werden.

(Falls erworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

- **22. bis 23. Juni**
Landesbezirksjugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Nordmark in Neumünster
- **29. Juni**
Landesbezirksfrauenkonferenz des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz
- **13. bis 14. Juli**
Landesjugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Bayern in Würzburg
- **22. bis 27. September**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Westberlin
- **24. September**
Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Oberhausen
- **3. bis 5. Oktober**
Handwerkskonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **4. bis 6. Oktober**
21. Bundestagung der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft in der CDU (CDA) in Saarbrücken
- **7. bis 12. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **11. bis 12. Oktober**
Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Duisburg-Rheinhausen
- **27. Oktober bis 1. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- **7. bis 9. November**
12. Frauenkonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **8. bis 9. November**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bad Kissingen
- **14. bis 16. November**
11. DGB-Bundesfrauenkonferenz in Ludwigshafen
- **18. bis 20. November**
12. ordentliche Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln
- **27. bis 28. November**
12. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn
- **13. bis 15. März 1986**
12. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Frankfurt

D 3476 E

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

0603650 N1 85006 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VOM OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Hauptsache Frieden

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren die Gespräche der FDGB-Spitzendelegation unter Leitung des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit in Düsseldorf noch nicht beendet. Und obwohl auch das Kommuniké noch nicht vorlag, kann man sicher sein, daß Frieden und Entspannung im Mittelpunkt der Gespräche zwischen den Spitzenfunktionären — den ersten seit Februar 1984 — der gewerkschaftlichen Dachverbände beider deutscher Staaten gestanden haben, denn schließlich ist ohne Frieden alles nichts. (Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich über den Besuch berichten.)

Frieden und Entspannung waren auch Themen beim Besuch der vom Vorsitzenden Karl Kalauch geleiteten Delegation der IG Transport und Nachrichtenwesen im FDGB beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vom 20. bis 23. Mai. Dazu heißt es in der von beiden Seiten „vereinbarten gemeinsamen Mitteilung“ u. a.: „In allen Gesprächen bestand Übereinstimmung darin, daß das wichtigste Anliegen der Gegenwart im Beitrag der Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens und zur Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe besteht.“ Als Aufgabe wird genannt, „einer Politik der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, die Entspannung zu fördern und eine Atmosphäre des internationalen Vertrauens herzustellen“. Da diesem Anliegen die amerikanischen Weltraumrüstungspläne entgegenstehen, wurden sie vom DPG-Vorsitzenden Kurt van Haaren sowie seinen Gästen aus der DDR abgelehnt. Die gleiche Ablehnung formulierten auch Erwin Ferlemann und Harry Tisch beim Besuch des IG-Druck-Vorsitzenden Mitte Mai in der DDR.

Und da zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung gegenseitige Kontakte und Gespräche zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten unerlässlich sind, sollen die Beziehungen zwischen der DPG und ihrer DDR-Schwester-gewerkschaft intensiviert werden.

Hauptsache Frieden: Das wird auch der Tenor der vom 12. bis 14. Juni in Österreichs Hauptstadt stattfindenden Europäischen Konferenz der grafischen Gewerkschaften sein. Diese wird mitgetragen von der Internationalen Grafischen Föderation, deren Präsident NACHRICHTEN-Mitherausgeber Leonhard Mahlein ist. G.M.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 90 07 49, Kurfürstenstr. 18,
6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (069)
77 80 79, Konto-Nr. 16 15 61 29 00,
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/
Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103
Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411
Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 31. Mai 1985.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main